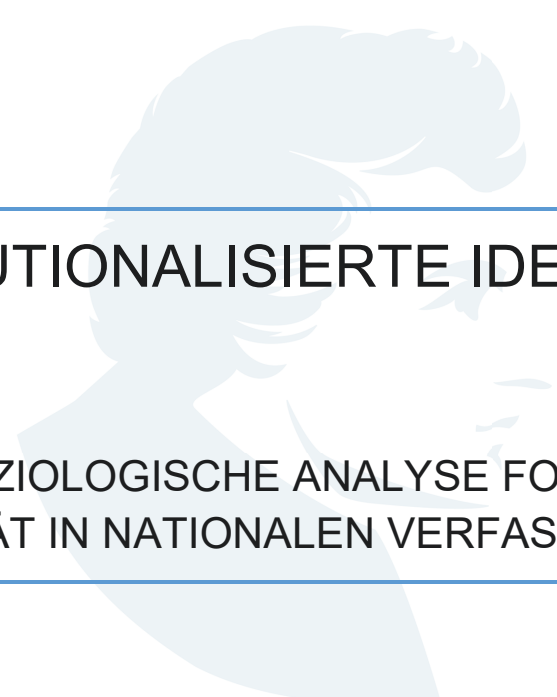




INSTITUTIONALISIERTE IDENTITÄT

EINE SOZIOLOGISCHE ANALYSE FORMALER
IDENTITÄT IN NATIONALEN VERFASSUNGEN

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie (Dr. phil.)
durch die Philosophische Fakultät der
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

vorgelegt von
KATHRIN BEHRENS
aus
DÜSSELDORF

Düsseldorf, März 2021

1. Betreuerin:	Prof.in Dr.in Annette Schnabel Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
2. Betreuer:	Prof. Dr. Heiko Beyer Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Dekan:	Prof. Dr. Achim Landwehr
1. Gutachterin:	Prof.in Dr.in Annette Schnabel
2. Gutachter:	Prof. Dr. Heiko Beyer
Tag der Disputation:	20.04.2021

Danksagung

Mein aufrichtiger, tiefster Dank gilt an aller erster Stelle Frau Prof.in Dr.in Annette Schnabel und Herrn Prof. Dr. Heiko Beyer für ihre hervorragende Betreuung und Begleitung dieser Arbeit sowie die vielen gemeinsamen, schönen und witzigen Momente, die diese Arbeit zu einem einzigartigen Erlebnis haben werden lassen.

Annette Schnabel hat mir gezeigt, was es heißt, Leidenschaft und Professionalität zu vereinen, sich einer Sache zu widmen und dabei nie zu vergessen, über den Tellerrand hinauszuschauen. Neben der infrastrukturellen Unterstützung für das Promotionsvorhaben ist es insbesondere ihr einzigartiges akademisches und persönliches Mentoring, was das unersetzliche Fundament dieser Arbeit ausmacht. Heiko Beyer hat ebenso während des gesamten Promotionsvorhabens mit kritisch-konstruktivem Feedback für eine stetige Perspektivenerweiterung gesorgt und mir mit seiner gelassenen Art geholfen, immer wieder zur nötigen Ruhe und Zuversicht zu finden. Ihr habt mich dazu befähigt, das zu erreichen, was ich erreicht habe. Ich danke euch!

Bei Bettina Ülpenich und Cedric Koch möchte ich mich für die offenen Ohren, das Korrekturlesen und die unterstützende Begleitung der „heißen“ Phase bedanken – ihr wart eine großartige Hilfe, habt mit Späßen für die nötige Aufheiterung gesorgt und mir gezeigt, dass man nie allein mit den Freuden und Leiden einer Promotion dasteht.

Meiner und Davids Familie gebührt der Dank, mir mit stoischer Ruhe und Ausdauer Zuversicht zugesprochen zu haben und mich immer mit offenen Armen zu empfangen (wenn auch coronabedingt ‚nur‘ digital).

Mein herzlichster Dank geht an David und Konrad, die mir jeden Tag aufs Neue zeigen, wie glücklich ich mich schätzen kann. Ihr habt mit mir gelacht und geweint, mir die Kraft gegeben, nicht aufzugeben, mir den Rücken freigehalten und mir immer wiedervor Augen geführt, was die wichtigen Dinge im Leben sind.

Abschließend bedanken möchte ich mich bei allen anderen Kolleginnen und Kollegen, Wegbegleiterinnen und Wegbegleitern, die diese Arbeit möglich gemacht haben, sowie bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die das ONBound-Projekt und damit meine Promotionsstelle finanziert haben

Auflistung der promotionsrelevanten Einzelschriften

Behrens, K. (2021 [publikationsreif]). Forms of Solidarity in National Constitutions.

Behrens, K. (2020). Formal Citizenship in European Constitutions. In M. Bayer, O. Schwarz & T. Stark (Hg.), Edition Politik: Bd. 85. Democratic Citizenship in Flux: Conceptions of Citizenship in the Light of Political and Social Fragmentation (1. Aufl., S. 83–101). transcript Verlag.
<https://doi.org/10.14361/978383839449493-005>

Behrens, K. (2020 [unter Begutachtung]). The Legal Interpellation of Citizens - A Constitutional Analysis. Zeitschrift für Rechtssoziologie.

Zusammenfassung

Verfassungen sind Teil der rechtlich-administrativen Institutionen der Moderne und enthalten sowohl basale gouvernementale Regelungen als auch den fundamentalen Katalog individueller Freiheiten und Grundrechte. Darüber hinaus enthalten sie Elemente formaler religiöser und nationaler Identität, einerseits als Beschreibung eines erstrebenswerten Soll-Zustandes des nationalen Kollektivs, als auch in Form einer konkreten performativen Herstellung desselben. In der bisherigen soziologischen Auseinandersetzung sind zwar Religion, Nation sowie ihre jeweiligen Identitätsdimensionen als wesentliche soziale Ordnungsfaktoren bereits ausgiebig erforscht. Allerdings ist die rechtssoziologische Untersuchung von Religion, Nation und Identität in Verfassungen und deren vergleichende empirische Analyse im Gegensatz dazu ein junger Forschungsstrang. Diese Dissertation leistet in diesem Kontext einen theoretisch fundierten, perspektivreichen und empirisch ausgerichteten Beitrag in der rechtssoziologischen Forschung. Dazu wird in fünf Artikeln das Verhältnis von Religion und Nation in ihren formalen Identitätsdimensionen anhand eines Primärdatensatzes in unterschiedlichen Theoriekontexten empirisch untersucht. Die mittels triangulärer Verfahren erhobenen und ausgewerteten Verfassungsinhalte werden unter anderem mit den theoretischen Perspektiven des Neo-Institutionalismus, der historischen Pfadabhängigkeit, der sozialen Solidarität, der systemtheoretischen Formulierung von Inklusion und Exklusion, der ideologischen ‚Anrufung‘ sowie der Menschenrechte als universalistisches Grundrechtsprinzip konfrontiert. Die so gewonnen Ergebnisse verdeutlichen einerseits die erhebliche Heterogenität der Verfassungsdaten im Hinblick auf die Regulierung von religiöser und nationaler Identität auf sozialer Makroebene. Andererseits veranschaulichen die verschiedenen konstitutionellen Regulierungen die enorme Inklusions- und Exklusionsmacht von Verfassungsregulierungen in Anbetracht der Frage nach dem Vermögen institutioneller Arrangements zur sozialen Integration von Gesellschaften. Darüber hinaus lassen sich die Verfassungstexte hinsichtlich der sozialen Individualebene als performative Identitätskonstruktion deuten, wie beispielsweise im Hinblick auf die Staatsbürgerschaft als Element nationaler Identität deutlich wird. Die so konstruierten Rechtssubjekte haben unterschiedliche Subjektqualitäten, wodurch sie in ein jeweils spezifisches Verhältnis zur staatlichen Autorität gesetzt werden. Daraus ergeben sich statusabhängige Rechte für die verschiedenen Personenkategorien, woraus sich wiederum eine spezifische soziale Ordnung auf der Makroebene ableitet. Aus den Resultaten dieser Arbeit lässt sich insgesamt schlussfolgern, dass die konstitutionellen Regulierungen die verschiedenen Dimensionen von Identität institutionalisieren und diese so zu einem eigenständigen Phänomen machen. Damit sind die hier gewonnenen Erkenntnisse insbesondere sowohl innerhalb der Rechtssoziologie, der Religionssoziologie als auch der Identitätsforschung von Relevanz und bieten Anschluss an weiterführende Forschung.

Summary

Constitutions are part of the legal-administrative institutions of modernity and contain both paramount governmental regulations and the essential catalog of fundamental rights. In addition, they contain elements of formal religious and national identity, both as a description of a desirable ideal state of the national collective, as well as a specific performative construction of the same. In the sociological debate as of today, religion, nation and their respective identity dimensions have already been extensively researched as essential factors of social order, however, this field of research cannot be described as conclusively explored. In comparison, the sociological examination of the textual profile of constitutional documents is a rather recent strand of research. There are only a few studies combining religion, nation, identity, and constitutions, the vast majority of which are comparative case studies. This PhD-thesis therefore aims to make a theoretically grounded contribution to research in the sociology of law, which is empirically-oriented and rich in perspectives. To this end, five articles empirically examine the relationship between religion and nation in their formal identity dimensions using a primary data set of constitutional content in different theoretical contexts. The constitutional data collected and evaluated by means of triangulation are confronted with the theoretical perspectives of neo-institutionalism, historical path dependency, social solidarity, the system-theoretical formulation of inclusion and exclusion, ideological interpellation, and human rights as a universalistic principle of fundamental rights. The results thus obtained illustrate, on the one hand, the considerable heterogeneity of constitutional data with regard to the regulation of religious and national identity. On the other hand, the various constitutional regulations can be interpreted as performative identity constructions, as – for instance – becomes apparent regarding citizenship as an element of national identity. The legal subjects constructed in this way have different subject qualities, placing them in a specific relationship to state authority in each case. This results in status-dependent rights for the different categories of persons, from which a specific social order is generated. Overall, it can be concluded from the results of this work that constitutional regulations institutionalize the various dimensions of identity, making it a stand-alone phenomenon. Thus, the insights gained as part of this work are relevant within the sociology of law, the sociology of religion, as well as identity research, and offer important connections for further research.

Inhaltsverzeichnis

Danksagung	I
Auflistung der promotionsrelevanten Einzelschriften	III
Zusammenfassung.....	IV
Summary.....	V
Inhaltsverzeichnis.....	VII
Abbildungsverzeichnis.....	VIII
Anhangsverzeichnis	VIII
Tabellenverzeichnis	IX
1. Einleitung.....	1
2. Verfassungen aus soziologischer Perspektive	10
2.1. Identitätsangebote in Verfassungen	14
2.2. Religion und Nation als besondere Identitätsangebote in Verfassungen	17
3. Religion und Nation in nationalen Verfassungen.....	22
3.1. Projektbeschreibung	23
3.2. Methoden.....	25
3.3. Datensatz.....	28
4. Dokumentation der Originalbeiträge	33
4.1. Forms of Solidarity in National Constitutions	56
4.2. Formal Citizenship in European Constitutions	90
4.3. The Legal Interpellation of Citizens	108
5. Diskussion und Ausblick.....	136
Literaturverzeichnis	142
Anhang	153
Eidesstattliche Versicherung	165
Lebenslauf	166

Abbildungsverzeichnis

Figure 4.1-1.	World map of “mechanical”, “hybrid” and “organic” solidarity in constitutional preambles. [Source: Own calculation]	78
Figure 4.3-1.	Proportions of constitutionally regulated (political, civil & social) rights and duties regarding the relevant categories of persons.	125

Anhangsverzeichnis

Appendix 4.1-1.	Combination of variables in constitutional preambles for country groups $n \geq 6$. [own calculation]	87
Appendix 4.1-2.	Empirical classification of countries ($n=154$) regarding forms of solidarity. [own calculation]	88
Appendix 4.2-1.	Country-specific distribution of different forms of citizenship regulations in European constitutions	107
Appendix 4.3-1.	Number of constitutions regulating the right/duty [x]. (Number of Constitutions: $N=41$)	133
Anhang A.	Codebuch zu Verfassungskodierung im Projekt "Religion and Nation in Constitutions worldwide" (Schnabel, Behrens, et al., 2020a)	153

Tabellenverzeichnis

Tabelle 3.3-1.	Zählvariablen aus RNCw. Quelle: eigene Darstellung.	31
Tabelle 4.-1.	Inhaltliche Übersicht über die ergänzenden Beiträge sowie die pomotionsrelevanten Artikel.	52
Table 4.1-1.	Expressive Solidarity in Constitutional Preambles. [source: own data].....	69
Table 4.1-2.	Actor in Constitutional Preamble. [source: RNCw]	70
Table 4.1-3.	Religious Identity in Constitutional Preambles. [source: RNCw]	71
Table 4.1-4.	History in Constitutional Preambles. [source: RNCw]	72
Table 4.1-5.	Descriptive information of original as well as of standardized variables and their sum index (N=155). [own calculation]	77
Table 4.2-1.	Number of European constitutions regulating the different dimensions of formal citizenship (N=27).	98
Table 4.3-1.	Variables on Constitutional Regulations of Citizenship.	118
Table 4.3-2.	Number of Constitutions regulating different Dimensions of Citizenship.....	119
Table 4.3-3.	Overview of Constitutional Rights and Duties.	123

The effective categorization of a group of people by a more powerful Other is thus never 'just' a matter of classification (if there is any such thing as 'just classification'). As an intervention in that group's social world it will, to an extent and in ways that are context-specific, change the world and the experience of living in it; in other words, it has *consequences*.

(Jenkins, 2000, S. 21–22 [Hervorhebung im Original])

1. Einleitung

Mit heute veröffentlichtem Beschluss hat der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts entschieden, dass die von Fachgerichten für zulässig erachtete Überstellung nach Rumänien zum Zwecke der Strafverfolgung beziehungsweise der Strafvollstreckung die Beschwerdeführer in ihrem Grundrecht aus Art. 4 Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRCh) verletzt. (Bundesverfassungsgericht, 2020b)

Mit heute veröffentlichtem Beschluss hat der Zweite Senat die Verfassungsbeschwerde einer hessischen Rechtsreferendarin gegen das Verbot, bei bestimmten dienstlichen Tätigkeiten ein Kopftuch zu tragen, zurückgewiesen. Danach ist die Entscheidung des Gesetzgebers für eine Pflicht, sich im Rechtsreferendariat in weltanschaulich-religiöser Hinsicht neutral zu verhalten, aus verfassungsrechtlicher Sicht zu respektieren. Zwar stellt diese Pflicht einen Eingriff in die Glaubensfreiheit und weitere Grundrechte der Beschwerdeführerin dar. Dieser ist aber gerechtfertigt. (Bundesverfassungsgericht, 2020a)

Die zwei oben angeführten Auszüge aus Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts sind Beispiele für juristische Konflikte zwischen (mindestens) zwei Akteuren bezüglich der in nationalen Verfassungen grundrechtlich verankerten Identitätsdimensionen von ‚Religion‘ und ‚Nation‘. In ihren Inhalten unterscheiden sich beide Beschlüsse wesentlich voneinander: das erste Beispiel bezieht sich auf den drohenden Eingriff in die Grundrechte des klagenden Akteurs. Seine Staatsbürgerschaft ist dabei formale Repräsentation der nationalen Identität, die ihn für das ausländische Rechtssystem als juristisch verantwortbar definiert. Durch den Entzug des Klägers vor entsprechender Staatsgewalt stehen sich verschiedene staatliche Autoritäten gegenüber, wovon die eine aufgrund der Staatsangehörigkeit des Klägers (durch Auslieferungsabkommen legitimierte) Ansprüche zur Überstellung der Person zwecks Strafverfolgung artikuliert und die andere aufgrund der Bindung an die staatlich verfassten Grund- und Freiheitsrechte der Schutz des Klägers obliegt. Das zweite Beispiel betont die Verpflichtung, sich im juristischen Vorbereitungsdienst in „weltanschaulich-religiöser Hinsicht neutral zu verhalten“ (Bundesverfassungsgericht, 2020a). Wenngleich es sich mit diesem Beschluss um einen Grundrechtseingriff durch die Beeinträchtigung der Glaubensfreiheit handelt, ist diese Grundrechtseinschränkung rechtlich legitimiert und dadurch zwangsläufig

bindend. Das Bundesverfassungsgericht führt die „Grundsätze der weltanschaulich-religiösen Neutralität des Staates und der Funktionsfähigkeit der Rechtspflege sowie die negative Religionsfreiheit Dritter“ (Bundesverfassungsgericht, 2020a) als Rechtfertigung für die Einschränkung der freien Ausübung religiöser Praktiken und der öffentlichen Darstellung religiöser Symbole an.

Trotz der inhaltlichen Unterschiede der beiden angeführten Beispiele, zeigt sich doch an ihnen die Relevanz von Verfassungen als Institution zur Legitimierung sozialer Ordnung: in beiden Fällen geht es um die juristische Auseinandersetzung mit *verfassungsmäßig* fixierten Grundrechten – in einem Fall hinsichtlich des *Grundrechtsschutzes* mittels Aussetzen der personalen Überstellung trotz ausländischer Staatsbürgerschaft und entsprechender transnationaler Vereinbarungen innerhalb Europas; im anderen Fall in Bezug auf die rechtlich legitimierte *Einschränkung* individueller Verwirklichung religiöser Identität zugunsten des Grundrechtes auf Religionsfreiheit Dritter.

Die angeführten Verfassungsbeschwerden sowie die Einrichtung einer ausschließlich darüber entscheidenden, unabhängigen Institution¹ betonen die enorme soziale, politische und rechtliche Bedeutung der Verfassung selbst. Darüber hinaus offenbart sich die soziale Relevanz von nationalen Verfassungen auch darin, dass nahezu jeder Staat über ein solches Dokument verfügt, wenngleich es keine Verpflichtung zum Erlass einer verschriftlichten Verfassung gibt (Go, 2003, S. 71) und sie nicht notwendig für die Funktionsfähigkeit eines Staates sind – Großbritannien ist ein prominentes Beispiel für einen Staat ohne ein kodifiziertes Verfassungsdokument (vgl. hierzu Tschentscher, 2011, S. 8). Nicht zuletzt ist ein verbindlicher Katalog an legitimierte Grundrechten und institutionellen Arrangements in Form einer national verabschiedeten Verfassung für die unterschiedlichen Akteure einer Gemeinschaft eine wesentliche Säule gesellschaftlicher Regeln. Verfassungen scheinen somit Elemente „praktischer Realität“ (Tushnet, 2013, S. 1983) zu sein. Sie speisen ihre grundlegende Funktion (der Repräsentation von Nationalstaaten) aus ihrem Vermögen, als formal-rechtliche Institution² moderner Gesellschaften – bestehend aus einer Gemein-

¹ Anders als die Fachgerichte ist das Bundesverfassungsgericht keinem Ministerium der Bunderegierung unterstellt (https://www.bundesverfassungsgericht.de/DE/Das-Gericht/Gericht-und-Verfassungsorgan/gericht-und-verfassungsorgan_node.html [zuletzt geprüft am 11.03.2021]).

² Der hier zugrundeliegende Institutionenbegriff bezieht sich auf eine bewusst gestaltete Form „stabiler, dauerhafter Muster menschl. Beziehungen (...) durch die allseits als legitim geltende Ordnungsvorstellungen getragen und tatsächlich »gelebt« werden. Der

schaft von Staatsbürger:innen in einem stabilen territorialen Staatsgebiet unter staatlicher Autorität – eben jenen Nationalstaat zu behaupten, in verschiedenen Dimensionen zu regulieren und zu prägen.

Damit manifestiert sich die *soziologische Relevanz* von Verfassungen und ihrem Zusammenhang zu religiöser und nationaler Identität: Verfassungen strukturieren die soziale Ordnung verschiedener gesellschaftlicher Ebenen, indem sie den rechtlich-normativen Rahmen bereitstellen, der sowohl für korporative als auch für individuelle gesellschaftliche Akteure handlungsleitend ist; so gestalten sie gleichermaßen die soziale und politische Landschaft sowie die daraus resultierenden Maßnahmen und tragen zur individuellen Interpretation des Sozialen bei. Verfassungen bilden entsprechend den formal-institutionalisierten Korpus im Hinblick auf religiöse und nationale Identität als spezifische Elemente sozialer Ordnung: nationale Identität beschreibt ein Kollektiv, das auf einem gemeinsamen kulturellen Hintergrund basiert und einen territorial bezogenen Selbstverwaltungsanspruch artikuliert (Barrington 1997), wobei Verfassungen der formalen Konstruktion und Legitimation dieses Kollektivs dienen (vgl. bspw. Addis 2018). Religiöse Identität hingegen ist insofern ein spezifischer Ordnungsfaktor des Sozialen, als dass sie immanente und transzendente Aspekte in einem ‚Paket‘ an Weltanschauungen zusammenfasst (Pollack, 2017; Pollack & Rosta, 2015), die der organisationalen und institutionellen Übersetzung im Bereich der alltäglichen Lebenswelt bedürfen, wobei Verfassungen als regulierende Rechtsinstanz auf nationaler Ebene eine entscheidende Leistung beitragen können. Entsprechend lassen sich Verfassungen als institutionenbegründende Institutionen (Schnabel et al., 2017) interpretieren und sind damit als sozialstrukturierendes Moment moderner Gesellschaften, insbesondere in Bezug auf die identitären Dimensionen von Religion und Nation, genuin von soziologischem Interesse³.

Begriff I. bringt insbes. Zum Ausdruck, dass wiederkehrende Regelmäßigkeiten und abgrenzbare Gleichförmigkeiten gegenseitigen Sichverhaltens von Menschen, Gruppen, Organisationen nicht nur zufällig oder biologisch determiniert ablaufen, sondern auch und in erster Linie Produkte menschl. Kultur und Sinnggebung sind.“ (Hillmann 2007, S. 381). Die soziologische Perspektive auf Verfassungen als Rechtsinstitutionen bezieht sich allerdings auf den jüngeren Verfassungsbegriff; dieser meint den „Aspekt der spezifischen politischen Ordnungsform“ (Schmidt 2012, S. 25) und weniger das „umfassende Programm des politischen Gesamtzustands“ (Schmidt 2012, S. 25).

³ Zur ausführlichen Darstellung der soziologischen Perspektive auf Verfassungen dient das Kapitel 2.

Allerdings findet die akademische Auseinandersetzung mit Verfassungen zumeist in den Disziplinen der Politik-, Geschichts-, oder Rechtswissenschaften statt. Eine ausdrücklich soziologische Konfrontation mit Verfassungsdokumenten und Verfassungen als Institutionen ist rar und wenn in der jüngeren soziologischen Forschung zu finden (Scheppelle, 2017, S. 35). Aktuelle Beiträge zur soziologischen Betrachtung von Verfassungen nehmen beispielsweise unterschiedliche Verfassungskulturen in den Blick (Witte & Bucholc, 2017), kontextualisieren Verfassungen und ihre kulturellen Implikationen in ihrer ideengeschichtlichen Entwicklung (Schmidt, 2012) oder erfassen Verfassungen in der Auseinandersetzung mit einem gesellschaftlichen Konstitutionalismus (beispielsweise Teubner, 2011). Die Bandbreite der bisherigen Anstrengungen, Verfassungen soziologisch auszuleuchten, findet sich in der Arbeit von Blokker und Thornhill (2017). In ihrer Zusammenstellung finden sich Beiträge beispielsweise zu Verfassungen als symbolische Ordnungen (Vorländer, 2017), zur soziologischen Analyse eines ökonomischen Konstitutionalismus (Frerichs, 2017) und dem Spannungsverhältnis von nationalen Verfassungsdokumenten und internationalem Recht (Thornhill, 2017).

Die hier angeführten Beispiele verdeutlichen zweierlei: erstens scheint das Feld der „Verfassungssoziologie“ häufig soziologische, politikwissenschaftliche, kulturwissenschaftliche und auch rechtswissenschaftliche Perspektiven unter seinem ‚Mantel‘ zu subsumieren. Zweitens ist es vor allem die empirische Basis für eine vergleichende soziologische Perspektive auf Verfassungen, die nicht in der erforderlichen Breite und Tiefe vorliegt und eine enorme Forschungslücke betont⁴. Entscheidende Ansätze, dieses Desiderat zu füllen, liefern beispielsweise die Beiträge von Fox (2011, 2012), Elkins et al. (2008; 2010) sowie Schnabel et al. (2017)⁵ – allerdings nimmt keine dieser Projekte dezidiert den Zusammenhang von Verfassungen, religiöser und nationaler Identität in den Fokus.

Die vorliegende kumulative Promotionsarbeit stützt sich auf ein Projekt, das – in Abgrenzung und Ergänzung zu den zuvor genannten – einen wesentlichen Beitrag zur Schließung der beschriebenen Forschungslücke liefert: als Subprojekt des DFG-geförderten Forschungsprojektes *„Old and New Boundaries: National*

⁴ Zu einer ähnlichen Feststellung kommen Witte und Bucholc (2017).

⁵ Eine kompakte Darstellung der entsprechenden Projekte ist in Kapitel 3.1 zu finden.

Identities and Religion“ (ab hier: „ONBound“)⁶ erhebt das Verfassungsdaten-Projekt „*Religion and Nation in Constitutions worldwide*“ (RNCw) einen international vergleichenden Primärdatensatz zu religiöser und nationaler Identität in Verfassungen. Das Vorhaben wurde geleitet und durchgeführt von Frau Prof.in Dr.in Schnabel an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, unter Mitarbeit von Herrn Prof. Dr. Heiko Beyer, Lisa Hönes und der Autorin dieser Arbeit. Das Projekt sowie der generierte Verfassungsdatensatz sind zentraler Bestandteil der Promotionsarbeit und damit entscheidende Grundlage dieser Dissertationsschrift.

In dieser Arbeit geht es im Wesentlichen um die theoretische und empirische Untersuchung von Verfassungen als Teil der politisch-sozialen Institutionenlandschaft der Moderne (Llewellyn, 1934). In dieser Eigenschaft definieren sie den normativen Rahmen einer Gesellschaft auf der Mikro- und der Makroebene und bestimmen und gestalten darüber die individuellen Handlungen bzw. den Handlungsspielraum aller Akteure der konstitutionell definierten Gemeinschaft. Diese wird als soziales Kollektiv (potenziell) über die Verfassung konstituiert, und ist gleichzeitig jenes Kollektiv, welches die Verfassung selbst wiederum verabschiedet (bspw. Addis, 2018; Tushnet, 2010). Mit der Konstitution dieses sozialen Kollektivs entsteht, erstens, ein Spannungsverhältnis zwischen einer kollektiven Identität und individuellen Identitäten und zweitens, zwischen Identitätszuschreibungen und Identitätswahrnehmungen. Entsprechend lassen sich folgende zentrale Fragestellungen für diese Arbeit formulieren:

- Wie lassen sich Verfassungen aus soziologischer Perspektive als Institution moderner Gesellschaften beschreiben?
- Wie adressieren Verfassungen als Institution Identität(en)?
- Wie wird/werden Identität(en) durch Verfassungen institutionalisiert?
- Wie finden religiöse und nationale Identität(en) auf Verfassungsebene Verwendung als Dimensionen institutionalisierter Identität(en)?
- Wie gestalten institutionalisierte Identität(en) die soziale Ordnung?

Die Beantwortung der leitenden Fragen beruht zum einen auf einer theoretischen Aufarbeitung einer Bandbreite soziologischer und sozialwissenschaftlicher Konzeptionen und zum anderen auf der empirischen Auseinander-

⁶ Das Projekt findet sich unter der Projektnummer #316798296 im Verzeichnis der Deutschen Forschungsgemeinschaft sowie unter: <https://www.onbound.international/Home.aspx>.

setzung mit den projektseitig erhobenen Verfassungsdaten. Dabei ist stets das Zusammenwirken quantitativer und qualitativer Zugänge von großer Bedeutung, um den soziologischen Wert der komplexen Daten aus Verfassungsdokumenten angemessen transportieren zu können. Wenngleich die soziologische Inhaltsanalyse von Verfassungsdokumenten keine Aussage über die Verfassungsrealität (im Sinne der Umsetzung bestimmter konstitutioneller Prinzipien) treffen kann, so ist sie ein bedeutsamer Ausgangspunkt, um den sozio-politischen Fokus und das normative Grundgerüst einer Gesellschaft zum Zeitpunkt der Verfassungsverabschiedung zu bestimmen (Tschentscher, 2011, S. 5) und damit Informationen zur Struktur gesellschaftlicher Ordnung zu gewinnen. Wie im weiteren Verlauf dieser Arbeit deutlich werden wird, sind die im Projekt generierten Daten nicht nur in Bezug auf ihre inhaltliche Abbildung eines spezifischen Institutionengerüsts moderner Gesellschaften, sondern auch in Bezug auf die Komplexität der Auswertungsmöglichkeiten und -anforderungen einzigartig in der sozialwissenschaftlichen Forschungslandschaft. Dieses Rahmenpapier, die drei Originalbeiträge der Autorin (Behrens, 2020, 2020 [unter Begutachtung], 2021 [publikationsreif]), sowie zwei inhaltlich ergänzende Beiträge (Schnabel et al., 2017; Schnabel, Beyer & Behrens, 2020)⁷ bilden in der Kombination eine perspektivenreiche Auswahl unterschiedlicher Zugänge zur und Betrachtungsweisen auf die Institution Verfassung und ihre (potenziell) inhärente Institutionalisierungsleistung von Identität(en).

Zunächst widmet sich der folgende Teil einer theoretischen Einführung in die soziologische Betrachtung von Verfassungen (Kapitel 2), den verschiedenen Modi des konstitutionellen Angebots von Identität (Kapitel 2.1) und der Besonderheit von Religion und Nation im Hinblick auf ihre identitätsstiftenden Eigenschaften auf Verfassungsebene (Kapitel 2.2). Darauf folgt eine kurze Zusammenfassung des DFG-geförderten Dachprojektes „ONBound“ (Kapitel 3) sowie die Spezifizierung des Subprojektes „RNCw“ (Kapitel 3.1). Der daran anknüpfende Abschnitt erläutert das methodische Vorgehen dieser Arbeit (Kapitel 3.2), bevor die empirische Grundlage dieser Arbeit in Form eines Primärdatensatzes zu Religion und Nation als besondere Verfassungsinhalte eingeführt wird (Kapitel 3.3). Im Anschluss werden Originaltexte der promotionsqualifizierenden Beiträge sowie die

⁷ Grundlage der Promotionsarbeit ist das „RNCw“-Projekt, weshalb die beiden ergänzenden Artikel der inhaltlichen Darstellung der Verfassungsdaten und damit der Beantwortung der Fragestellung dienen. Allerdings sind ausschließlich die drei Beiträge der Autorin in Alleinautorenschaft Bewertungsgrundlage dieser Promotionschrift.

inhaltsergänzenden Begleitartikel in Bezug auf die jeweils erarbeiteten Inhalte und Ergebnisse vorgestellt (Kapitel 4). In den Folgekapiteln (Kapitel 4.1-1.1) sind die drei Originalbeiträge dokumentiert, bevor Kapitel 5 als Fazit die zentralen Ergebnisse der Arbeiten bündelt, in Bezug auf die übergeordnete Thematik der institutionalisierten Identitätsangebote in Verfassungen diskutiert und diese Dissertationsschrift beschließt.

Im ersten Artikel „Religion in European constitutions – cases of different secularities“ (Schnabel et al., 2017) beschäftigen sich die Autor:innen mit einer Darstellung von konstitutionellen Regulierungen religiöser Identität in europäischen Verfassungen, sowohl im Hinblick auf die institutionelle Ebene als auch die Individuen bezogene Ebene von Gesellschaften. Die verwendeten Daten basieren auf einer Vorstudie des „RNCw“-Projektes zu religionsbezogenen Verfassungsinhalten. Im Fokus stehen die theoretischen Perspektiven des Neo-Institutionalismus (vor allem Meyer et al., 1997) sowie der Annahme historischer Pfadabhängigkeiten (insbesondere Pierson, 2000) in der Entwicklung von Institutionen. Die vorgenommene Analyse verdeutlicht die enorme Komplexität konstitutioneller Abbildungen des sozialen Phänomens ‚Religion‘ und dessen heterogene Regulierungsintensität. Der Beitrag verdeutlicht den potenziellen Einfluss von Verfassungen als rechtlich rahmende Institutionen auf den Handlungsspielraum und die Interpretation der Umwelt von individuellen und kollektiven sozialen Akteuren, woraus sich eine spezifische soziale Ordnung ergibt.

Während sich der erste Beitrag also ausschließlich mit der konstitutionellen Verhandlung von Religion und religiöser Identität auseinandersetzt, schließt der zweite Beitrag nationale Identität in die Untersuchung mit ein. Dazu widmet sich der zweite Artikel „Forms of Solidarity in National Constitutions“ (Behrens, 2021 [publikationsreif]) (Kapitel 4.1) ausschließlich den Verfassungspräambeln und rekonstruiert die konstitutionell adressierten Formen sozialer Solidarität, welche individuelle Akteure durch unterschiedliche Mittel zu Kooperationsleistungen und damit auf die Erfüllung eines spezifischen Gemeinwohls eines Kollektivs verpflichten. Die Konzeptionalisierung der untersuchten Solidaritätsformen folgt dabei der Solidaritätstheorie nach Emile Durkheim (1960), weshalb verschiedene Indikatoren religiöser und nationaler Identitätsangebote aus dem „RNCw“-Projekt als Basis für eine Rekonstruktion sogenannter mechanischer und organischer Solidaritätsformen herangezogen werden. Die Analyse zeigt, dass die Verfassungsdaten tendenziell eher eine administrativ-vertragliche Solidaritäts-

konstruktion nutzen, um das konstitutionell legitimierte Kollektiv auf die Gemeinschaft zu verpflichten. Allerdings finden sich darüber hinaus identitätsbasierte Solidaritätsbemühungen in den untersuchten Verfassungspräambeln. Beide Formen zielen auf eine spezifische Leistung von Verfassungen hinsichtlich einer sozialen Integration ab, wobei die administrativ-vertragliche Ausrichtung die inklusivere zu sein scheint.

Der dritte Beitrag „Formal Citizenship in European Constitutions“ (Behrens, 2020) (Kapitel 1.1) schließt insofern an den ersten Beitrag an, als dass hier von sozialer Solidarität als ein abstraktes Integrationsprinzip der Fokus auf einen konkreten Mechanismus der sozialen Inklusion von individuellen Akteuren gelenkt wird: Entsprechend rückt dieser Beitrag die Frage in den Mittelpunkt, wie formale Mitgliedschaft von Individuen zu einem nationalen Kollektiv in Europäischen Verfassungen reguliert wird und wie diese formal regulierte Mitgliedschaft mit einer (systemtheoretischen) Formulierung sozialer Inklusion und Exklusion zusammenhängen. Zur Beantwortung dieser Fragestellung steht in diesem Artikel die Rekonstruktion der formalen Identitätsdimension der Staatsbürgerschaft als Element nationaler Identität in europäischen Verfassungsdokumenten im Vordergrund. Theoretisch kontextualisiert wird diese Studie durch die systemtheoretische Betrachtung von Inklusion und Exklusion nach Niklas Luhmann (1995). Durch die vergleichende Analyse Europäischer Verfassungsdokumente in Bezug auf ihr Vermögen, formale soziale Inklusion und Exklusion zu manifestieren, zu stabilisieren und zu reproduzieren, trägt diese Studie mit einem länderübergreifenden Vergleich hinsichtlich der formalen Dimension der Staatsbürgerschaft zum Erkenntnisgewinn in Bezug auf eine wesentliche Säule institutionalisierter (nationaler) Identität bei.

Der vierte Artikel „The Legal Interpellation of Citizens – A Constitutional Analysis“ (Behrens, 2020 [unter Begutachtung]) (Kapitel 1.1) führt den zugehörigkeitsorientierten Ansatz des zweiten Artikels weiter und enthält eine Analyse der konkreten Definition unspezifischer individueller Akteure als spezifische staatsbürgerschaftlichen Rechtssubjekte und der sich aus diesem Status ableitbaren intrakonstitutionellen Konsequenzen. Dazu werden die zuvor bereits genutzten Regulierungen zu Staatsbürgerschaft mit der triadischen Kategorisierung nach T. H. Marshall (1950) theoretisch eingeordnet. Unter Anwendung des anrufungstheoretischen Konzepts nach Louis Althusser (1971a) lassen sich diese konstitutionellen Regulierungen als formale ideologische ‚Anrufung‘ von Rechtssubjekten interpretieren. Darüber hinaus werden die

konstitutionell erfassten Rechte und Pflichten im Hinblick auf den relevanten Akteursstatus untersucht. So ermöglicht dieser Beitrag die empirische Darstellung der rechtlichen Subjektkonstruktion und der daraus abgeleiteten konstitutionell festgehaltenen Rechte und Pflichten. Folglich hebt dieser Teil der Arbeit die konstitutionell fixierten Konsequenzen hervor, die sich unmittelbar aus der Zuweisung eines identitätsbasierten Status ergeben, und stellt somit die Identitätskonstruktion auf gesellschaftlicher Makroebene in einen direkten Zusammenhang mit der individuellen Akteursebene.

Der fünfte Beitrag „Religious Freedom, Equality Rights and their Contentious Implementation: Norm Conflicts Deriving from the Chasm between International and National Human Rights“ (Schnabel, Beyer & Behrens, 2020) beschließt empirische Auseinandersetzung mit den Verfassungsdaten für diese Arbeit. In diesem Artikel steht insbesondere wieder die konstitutionelle Abhandlung von Religion und religiöser Identität in individueller und institutioneller Dimension in den europäischen Mitgliedstaaten im Vordergrund, insbesondere im Hinblick auf potenzielle Normkonflikte, die sich durch die Hierarchien unterschiedlicher Rechtssysteme ergeben können. Dabei zeigt sich insbesondere, dass die Konfliktlinien entlang der Übersetzung von internationalem in nationales Recht verlaufen können. Weiterhin können sie durch die Opposition des universalistischen Anspruchs international gültiger Menschenrechte und nationaler Ausgestaltung spezifischer Staat-Religions-Beziehungen entstehen. Und nicht zuletzt können die Konflikte den direkten Widerspruch verschiedener Grundrechte betreffen. Mit diesem Beitrag kann gezeigt werden, wie nationale Verfassungen in einem transnationalen und internationalen Zusammenhang zu anderen Normgerüsten stehen, mit diesen konkurrieren und sie ergänzen.

Wesentliche Grundlage für die zentralen empirischen Analysen und ihre theoretischen Einordnungen ist die soziologische Perspektive auf Verfassungen, der sich der folgende Abschnitt widmet.

2. Verfassungen aus soziologischer Perspektive

Ein Gesetz ist die Festschreibung von Regeln über das Verhalten verschiedener Akteure in einer Gemeinschaft und bietet damit aus juristischer Perspektive Aufschluss über das gesellschaftliche Verständnis von Recht und Unrecht. Entsprechend definiert der Duden ein Gesetz als eine „vom Staat festgesetzte, rechtlich bindende Vorschrift“⁸. Im innerstaatlichen Kontext findet sich eine Hierarchie an Gesetzestexten, deren Rangfolge die Gültigkeit der Inhalte bestimmt; die Inhalte eines Gesetzes sind nur insofern gültig, solange sie nicht mit einem übergeordneten Gesetz in Konflikt steht. Allen voran steht die Verfassung eines Staates juristisch an höchster Stelle der Gesetzeshierarchie und bestimmt so maßgeblich die gesellschaftliche Ordnung mit.

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive sind Gesetzestexte Formate, die Aufschluss über soziale Ordnung geben können, da sie eine besondere – weil festgeschriebene – Form der Normsetzung darstellen⁹. Insbesondere die spezifische Gesetzesform der Verfassung ist soziologisch eine Besonderheit, da sie aufgrund ihrer Funktion als grundlegendster Gesetzestext die soziale Grundordnung bestimmt. Nicht umsonst beschreibt Llewellyn (1934) Verfassungen als „(...) a somewhat peculiar institution in that it involves in one phase or another the ways of a huge number of people -well-nigh the whole population.“ (Llewellyn, 1934, S. 18). Mit ihren Inhalten definieren sie die Staatsform, die basalen gouvernementalen Strukturen und regeln potenziell alle möglichen sozialen Arenen (Grey, 1984; Tschentscher, 2011), wie beispielsweise die Familie, Bildung und Staatsbürgerschaft. Auch aufgrund des komplexen Verabschiedungsprozesses stellen Verfassungen eine besondere Form an Gesetzestexten dar: Es sind enorme politische Bemühungen und Aushandlungs-

⁸ <https://www.duden.de/rechtschreibung/Gesetz> [zuletzt geprüft am 04.01.2020]

⁹ Grundsätzlich zu unterscheiden sind die formalen Verfassungsinhalte von der Umsetzung der konstitutionell bestimmten Regulierungen im Sozialen – der Verfassungsrealität. Scheppelle charakterisiert in diesem Zusammenhang eine Verfassung als eine erfolgreiche Verfassung, deren Inhalte die gesellschaftliche Praxis erreicht haben Scheppelle (2017, S. 35). Die vorliegende Arbeit folgt dieser Annahme insofern, als dass sie die Aussagekraft der vorliegenden Daten schärft: mit der inhaltsanalytischen Untersuchung von Textdaten lässt sich keine Aussage über die (Nicht-)Umsetzung der Inhalte, beispielsweise durch politische Maßnahmen, treffen. Der Fokus liegt ausschließlich auf der Formalisierung und Institutionalisierung von Verfassungsinhalten und ihrem *potenziellen* Einfluss auf soziale Ordnung.

prozesse notwendig, um einen Verfassungstext zu entwerfen, konsensuell zu verabschieden und ihn damit in ein rechtswirksames Dokument zu überführen, weshalb diese Prozesse inzwischen häufig durch externe Berater begleitend unterstützt werden (Blaustein, 1994). Die verfassungsgestaltenden sozialen und politischen Akteure sind Teil einer Gemeinschaft, deren Konstitution erst durch die Wirksamkeit der Verfassung vollzogen wird. Tushnet formuliert entsprechend, dass „[a] nation’s constitution [...] constitutes a nation’s people, in the sense that it ratifies – and perhaps ossifies – the identification of a *demos* [...] with a state“ (2012, S. 219).

Soziologisch gesprochen bestehen Verfassungen aus einem Netzwerk an Ideen und Wissen über die Organisation der politischen Landschaft (Scheppelle, 2017, S. 36). Damit sind sie Kernstück von Prozessen der Staats(be)gründung und wesentlicher Ausdruck der Moderne und eines „Zeitalters des Konstitutionalismus“ (Blaustein, 1994, S. v [Übersetzung KB]). Gleichzeitig spiegeln Verfassungen damit die Machtverhältnisse zum Zeitpunkt ihrer Verabschiedung wider, da die Inhalte vertraglich fixiertes Ergebnis gesellschaftsspezifischer Aushandlungsprozesse sind und damit gerade keine „*ex nihilo* creation“ (Grey, 1984, S. 16 [Hervorhebung im Original]) sind. Verfassungen sind folglich gleichermaßen Ergebnis von und Katalysator für sozialen Wandel. Trotz ihrer allmählichen Standardisierung im internationalen Kontext (Blaustein, 1994), ist jede Verfassung für sich genommen ein höchst differenziertes, sich entwickelndes soziales Phänomen, das den jeweiligen Bedürfnissen einer Gemeinschaft nach einer Formalisierung politischer Macht mit einem Vorrang vor anderen Regulierungen nachkommt (Thornhill, 2011, S. 12). Nichtsdestotrotz lässt sich der grundsätzliche Charakter einer jeden Verfassung in *formaler*, *funktioneller* und *deklarativer* Hinsicht differenzieren:

In ihrer *formalen* Eigenschaft ist „a constitution [...] a written document containing legal rules and principles claiming priority over other rules and principles.“ (Tschentscher, 2011, S. 3–4). Zentral ist die schriftliche Verfasstheit (Grey, 1984, S. 15) dieser besonderen Form der Normgebung. In ihrer Schriftform sind Verfassungen auf Dauer angelegte, stabile und insofern relativ invariante soziale Konstrukte; ihre langfristige Beständigkeit hängt davon ab, ob die grundsätzliche Idee des Konstitutionalismus neben der politischen Elite auch eine breite Öffentlichkeit erreicht (Scheppelle, 2017, S. 35). Dazu werden sie in weitere Gesetze, gouvernementale Regelungen und politische Strategien übersetzt und können selbst nur mit aufwendigen Prozessen, beispielsweise in Form von

Verfassungsänderungen, bearbeitet werden. Sie sind damit Institutionen, die andere Institutionen begründen (Schnabel et al., 2017). Die in Schriftform fixierten, legitimierten Inhalte schaffen eine rechtliche Verbindlichkeit und schränken damit soziale Beliebigkeit ein, strukturieren Verhalten und reduzieren Komplexität im Sozialen (vgl. hierzu Luhmann, 1983/2017).

Eine zentrale *Funktion* von Verfassungen ist es, den Rahmen für politische Strukturen, Prozesse und Partizipation zu setzen. Go (2003) hält beispielsweise fest, dass

[a]ll existing constitutions share some same basic features. Not only are they all packaged in a single written document, they all specify in one way or another the organization of political power, the division of governmental labor, the major principles and goals of governance (Go, 2003, S. 72).

Verfassungen bestimmen die staatliche Souveränität, insbesondere im Hinblick auf die Einschränkung individueller Freiheiten zur Gewährleistung staatlicher Handlungsfähigkeit zwecks Stabilisierung der öffentlichen Ordnung (Benhabib, 2010, S. 455; Tushnet, 2012, S. 225). Gleichzeitig sorgt die staatliche Souveränität für den Schutz individueller Rechte der konstitutionell bestimmten Gemeinschaftsmitglieder. In einer weiteren Funktion formalisieren Verfassungen die grundlegenden Regeln, Ideale, Institutionen und Werte einer Gemeinschaft (Grey, 1984, S. 16) und strukturieren damit soziale Erwartungen und das Verständnis des sozialen Miteinander einer Gesellschaft. Verfassungen sind gewissermaßen das „Korsett“ oder der Aktionsradius sowohl individueller als auch korporativer Akteure und setzen das Grundverständnis der Staatsbürger:innen über sich und die Gesellschaft fest, womit sie Identitätsangebote an die jeweiligen Mitglieder der beschriebenen Gemeinschaft machen.

Der *deklarative* Charakter von Verfassungen verweist zum einen auf eine utopische Komponente (Blaustein, 1994, S. vi), die das Ideal der staatlichen Organisation beschreibt. Darüber hinaus zeigt sich hier ihre performative Macht¹⁰ zur Benennung der staatlichen Einheit, die das „wir“ der Gemeinschaft und so ihre Identität(en) manifestiert, womit das nationale Selbstverständnis verstetigt und transportiert wird: “[...] a constitution can serve as an expression, perhaps the only one available, of national unity.“ (Tushnet, 2013, S. 1984). Verfassungen sind

¹⁰ Die Macht, Dinge zu benennen und damit erst zu konstituieren, steht in explizitem Bezug zum „performativen Akt“ nach Judith Butler (bspw. 1988)

damit formale Repräsentationen der gesellschaftlichen Verfasstheit und spiegeln so das Selbstverständnis der konstitutionell definierten Gründungsgemeinschaft zum Zeitpunkt ihrer Verabschiedung wider. Daraus lässt sich für diese Arbeit festhalten, dass Verfassungen textlich verfasste Dokumente sind, die als performative Akte eine ideale Gemeinschaft beschreiben (Schnabel et al., 2017, S. 557) und damit auf eine identitäre Dimension von institutionellem Charakter rekurren.

2.1. Identitätsangebote in Verfassungen

Identitäten – so die soziologische Theorie – verhelfen individuellen Akteuren ihre Umwelt sinnhaft zu interpretieren und sich in ihr zu verorten (einen Überblick über verschiedene theoretische Zugänge bietet beispielsweise Jenkins, 2008). Identitäten sind interaktiv ausgehandelte und definierte Marker für Gleichheit und Andersartigkeit. Das bedeutet, dass Identität immer eine Differenz markiert, also eines „als »Außen« dienenden »Anderen«“ (Mouffe, 2014, S. 79). Für die individuelle Identität wird dabei eine Ich-Du-Differenz gezogen, während für die kollektive Identität die Wir-Sie-Differenz entscheidend ist (Mouffe, 2014, 79). Dabei sind sie sozial geteilt und bieten sowohl für individuelle Akteure als auch für Kollektive Interpretationsanleitungen für das Soziale und schaffen darüber eine spezifische soziale Ordnung. Insbesondere ihr Vermögen, das durch empfundene Ähnlichkeit der Mitglieder entstehende Bündnis für die Mobilisierung zur Sicherung des Gemeinwohls zu nutzen, ist wichtiger Aspekt sozialer Kohäsion, womit Identitäten die Grenzen der sozialen Solidarität bestimmen. Gleichzeitig ist die Nicht-Zugehörigkeit zu einem sozialen Kollektiv ein Mechanismus der sozialen Ausgrenzung und geht mit ungleichen Chancen von Ressourcenumverteilung einher.

Verfassungen können dabei eine zentrale Rolle spielen: Wie zuvor bereits mit dem deklarativen Charakter von Verfassungen beschrieben, übernehmen diese eine zentrale Aufgabe in der identitätsbasierten Konstruktion einer spezifischen Gemeinschaft. Genauer gesagt transportieren Verfassungen die Vorstellung der Kollektividentität einer politischen Gemeinschaft, häufig mit Hilfe der verfassungseinleitenden Präambel (Addis, 2018, S. 142)¹¹. Zugleich nimmt die Formulierung der kollektiven Identität über die individuelle (Nicht-)Zugehörigkeit zu diesem Kollektiv Einfluss auf die Ausgestaltung individueller Identifikation(en): „(...) identification matters because it is the basic cognitive mechanism that humans use to sort out themselves and their fellows, individually and collectively.“ (Jenkins, 2008, S. 13). Damit sind sie ein kognitiver Mechanismus, der soziale Ordnung generiert. Folgt man Jenkins (2008) lässt sich Identität als Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft durch notwendige Ähnlichkeit und hinreichende Andersartigkeit spezifischer Merkmale ihrer Mitglieder bestimmen:

¹¹ Addis (2018) bezieht sich in seiner Argumentation insbesondere auf die Verfassungspräambel als identitätsstiftendes Moment (siehe dazu Kapitel 4.1).

‘Identity’ denotes the ways in which individuals and collectivities are distinguished in their relations with other individuals and collectivities. ‘Identification’ is the systematic establishment and signification, between individuals, between collectivities, and between individuals and collectivities, of relationships of similarity and difference. Taken – as they can only be – together, similarity and difference are the dynamic principles of identification, and are at the heart of the human world.

(Jenkins, 2008, S. 18)

Die Zuschreibung dieser Ähnlichkeit und Andersartigkeit muss ausreichend stabilisiert werden, was in erster Linie bspw. durch gemeinschaftliche Rituale, Lebensführungsmodelle sowie durch die strenge Einhaltung von Mitgliedschaftsregeln geschieht. Durch dieses reflexive Verhältnis des individuellen Akteurs und eines Kollektivs lassen sich Identitäten sowohl auf der konkreten Individualebene als auch der abstrakten Kollektivebene beschreiben, bei der die Mitglieder untereinander unbekannt bleiben, und sich dennoch ihrer Gemeinschaft bewusst sind – Anderson (2006) beschreibt diese Kollektive als „imagined communities“. Während die individuelle Identität folglich der Individualebene der Gesellschaft zugeordnet werden kann (Cerulo, 1997, S. 385), erlaubt die kollektive Identität eine Annäherung an die Strukturebene des Sozialen. Dabei besteht gradueller Konsens darüber, dass die individuelle Identität die Internalisierung dauerhafter Rollenerwartungen bedeutet, wohingegen die kollektive Identität das „Wir-Sein“ einer auf Ähnlichkeiten beruhenden Gemeinschaft umfasst (Cerulo, 1997, S. 386).

Jenkins (2000, 2008) zeichnet für den Prozess der Identitätskonstitution die Mechanismen der *internen Selbst- oder Kollektividentifizierung* sowie die *externe Kategorisierung* durch Dritte verantwortlich (Jenkins, 2000, S. 8). Während individuelle Identität durch Selbstzuschreibung in der Konsequenz eine akteurszentrierte Forschungsperspektive einnehmen müsste, fragt diese Arbeit nach der Konstitution einer Identität in formaler Hinsicht und adressiert die interne Selbstidentifikation als nationales Kollektiv sowie die externe Kategorisierung einzelner Akteure als formale Mitglieder dieses Kollektivs¹². Ein potenzieller Modus der Fremdzuschreibung ist nach Jenkins die autoritative Identifikation: „The power or authority to generate consequences, to make identification matter regardless of internalization, must be part of the equation.“ (Jenkins, 2000, S. 9). Diese machtvolle Position zur Befähigung der Kategorisierung und damit die

¹² Jenkins adressiert durchaus, dass alle Akteure stets Subjekt von interner Identifizierung und externer Kategorisierung sind (Jenkins 2000, S. 8).

entsprechenden Konsequenzen zu produzieren, sieht Jenkins (2008) insbesondere seitens des politischen Systems:

Politicians and parties may produce and reproduce the locally significant social categorization(s) through their public rhetoric, legislative and administrative acts, and the distribution of resources via networks of clientage. Political categorization of this kind, can also, however, involve the categorical refusal to recognize historically constituted social groups.

(Jenkins, 2008, S. 18)

Entsprechend lassen sich Verfassungen als ein Instrument der Legislative zur Fremdzuschreibung von sozialen Kategorien der Zugehörigkeit zu Kollektiven interpretieren und haben damit als formal-rechtliche Akte gouvernementaler Administration die Macht oder das Vermögen, eben jene fremd zugeschriebene Kategorisierung zu einer kollektiven Identität zu vollziehen und damit sozial folgenreiche Kollektivzuweisungen vorzunehmen.

Dabei spielen die fremd zugeschriebene Selbstidentifizierung als nationales „Wir“-Kollektiv oder als spezifische religiöse Gemeinschaft im Sinne eines potenziellen Identitätsangebotes in Verfassungsdokumenten sowie die Kategorisierung individueller Akteure beispielsweise als Staatsbürger:in eine wesentliche Rolle (mehr dazu in Kapitel 2.2). Diese Fremdzuschreibungen als Selbstidentifikation verselbstständigen sich im Sinne einer „sozialen Tatsache“ (Durkheim, 1895/1976) im öffentlichen Diskurs und konstituieren dadurch eine soziale Realität, von der die Ressourcenverteilung massiv abhängig ist. Beispielsweise hängen vom formalen Mitgliedsstatus als Staatsbürger:in eines Nationalstaats wohlfahrtsstaatliche Umverteilungsmechanismen ab und die Abweichung von der konstitutionell behaupteten religiösen Kollektividentität kann negative Auswirkungen auf Partizipationsmöglichkeiten im Sozialen mit sich bringen. Die externe Kategorisierung als Kollektiv ist damit notwendigerweise signifikant für Prozesse der internen Selbstidentifikation (Jenkins, 2000, S. 21). Dabei sind vor allem jene Kollektividentitäten relevant, die durch zentrale Faktoren sozialer Ordnung bestimmt werden. Religiöse und nationale Identitäten sind wesentliche Bausteine der identitären Dimension sozialer Ordnung und sind entsprechend wesentlicher Inhalt dieser Arbeit.

2.2. Religion und Nation als besondere Identitätsangebote in Verfassungen

Eine zentrale Frage dieser Arbeit betrifft die Regulierungsdiversität oder -homogenität im Hinblick auf die sozialen Ordnungsfaktoren Religion und Nation in den untersuchten Verfassungen. Wenngleich sich eine steigende Tendenz erkennen lässt, dass Staaten ihre Verfassungen im Hinblick auf Inhalt und Form standardisieren (siehe dazu beispielsweise Blaustein, 1994), könnten sich ebenso länderspezifische Pfadabhängigkeiten in einer unterschiedlichen Regulierungsbedürftigkeit zeigen (Schnabel et al., 2017). Eine Antwort hierauf lässt vorsichtige Rückschlüsse auf die soziale Relevanz dieser spezifischen Identitätsangebote für die jeweiligen Gesellschaften zu. Um die empirischen Untersuchungen der Einzelschriften im Hinblick auf religiöse und nationale Identität untersuchen zu können, benötigt es eine synoptische Darstellung der theoretischen Konzepte dieser Phänomene¹³:

Religion

Religion ist ein multidimensionales gesellschaftliches Phänomen (beispielsweise Casanova, 2006b; Dobbelaere, 1981; Pickel, 2011; Pollack, 1995; Pollack & Rosta, 2015), das soziale Grenzziehungsprozesse der Inklusion und Exklusion vollzieht. Die von Glock (1962) eingeführten Dimensionen bilden dabei den Kern einer kontingenten Theorienlandschaft zu Definitionsversuchen von Religion: Er beschreibt Religion mittels einer *intellektuellen*, einer *ideologischen* und einer *ritualistischen* Dimension sowie der Dimension der *Konsequenzen* und der *religiösen Erfahrung*. Eine weitere Annahme ist, dass Religion durch individuelle Praktiken und Glauben, gesellschaftlichen Diskurs oder durch Rechtsdokumente sowohl für die individuelle Akteursebene als auch für die gesellschaftliche Makroebene stabilisiert wird (vergleiche hierzu beispielsweise Pollack & Rosta, 2015). Religion unterliegt dabei als soziales Phänomen einem stetigen sozialen Wandel. Während die Vormoderne in vielen Lebensbereichen von einer religiösen Weltanschauung geprägt war, verweist beispielsweise Max

¹³ Die artikelspezifische Konzeptionalisierung von Religion/religiöser Identität und/oder Nation/nationaler Identität wird in den entsprechenden Arbeiten separat aufgegriffen. Daher wird in dieser Synopsis eine zusammenfassende Übersicht präsentiert, die den umfangreichen Debatten und Perspektiven in der soziologischen Auseinandersetzung mit diesen Konzepten nicht in Gänze gerecht werden kann.

Weber (1972) bereits früh auf einen sozialen Bedeutungsverlust von Religion und Religiosität bei gleichzeitigem Erstarken wissenschaftlich fundierter Erklärungsmuster und bezeichnet diesen gesamtgesellschaftlichen Prozess als „Entzauberung der Welt“ (Weber, 1972). Trotz etablierter Forschung zu Säkularisierungsprozessen moderner – zumeist westlicher – Gesellschaften (beispielsweise Tschannen, 1991), zeigen viele sozialwissenschaftliche Studien eine stabile Relevanz von Religion für soziale Gemeinschaften (e.g. Stark, 1996; Stark & Bainbridge, 1987), insbesondere im Hinblick auf ihre identitätsstiftende Eigenschaft (für einen Überblick hierzu beispielsweise Ammerman, 2003). Die entscheidende Besonderheit am sozialen Ordnungsfaktor „Religion“ zeigt sich in ihrem Vermögen, eine transzendente Ebene von einer immanenten Lebenswelt zu unterscheiden (Pollack, 2017; Pollack & Rosta, 2015, S. 71); diese werden jedoch im Rahmen eines spezifischen Weltzugangs integriert und institutionalisiert, der wie kein anderer die Antwort auf die Fragen nach dem Jenseits in einem diesseitig wirksamen Deutungs- und Handlungsrahmen anbietet (vgl. insbesondere im Vergleich zur Nation: Schnabel, 2018).

Die soziale Relevanz zeigt sich potenziell in den verfassungsinhärenten religiösen Identitätsangeboten. Die empirische Verarbeitung von Religion und religiöser Identität in Verfassungen umfasst dabei nicht nur den prominenten Aspekt der religiösen Freiheitsrechte, sondern wenigstens gleichermaßen Inhalte zur Verwobenheit von Religion und dem Staat bzw. staatlichen Institutionen. Außerdem verweisen konstitutionelle Regulierungen wie beispielsweise zum Verhältnis von Religion und gouvernementalen Ämtern, zur religiösen Schulbildung oder zur Gleichstellung der religiösen mit der standesamtlichen Eheschließung auf ein spezifisches Identitätsangebot auf Kollektivebene (vgl. hierzu Schnabel et al., 2017). Im Hinblick auf die Frage der Selbstidentifikation als religiöses Kollektiv steht damit beispielsweise das konstitutionell formalisierte Selbstverständnis als säkulare oder eben religiöse Gemeinschaft im Vordergrund. Die Zugehörigkeit zu diesem Kollektiv entscheidet über die Grenzziehung zwischen einem „wir“ und einem „die Anderen“, womit ein kohäsiver Zusammenhalt in der Religionsgemeinschaft verstetigt wird und gleichzeitig die Differenzmarkierung im Sinne einer Exklusion von Nicht-Mitgliedern betont wird. Damit haben Angebote religiöser Identität in Verfassung zum einen sozial einendes und zum anderen aber auch sozial spaltendes Potenzial; in jedem Fall strukturieren die in Verfassungen konstituierten sozialen Religionskollektive die gesellschaftliche Ordnung.

Nation

Grundsätzlich lässt sich eine Nation als ein Konstrukt beschreiben, das „(...) – auf welcher Grundlage auch immer – eine politisch orientierte Bewußtseitsgesamtheit [sic]“ darstellt, „die als diese handlungsbereit und handlungswillig ist“ (Böckenförde, 2000, S. 38). Das besondere an der Nation gegenüber anderen sozialen Gruppierungen ist, dass sie ein Kollektiv beschreibt, dass auf einer gemeinsamen kulturellen Basis begründet ist und dabei einen Anspruch auf territoriale Souveränität ausdrückt (vgl. Barrington, 1997).

Dabei lässt sich der Nationenbegriff konzeptuell differenzieren: er umfasst entweder eine „politische Willens- und Bekenntnisgemeinschaft“ (Böckenförde, 2000, S. 34) oder bezieht sich auf „vor-staatliche, sog. [sic] natürliche Merkmale, wie gemeinsame Sprache, Abstammung und Kultur“ (Böckenförde, 2000, S. 34). Diese Unterscheidung verweist auf die Typisierung des zivilen und des ethnischen Nationalismus (siehe hierzu insbesondere A. D. Smith, 1971), wobei die ethnisch begründete nationale Identität das Konzept der „Kulturnation“ (Meuschel, 1988) begründet und die zivile nationale Identität die „Staatsnation“ (Meuschel, 1988). Dabei steht die Nation im Unterschied zum Staat als *„united by shared cultural features (myths, values, etc.) and the belief in the right to territorial self-determination.“* (Barrington, 1997, S. 713 [Hervorhebung im Original]). Damit sind Nationen moderne Konzepte (vgl. dazu bspw. Anderson, 2006; Gellner, 1983; Hobsbawm, 2012) und im Gegensatz zu staatlichen Konstrukten identitätsbasiert. Dabei sind sie auf die interne Kollektividentifikation der Gemeinschaftsmitglieder angewiesen und erst in zweiter Instanz als solche durch externe Kategorisierung konstituiert.

Nationale Identität ist ein Phänomen insbesondere moderner Gesellschaften und kann als „neuartige Loyalitätsverpflichtung“ (Wehler, 2011, S. 17) zur Ablösung traditioneller Heterogenitätsprädiktoren, wie Religion oder soziale Klasse verstanden werden. Calhoun (1993) beschreibt nationale Identität als

(...) a distinctive new form of group identity or membership. It is a new rhetoric of belonging to large scale collectivities. This depends on new forms of collective imagination, and also on communication capacities and social organizational conditions that encourage a sense of identity with large populations of distant and largely anonymous others.
(Calhoun, 1993, S. 229–230)

Auch Breuilly beschreibt den Sinn des Nationalismus in seiner identitären Funktion als das „Beharren auf der Bedeutung einer besonderen kulturellen Gruppenidentität als Grundlage für politische Ansprüche und Handlungen.“ (Breuilly, 1982, S. 28 [Übersetzung durch KB]). Nationale Identität ist somit eine identitäre Dimension der Loyalität und Verpflichtung gegenüber einem Kollektiv, deren formale Mitgliedschaft die individuellen Akteure zueinander exklusiv oder inklusiv relationiert und damit über die Umverteilung von Ressourcen bestimmt.

Die empirische Kollektividentifikation als Nation oder nationale Gemeinschaft findet einen performativen Kern in Verfassungsdokumenten. Wie bereits weiter oben beschrieben wird beispielsweise das kollektive „Wir“ in der Präambel über Formulierungen wie „We, the people“ performativ hergestellt und gleichzeitig das Kollektiv, das die Verfassung verabschiedet, manifestiert (siehe dazu insbesondere Kapitel 2 und den Artikel aus Kapitel 4.1). Darüber hinaus sind es vor allem die konstitutionellen Regulierungen von Staatsbürgerschaft, die in diesen Dokumenten häufig prominente Stellung innehaben (hierzu insbesondere Kapitel 1.1 sowie 1.1). Fahrmeir (2007) führt dazu beispielsweise aus, dass die formale Mitgliedschaft als Staatsbürger:in dazu dient, ein spezifisches Kollektiv zu konstituieren, welches über spezifische Rechte und Freiheiten verfügt (Fahrmeir, 2007, S. 2). Hierbei steht vor allem die Fremdzuschreibung von nationaler Identität im Vordergrund: die gouvernementale Administration verfügt über die Art und Weise der Regulierung von Staatsbürgerschaftsgewährung, -stabilisierung und -entzug (vgl. hierzu Brubaker, 1992, S. 29).

Sowohl Religion als auch Nation sind folglich multidimensionale Elemente, die die soziale Ordnung einer Gemeinschaft strukturieren (beispielsweise Brubaker, 2012; Schnabel, 2018, 2020) und, durch die Verortung individueller Akteure in dieser, als Bewältigungsmechanismen für die Kontingenz und Komplexität moderner Gesellschaften dienen. Mittels konsistenter Muster an Weltzugängen und -interpretationen schaffen sie sowohl für individuelle als auch für kollektive Akteure ein Identitätsangebot, dessen Übernahme in formaler oder informeller gesellschaftsstrukturierender Zugehörigkeit aufgrund notwendiger Ähnlichkeit und hinreichendem Anderssein resultiert (Schnabel, 2020, S. 91). Sowohl der theoretische als auch der empirische Zugang dieser Arbeit adressiert die (potenziellen) konstitutionellen Identitätsverweise eines Kollektivs, sowohl im Hinblick auf eine Selbstidentifikation als spezifisch religiöses oder nationales Kollektiv, als auch in Bezug auf die externe Fremdkategorisierung und die

spezifischen intrakonstitutionellen Folgen, die sich aus beiden Perspektiven ergeben. Die konkrete Operationalisierung der beiden Konzepte wird in der Variablenkonstruktion des Kodierschemas deutlich (Kapitel 3.3).

3. Religion und Nation in nationalen Verfassungen

Das DFG-geförderte Projekt „*Old and New Boundaries: National Identities and Religion*“ (Laufzeit: 07/2017 – 06/2020) hat sich zum Ziel gesetzt, ein besseres Verständnis darüber zu gewinnen, wie Religion und Nation in der Moderne, insbesondere im Hinblick auf ihre identitätsbezogenen Eigenschaften, miteinander verwoben sind. Dazu werden Sekundärdaten der Individual- und Kontextebene harmonisiert und in einer Datenbank zusammengestellt, mit welcher länder- und zeitübergreifende Mehrebenenanalysen zu religiösen und nationalen Identitäten als wichtige Faktoren sozialer Kohäsion und Solidarität bereitgestellt werden können.

Moderne Entwicklungen gesellschaftlicher Disparitäten haben zur Folge, dass identitätsstiftende Merkmale wie Religion und Nation (wieder mehr) Relevanz für gesellschaftliche Inklusions- und Exklusionsprozesse gewonnen haben. Die daraus resultierenden Gemeinschaften zeigen unter Umständen besondere Formen und Mechanismen von Solidarität, sowohl zwischen individuellen als auch kollektiven Akteuren. Die Wissenschaftler:innen des Projektes widmen sich entsprechend zum einen der Individualebene und fragen danach, wie individuelle religiöse und nationale Identitäten miteinander verschränkt sind und ob sich länder- und/oder zeitspezifische Unterschiede zeigen. Darüber hinaus steht die institutionelle Ebene von Gesellschaften im Fokus des Projektes, womit sowohl historische, länderspezifische und institutionelle Einflüsse als Kontextdaten einbezogen werden. Wesentlicher Kern dieser angenommenen Kontexteinflüsse sind die Verfassungsdaten, die als einzige Primärdaten die in dem Projekt gebündelten Sekundärdaten um eine wichtige Perspektive auf Religion und Nation in der Moderne ergänzt: das in das DFG-Projekt eingegliederte Subprojekt „*Religion and Nation in Constitutions worldwide*“ (RNCw) erhebt Daten zu religiöser und nationaler Identität in Verfassungsdokumenten und wird in den nächsten Abschnitten näher beschrieben.

3.1. Projektbeschreibung

Das Forschungsvorhaben, sich mit der konstitutionellen Regulierung von Religion und Nation in Verfassungen unter soziologischen Gesichtspunkten¹⁴ auseinanderzusetzen, fußt auf bewährten Forschungsperspektiven zur Analyse von Verfassungsdokumenten (vgl. dazu Elkins et al., 2010; Fox, 2011; Heintz & Schnabel, 2006; Schnabel et al., 2017).

Jonathan Fox legt mit seinem Datensatz zu „Religion and State Constitutions“ (Fox, 2011) den Forschungsschwerpunkt auf die Erfassung der konstitutionellen Regulierung des Verhältnisses von Religion und Staat sowie zu religiösen Minderheiten. Ein herausragendes Alleinstellungsmerkmal seines Datensatzes ist die Berücksichtigung der zeitlichen Entwicklung der untersuchten Daten über einen Zeitraum zwischen 1990 und 2008. Gleichzeitig bedeutet das aufgrund des Erhebungszeitraums eine gewisse Obsoleszenz der genutzten Daten. Darüber hinaus beruhen die von Fox genutzten Daten auf unterschiedlichen Datenquellen und sind teilweise vom Autor mittels „Google Translate“ übersetzt (siehe hierzu Fox, 2012), wodurch die Vergleichbarkeit der Daten nicht vollumfänglich gewährleistet ist.

Eine qualitativ und quantitativ breit aufgestellte Erforschung von Verfassungsinhalten findet sich im „Constituteproject“ (Elkins et al., 2010). Die Projekthomepage stellt nicht nur englische Übersetzungen aller aktuellen Verfassungsdokumente zur Verfügung, sondern bietet auch ein onlinebasiertes Filterinstrument zu verschiedensten Verfassungsinhalten an. Darunter befindet sich ebenfalls der Themenbereich zu konstitutionellen Regulierungen von Religion, der sich insbesondere auf den Aspekt der öffentlichen Sphäre von Religion bezieht. Die thematische Breite des „Constituteproject“ führt allerdings dazu, dass die unterschiedlichsten Themen vergleichsweise oberflächlich erfasst wurden.

Schnabel et al. (2017) beheben das Problem der Datenvergleichbarkeit, indem ausschließlich die bereits übersetzten Verfassungsdokumente des „Constituteproject“ (Elkins et al., 2010) für die Erstellung eines detaillierten Datensatzes zu Religionsregulierung in Verfassungen verwendet werden. Da der Datensatz allerdings ausschließlich aus den Mitgliedsländern der Europäischen Union besteht, ist ein internationaler Vergleich auf dieser Datengrundlage ausgeschlossen. Außer-

¹⁴ Zum grundsätzlichen soziologischen Gehalt von Verfassungen siehe Kapitel 2.

dem schließt er keine Daten zur konstitutionellen Regulierung nationaler Identität ein.

Das dieser Arbeit zu Grunde liegende Projekt „Religion and Nation in Constitutions worldwide“ (Schnabel, Behrens, et al., 2020b) nutzt ebenfalls ausschließlich die Dokumente der genannten Datenressource des „Constitute-project“ (Elkins et al., 2010), allerdings werden in diesem Projekt (im Gegensatz zur Version von 2017) alle Verfassungen völkerrechtlich anerkannter Länder in der englischen Übersetzung verwendet, sofern sie zum Beginn des Datenerhebungszeitpunktes 09/2017 durch das „Constituteproject“ zur Verfügung gestellt wurden und über ein Dokument mit Verfassungsrang verfügen. Durch diese Vorgehensweise wird die Möglichkeit der internationalen Vergleichbarkeit sichergestellt. Darüber hinaus sind für den hier genutzten Datensatz konstitutionelle Regulierungen sowohl zu Religion und religiöser Identität als auch zu Nation und nationaler Identität kodifiziert und damit im Vergleich zum „Constituteproject“ thematisch schmäler aber umso tiefer ausgerichtet. Darüber hinaus sorgt der Erhebungszeitraum für deutlich aktuellere Daten, als es der Datensatz von Fox (2011) leisten kann¹⁵. So bietet der Datensatz eine umfassende Datensammlung zu zwei Themenkomplexen von großer soziologischer Bedeutung. Die genaue Erhebung der Daten wird im folgenden Abschnitt erläutert.

Zusammengefasst besteht die besondere Leistung des Projektes „Religion and Nation in Constitutions worldwide“ (Schnabel, Behrens, et al., 2020b) in der Bereitstellung und Aufbereitung eines Datensatzes, der auf einer aktuellen und einheitliche Datengrundlage beruht, die Inhalte von Religion/religiöser Identität sowie Nation/nationaler Identität in einer qualitativen Detailtiefe erfasst und diese mithilfe unterschiedlichster Perspektiven und Methoden innovativ und akribisch auswertet und interpretiert.

¹⁵ Seit 2009 haben sich immerhin 88 Verfassungen geändert, wenngleich die Art und der Umfang der Änderungen an dieser Stelle nicht nachvollzogen wurde.

3.2 Methoden

Rechtsdokumente sind in ihrem nicht (oder nur teilweise) standardisierten Charakter von sehr variierenden Inhalten und formellen Eigenschaften. Deswegen unterscheiden sich die aus den Verfassungen gewonnenen Daten maßgeblich von anderen in sozialwissenschaftlicher Forschung verwendeten Daten: Im Gegensatz zu Datensätzen, die beispielsweise höchst standardisierten Umfragedaten auf nationalem oder internationalem Niveau nutzen, ist eine rein quantitative Auswertung der vorliegenden Verfassungsdaten nicht sinnvoll und würde für sich allein stehend nur wenig aussagekräftige Ergebnisse produzieren. Eine rein qualitative Analyse der Daten ist hingegen auf Grund des Umfangs nur in Bezug auf eine konkrete Fallauswahl spezifischer Länder möglich. Die Kombination quantitativer und qualitativer Analysemethoden ermöglicht wiederum die internationale Vergleichbarkeit bei gleichzeitiger Illustration der konstitutionellen Substanz.

Zur methodischen Beschreibung der Generierung dieses Primärdatensatzes zählt insbesondere die (1) Darlegung der Kriterien zur Länderauswahl sowie die (2) Beschreibung der konkreten Datenextraktion aus den Verfassungsdokumenten.

- (1) Die Auswahl der Länder beruht im Wesentlichen auf zwei Kriterien: erstens müssen die Länder ein Dokument von Verfassungsrang vorweisen und zweitens müssen sie seitens der UN völkerrechtlich anerkannte Staaten sein. Aufgrund dieser Anforderungen ist beispielsweise Großbritannien kein Bestandteil der Analyse, da hier keine Verfassung im engeren Sinne vorliegt¹⁶. Als Beispiel für den Ausschluss aufgrund des völkerrechtlich umstrittenen Status ist die Republik Kosovo zu nennen¹⁷. Im September 2017 sind die vorhandenen Verfassungsversionen¹⁸ des „Constituteproject“ (Elkins et al., 2008) zu einem Datenkorpus von 186 Verfassungen zusammengefügt worden, weshalb der Datensatz als Vollerhebung der international gültigen Verfassungsdokumente zum genannten Zeitpunkt qualifiziert werden kann.

¹⁶ Gleiches gilt für Kanada, Israel, Neuseeland und San Marino.

¹⁷ Ebenso Taiwan, Palästina, Nordzypern und (West-)Sahara.

¹⁸ In seltenen Fällen kann es vorkommen, dass es zum Erhebungszeitraum bereits Verfassungsänderungen gab, die aber noch nicht vom „Constituteproject“ (Elkins et al. 2008) verarbeitet wurden und so keinen Eingang in die vorliegenden Analysen bekommen haben.

- (2) Die Bearbeitung der Verfassungsinhalte folgt dem Ansatz der Triangulation, da qualitative und quantitative Erhebungs- und Auswertungsstrategien miteinander verknüpft werden (vgl. Kuckartz, 2014). Im Hinblick auf die Datenerhebung werden zwar einheitliche Datenquellen – die Verfassungsdokumente – genutzt, deren Inhalte aber sowohl mit qualitativen als auch quantitativen Methoden erhoben, was der Methodentriangulation (Kuckartz, 2014, S. 46) entspricht: Die Datenextraktion nutzt dabei im Wesentlichen die strukturierende qualitative Inhaltsanalyse (vgl. beispielsweise: Mayring, 2015; Schreier, 2014), da die Verfassungsinhalte anhand der erhobenen Dimensionen von Religion und Nation beschrieben werden. Die Erhebung belief sich auf einen Zeitraum von 09/2017 bis 02/2020 und basiert auf einem mehrstufigen Kodierprozess, der sowohl einer deduktiven als auch induktiven Kategorienbildung folgt (dazu beispielsweise Mayring, 2015): Das Vorhaben, sich auf die Themenkomplexe von Religion/religiöser Identität und Nation/nationaler Identität zu fokussieren erfordert eine theoretische Auseinandersetzung mit den entsprechenden Ordnungskonzepten, woraus sich entsprechend deduktive Analysekategorien, wie beispielsweise das Staat-Religion-Verhältnis oder die Regulierung von Staatsbürgerschaft, für die Verfassungsuntersuchung ableiten¹⁹. Hingegen eröffnete eine erste Sichtung der Verfassungstexte zusätzlich induktiv generierte Auswertungskategorien, wie beispielsweise die Vielzahl der in Bezug zur nationalen Identität stehenden politischen, zivilen und sozialen Rechte (und Pflichten) sowie deren konkreten Akteursbezug. Die Kombination aus deduktiv und induktiv gewonnenen Kategorien zur Analyse der Verfassungen wurde in Variablen übersetzt und in einem Codebuch²⁰ gebündelt, welches die Grundlage für die hauptsächliche Datenkodierung darstellte und die Standardisierung des Verfahrens mit mehreren beteiligten Wissenschaftler:innen sicherstellte. Darüber hinaus enthält das Codebuch auch quantitativ orientierte „Zählvariablen“, welche die Häufigkeit bestimmter Wörter in den Verfassungsdokumenten zählen und so auf die Relevanz der hinter diesen Begrifflichkeiten stehenden Konzepte hinsichtlich ihrer ‚Regulierungsnotwendigkeit‘ hindeuten.
- Zur Gewährleistung hoher Intercoder-Reliabilität kodierten die beteiligten Wissenschaftler:innen die Inhalte unabhängig voneinander und verglichen die

¹⁹ Vergleiche dazu Kapitel 2.

²⁰ Das vollständige Codebuch findet sich im Anhang dieser Arbeit.

Ergebnisse anschließend in kontinuierlich stattfindenden Projektsitzungen. Zweifelsfälle wurden detailliert besprochen und konsensuell in ein Ergebnis überführt, um einen umfassenden und validen Datensatz zu erhalten. Damit folgt das Projekt dem Prinzip der „Forschertriangulation“ (Kuckartz, 2014, S. 46).

Die Größe des so gewonnen Datensatzes verdeutlicht dabei die Komplexität der Datenerhebung, der erfassten Inhalte und ihrer Formalisierung. Die Datenauswertung folgt hier ebenfalls der Triangulationsidee, genauer der Theorien-triangulation sowie der Methodentriangulation (Kuckartz, 2014, S. 46). Diesen Konzepten entsprechend, nehmen die einzelnen Auswertungsstudien durch die Anwendung unterschiedlicher Theorien und gemischter Auswertungsansätze verschiedene theoretische Perspektiven bei der Dateninterpretation ein und erfassen den Inhalt der Daten mit unterschiedlichen Methoden. Beispielsweise bieten die Systemtheorie (vgl. dazu: Behrens, 2020) und die Anrufungstheorie (vgl. dazu: Behrens, 2020 [unter Begutachtung]) sehr unterschiedliche Interpretationsansätze zur Annäherung an das erhobene Datenmaterial. Die konkreten theoretischen Grundlagen sowie die exakten methodischen Prinzipien und Vorgehensweisen sind aufgrund der Untersuchungsspezifität in den jeweiligen Beiträgen dargelegt.

Grundsätzlich erfolgte Inhaltskodierung und -interpretation explizit aus soziologischer Perspektive (Cotterrell, 1998) und schließt ausdrücklich eine juristische Interpretation der Daten aus²¹. Außerdem beschränkt sich die Auswertung auf den Verfassungskorpus; weitere Gesetzestexte, auf die intrakonstitutionell verwiesen wird oder die dem Dokument beigelegt sind, sind ebenfalls nicht in die Auswertung eingeflossen. Gleiches gilt explizit für die empirische Umsetzung der formal definierten Verfassungsinhalte als ‚Verfassungsrealität‘, welche ebenfalls nicht über die hier genutzten Daten abgebildet wird, wenngleich eine erhebliche Disparität vorliegen kann.

²¹ Zweifellos sind Verfassungen ein rechtliches Instrument, das juristisch bedient und interpretiert werden muss; so regeln sie Verfahren und Zuständigkeiten, die im Sinne einer rechtsprechenden Instanz enorme Bedeutung haben (vgl. dazu bspw. Schmidt 2012, S. 51). Nichtsdestotrotz hat auch die soziologische Betrachtung von Verfassungen ihren eindeutigen Mehrwert, da sie als Ergebnis und Determinante sozialer Ordnung analysiert und interpretiert werden können.

3.3 Datensatz

Grundsätzlich können Verfassungen verschiedene Strukturelemente aufweisen, die weder zwangsläufig enthalten sein müssen noch in einer spezifischen Reihenfolge auftreten. Eine Ausnahme stellt die Präambel einer Verfassung dar: falls sie Element einer Verfassung ist, steht sie als narrative Einleitung vor dem eigentlichen Verfassungsinhalt. Abgesehen von der Präambel können unter anderem folgende Abschnitte die Verfassung strukturieren (gemäß Blaustein, 1994): „Fundamentale Prinzipien“, „Staatsgebiet und Staatsbürgerschaft“, „fundamentale Rechte“, „politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte“, „Verpflichtungen und Aufgaben“, „Aufteilung der Regierungsbefugnisse“, „Legislative“, „Judikative“, „Exekutive“, und einige weitere.

Die Struktur des Datensatzes orientiert sich an seiner thematischen Ausrichtung und enthält entsprechend vier inhaltliche Abschnitte mit insgesamt 159 Variablen: die inhaltlichen Kernvariablen finden sich in den Abschnitten zu „Religion/religiöse Identität“ sowie zu „Nation/nationale Identität“. Ergänzt werden die beiden inhaltlichen Blöcke durch Variablen zur Zählung ausgewählter Vokabularien in den Textdokumenten, den „Wortcount-Variablen“, sowie durch „Kontextinformationen“ zu den Verfassungsdokumenten.

Der folgende Teil fasst die einzelnen thematischen Abschnitte zusammen²², wobei die hier aufgeführten Inhalte bereits der aufbereiteten Datenstruktur folgen und so beispielsweise Indikatoren (*rec-Variablen) enthalten, die Ergebnis aus verschiedenen Originalvariablen sind.

Religion und religiöse Identität

Wie in der theoretischen Einführung des soziologischen Religionskonzeptes deutlich geworden ist, handelt es sich um einen mehrdimensionalen Ordnungsfaktor, die hinsichtlich der Adressierung kollektiver und individueller religiöser Identität auf Verfassungsebene in kodierfähige Variablen operationalisiert werden müssen. Der erste Variablenblock (*r*) umfasst entsprechend alle konstitutionellen Regulierungen zu Religion und religiöser Identität: Der Abschnitt umfasst mit 56 Variablen die Dimensionen der Staat-Religions-Beziehung, der Antidiskriminierung in Bezug auf die religiöse Identität, Regelungen zu Familie und Bildung in Bezug zu Religion, religiöse Freiheitsrechte, die Regelung von religiösen

²² Das vollständige Codebuch finden sich im Anhang A.

Organisationen sowie die gouvernementale Administration in Zusammenhang mit Fragen der religiösen Identität.

Die Staat-Religion-Beziehung wird in dem Datensatz von 10 Variablen erfasst. Darunter fällt die Frage, ob in der Präambel als deklaratives Element der Selbstdarstellung im Rahmen der Verfassungstexte (Addis, 2018) Verweise auf Religion enthalten sind (*r1*), wohingegen eine separate Variable festhält, ob es jenseits der Präambel explizite Säkularitätsbekundungen gibt (*r2*). Weitere Variablen halten fest, ob das Staat-Religion-Verhältnis explizit erwähnt (*r3 – r3rec*) wird und ob staatliche Privilegien an religiöse Institutionen gewährt (*r4a*) oder verweigert (*r4b*) werden. Anhand dieser Variablen lässt sich rekonstruieren, ob das soziale Kollektiv, welches die Verfassung verabschiedet hat und gleichermaßen erst durch sie konstruiert wird (Addis, 2018) als religiös oder säkular beschrieben wird oder ob Religion in der identitären Selbstbeschreibung keine Rolle spielt. Die Erfassung von Verboten von Antidiskriminierung aufgrund von religiöser Überzeugung (*r5* und *r6*) sind ebenso enthalten wie Gebote zur Gleichbehandlung trotz religiöser Zugehörigkeiten oder Weltanschauungen (*r7*). Damit lässt sich im Zusammenhang der hier verfolgten Fragestellungen die formale Inklusionsbereitschaft unabhängig von religiöser (Nicht-)Zugehörigkeit nachzeichnen. Mittels des RNCw-Codebuchs kann darüber hinaus erhoben werden, ob und inwiefern Religion in Familie (*r8, r8a, r8b*) und Bildung (*r9 – r9rec*) reguliert wird. Dabei geht es um die (potenzielle) religiöse Sozialisierung und welche Akteure hier zentrale Positionen einnehmen. Neben der organisationalen Mitgliedschaft – auch zu politischen Parteien – (*r10a, r10b, r10c*) beschäftigt sich ein großer Anteil der Variablen mit der konstitutionellen Regulierung religiöser Freiheitsrechte und deren potenziellen Einschränkungen (*r11 – r11l*), was direkt mit der Möglichkeit zur individuellen und kollektiven Verwirklichung religiöser Identität (Glock, 1962) zusammenhängt. Abschließend codiert der Variablen-Abschnitt zu Religion und religiöser Identität die Regulierung von religiösen Organisationen (*r12 – 12rec2*) sowie mögliche Verflechtung von Religion und gouvernementalen Strukturen (*r13 – r13e*). Mit Hilfe dieser Variablen kann die institutionelle Verflechtung organisationaler und gouvernementaler Strukturen abgebildet werden, was Hinweise auf die staatliche (Un-)Abhängigkeit in Bezug zu einer spezifischen Religion und damit religiösen Identität gibt.

Nation und nationale Identität

Der zweite Block betrifft Variablen zur Nation und nationalen Identität, welche mit „n“ markiert sind und folgende Dimensionen beschreiben: die Nation und nationale Identität als Narrativ in Verfassungspräambeln, Regelungen zur Staatsbürgerschaft, die Formulierung von zivilen, politischen und sozialen Rechten und Pflichten, die Beschreibung zu nationalen Symbolen, zu Sprachen und Minoritäten sowie zur Integration in die Weltgesellschaft.

Verfassungspräambeln sind ein zentraler Bestandteil vieler Verfassungen, da sie Gelegenheit zur narrativ gestalteten Identitätsbeschreibung und -konstruktion bieten (Addis, 2018; Kelsen, 1946; Orgad, 2010) (vgl. hierzu Kapitel 4.1). Die Variablen *n1* – *n1rec* bieten entsprechend die Möglichkeit insbesondere die Narrative zur nationalen Identität in Verfassungspräambeln zu erheben, womit der Frage nachgegangen werden kann, ob und inwiefern die nationale Identität eine Rolle bei der konstitutionellen Konstruktion von sozialen Kollektiven spielt. Eine besondere Ausprägung der nationalen Identität stellt die formale Mitgliedschaft zu einem sozialen (nationalen) Kollektiv dar, weshalb die Variablen *n3* – *n3g* die Gewährung, Stabilisierung und den Entzug von Staatsbürgerschaft mittels verschiedener Kodierungsmöglichkeiten thematisieren. Gefolgt wird dieser Variablenblock von den statusabhängigen konstitutionell gewährten Rechten (*n4*–*n4every*) und Pflichten (*n5*–*n5rec*)²³, die wesentlich darüber Aufschluss geben können, ob der Status einer spezifischen nationalen Identität in Form der formalisierten Staatsbürgerschaft Konsequenzen produziert und wie diese intrakonstitutionell ausgestaltet werden. Weitere zentrale Bestandteile der Kodierung nationaler Identität werden durch die Variablen zur Erfassung von konstitutionell beschriebenen und damit fixierten nationalen Symbolen (Variablen *n7*–*n7rec*) abgebildet, welche eine direkte Markierung nationaler Identität innerhalb der Verfassung zeigen. Darüber hinaus ist die Anerkennung und Inklusion von Minoritäten (*n9*, *n10*–*n10rec*) erfasst, die – ähnlich wie die Antidiskriminierungsparagraphen – die formale Integrationsbereitschaft des sozialen Kollektivs darstellt. Abgeschlossen wird der Variablenabschnitt zur nationalen Identität durch die Erhebung von Souveränitätsdeklarationen (*n11*–*n11rec*) und der inter-

²³ Für den Artikel „The Legal Interpellation of Citizens – A Constitutional Analysis“ (Behrens 2020 [unter Begutachtung]) hat die Autorin den Variablenkatalog der kodierten Rechte und Pflichten um weitere Variablen erweitert, die nicht Bestandteil des offiziellen RNCw-Codebuchs sind. Die Ergänzungen finden sich im Anhang des entsprechenden Beitrags in Kapitel 1.1.

nationalen Einbindung in die Weltgesellschaft (*n12-n12e*), welche unterschiedliche ‚Intensitäten‘ einer nationenbezogenen Identität spiegeln.

Wortzählungen

Der Variablenblock zu den Wortzählungen (*w*) enthält für sich genommen keine inhaltliche Aussage im Sinne einer ordinalen oder nominalen Kodierung konstitutioneller Regulierungen. Er besteht aus 17 Variablen (*w1-w17*), die die Anzahl relevanten Vokabulars oder dessen Wortstamm in den einzelnen Verfassungsdokumenten zählen. Darüber zeigt sich die Regulierungsbedürftigkeit der jeweiligen Dimensionen und gibt damit Aufschluss über die soziale Relevanz der regulierten sozialen Bereiche. Tabelle 3.3-1 zeigt die minimale und maximale Anzahl der untersuchten Zählvariablen sowie deren Mittelwert.

Tabelle 3.3-1. Zählvariablen aus RNCw. Quelle: eigene Darstellung.

Name	Label	Min	Max	Mittelwert
w1	wordcount: religi...(religion/religious/...)	0	53	10,36
w2	wordcount: church	0	14	0,83
w3	wordcount: consci...(conscience/consciousness/...)	0	6	1,47
w4	wordcount: belief, believ (believers)	0	24	2,14
w5	wordcount: faith	0	17	0,62
w6	wordcount: creed	0	4	0,49
w7	wordcount: philosoph...(philosophy/philosophical/...)	0	5	0,35
w8	wordcount: ideolog... (ideology/ideological/...)	0	16	0,74
w9	wordcount: national identity	0	3	0,25
w10	wordcount: [nation] identity	0	7	0,19
w11	wordcount: cultural identity	0	5	0,35
w12	wordcount: heritage	0	19	0,98
w13	wordcount: indigenous	0	131	1,92
w14	wordcount: minorit...(minority/minorities/...)	0	57	1,53
w15	wordcount: native	0	117	1,48
w16	wordcount: Islam	0	209	2,28
w17	wordcount: GOD	0	41	2,05

Beispielsweise erfasst die Variable *w1* die Häufigkeit des Wortstammes *religi* in einer Verfassung. Das über den Wortstamm und weitere Suffixe erfasste Vokabular (religious/religion/religiosity) indiziert die Notwendigkeit, Religion als soziales Phänomen zu regulieren. 16 der 186 Länder haben beispielsweise keinen einzigen Verweis auf Religion oder Religiosität, während die malaysische Verfassung 53 direkte semantische Verweise auf den genannten Aspekt enthält.

Die hier exemplarisch dargestellte unterschiedliche ‚Regulierungsdichte‘ in Verfassungstexten zeigt die enorme Differenz in der Notwendigkeit, die soziale Gemeinschaft im Hinblick auf Religion/Religiosität formal zu organisieren²⁴. Wenngleich keine Information über die Motivation derlei Verfassungsgestaltung vorliegt, zeigt sich doch durch die enorme Varianz der Daten, dass Religion/Religiosität auch in der Moderne keine Selbstverständlichkeit im Sozialen ist, sondern entsprechend der länderspezifischen Kontextualisierung einer mehr oder weniger stark ausgeprägten Regulierungsnotwendigkeit unterliegt.

Verfassungskontext

Der Verfassungskontext (c) ist in dem RNCw-Datensatz mit 22 Variablen eingebunden, die als begleitende und ergänzende Informationen dienen und nicht aus verfassungsinhaltlichen Kodierungen bestehen. Unter anderem sind die Angaben zu einer möglichen Kolonialvergangenheit (c1 und c2) enthalten, sowie Informationen über das Jahr der ersten Verfassung (c2a) und das Jahr der Verabschiedung der aktuellen Verfassung (c2b). Mithilfe dieser Mischung aus nominalen und metrischen Variablen ist es möglich, den unmittelbaren historischen und geografischen Kontext für die Entstehung und Stabilisierung von Verfassungen zu berücksichtigen und gegebenenfalls Pfadabhängigkeiten durch ‚critical junctures‘ (Collier & Collier, 2002) der Verfassungsentstehung aufzuspüren.

²⁴ Über die Motive der Verfassungsgestaltung kann keine gesicherte Aussage im Sinne eines kausalen Zusammenhangs getroffen werden. Mögliche Interpretationen sind durch den Verfassungskontext hergeleitet, verbleiben aber im Bereich des Spekulativen.

4. Dokumentation der Originalbeiträge

Um der Frage nach dem soziologischen Gehalt von Verfassungen empirisch nachzugehen – insbesondere im Hinblick auf die formalen Identitätsdimensionen von Religion und Nation – sind ausdrücklich fünf soziologische Beiträge zu nennen, die sich diesem Anliegen widmen. Dabei stehen in den Artikeln (I) (Schnabel et al., 2017) und (V) (Schnabel, Beyer & Behrens, 2020) jeweils die Regulierung von Religion und religiöser Identität in Verfassungsdokumenten im Vordergrund, während sich die Artikel (III) (Behrens, 2020) und (IV) (Behrens, 2020 [unter Begutachtung]) dezidiert mit der konstitutionellen Formalisierung von Nation und nationaler Identität auseinandersetzen. Der Artikel (II) (Behrens, 2021 [publikationsreif]) schließt sowohl religiöse als auch nationale Identität in die Analyse ein²⁵.

(I) *„Religion in European constitutions – cases of different secularities“*
(Schnabel et al., 2017)

Der erste Beitrag ist das Ergebnis eines vorausgegangenen Projektes, welches zwischen 2013 und 2016 umgesetzt wurde, und basiert auf einem ersten Datensatz zu Religion in Verfassungsdokumenten der europäischen Mitgliedsstaaten²⁶. In diesem Beitrag untersuchen die Autor:innen anhand der Verfassungstexte den institutionalisierten Zusammenhang von Religion und öffentlich-rechtlichen Bereichen moderner Gesellschaften. Geleitet werden sie dabei von den theoretischen Annahmen des Neo-Institutionalismus einerseits und der Perspektive auf Pfadabhängigkeiten moderner Institutionen andererseits.

Ausgangspunkt ist dabei die Beobachtung, dass trotz aller Säkularisierungsdebatten Religion auch in Europa wieder (oder immer noch) von sozialer Bedeu-

²⁵ Die Beiträge, die sich mit Religion und Verfassungen auseinandersetzen (Schnabel et al. 2017); Schnabel, Beyer und Behrens 2020), dienen explizit der inhaltsergänzenden Einordnung des Projektes und sind kein Bestandteil der Bewertungsgrundlage der vorliegenden Dissertationsschrift. Während der zuerst beschriebene Artikel (I) den Hintergrund und die Einleitung für das diese Arbeit bestimmende RNCw-Projekt darstellt, führt der abschließend dargestellte Beitrag (V) über die verfassungsimmanente Perspektive hinaus.

²⁶ Im Unterschied zum vollendeten RNCw-Datensatz schließt dieser Korpus lediglich die Europäischen Mitgliedsstaaten ein und stellt aus diesem Grund keine Vollerhebung dar. Das Codebuch zu RNCw (Schnabel, Behrens, et al. 2020a) basiert auf diesem Vorgängerprojekt, beinhaltet allerdings deutlich mehr Variablen und kann damit eine tiefere Inhaltendarstellung abbilden.

tung zu sein scheint (Pollack & Rosta, 2015), was sich in der öffentlichen Zurschaustellung religiöser Symbole, politischen und sozialen Debatten um die religionsbezogene Meinungsfreiheit oder religiös motivierten Terrorakten zeigt. Die Analyse des Zusammenhangs von Religion und Verfassungen beleuchtet dabei verschiedene Aspekte des sozialen Phänomens in der grundlegendsten rechtlichen Regulierung: angefangen von religiösen Freiheitsrechten, über das Staat-Religions-Verhältnis bis hin zur Autonomie von kirchlichen Organisationen. Da Verfassungen die fundamentalen Regeln der Gesellschaft formalisieren, spiegeln sie gleichzeitig das nationale Selbstverständnis (in diesem Fall das religiöse Selbstverständnis) wider, stellen einen Handlungs- und Deutungsrahmen für jedwede gesellschaftlichen Akteure dar und sind damit im Hinblick auf ihre Inhalte gesamtgesellschaftlich relevant. Verfassungen sind damit wesentliche Institutionen der modernen Staatsarchitektur und können aus soziologischer Perspektive im Sinne ihres Entstehungszusammenhangs unterschiedlich kontextualisiert werden: Einerseits lassen die Annahmen neo-institutionalistischer Theorien vermuten, dass Verfassungen durch die Adaption geteilter institutioneller Skripte einem internationalen Isomorphismus in der inhaltlichen und formalen Ausgestaltung unterliegen (Meyer et al., 1997). Andererseits suggeriert die historische Soziologie eine grundsätzliche Pfadabhängigkeit in der institutionellen Entwicklung aufgrund spezifischer historischer Ereignisse (Pierson, 2000).

Folgt man der neo-institutionalistischen Logik nach Meyer et al. (1997), sind Staaten als legitimierte rationale Akteure Teil der Weltgemeinschaft, die institutionelle Vorlagen bereitstellt, welche (unter anderem) über die nationale Normsetzung transportiert und übernommen werden. Mit dieser Annahme unterliegen Verfassungen als normative Konstrukte auf nationaler Ebene den implementierten institutionellen Arrangements der ‚Weltkultur‘ und adaptieren diese auf Staatsebene. In der Konsequenz müssten sich in der empirischen Auseinandersetzung mit Verfassungsinhalten viele Übereinstimmungen und Gemeinsamkeiten im internationalen Vergleich ergeben.

Im Kontrast dazu betont die Idee der Pfadabhängigkeit die historische Spezifität des Entstehungskontextes von Institutionen. Insbesondere im Hinblick auf die Verabschiedung von Verfassungen als Institutionen von besonderer Tragweite könnten „critical junctures“ (Collier & Collier, 2002) wie Revolutionen, Kriege oder besondere soziale Innovationen für eine spezifische Ausgestaltung in Form und Inhalt sorgen. Diese kontextabhängige Ausgestaltung stabilisiert sich über beständige Reproduktion, da Abweichungen mit enormen Kosten verbunden

wären (Mahoney, 2000). Entsprechend dieser Annahmen müsste das konstitutionelle Design länderspezifisch und damit heterogen ausfallen.

Nach einer soziologischen Annäherung an Verfassungen folgt eine Einordnung der aktuellen Debatte(n) um die Bedeutung von Religion oder ihre Obsoleszenz für moderne Gesellschaften. Auf eine kompakte Beschreibung des Datensatzes folgt anschließend eine quantitative Auseinandersetzung mit den Verfassungsregulierungen von Religion in den Europäischen Mitgliedsstaaten. Diese zeigt, dass Religion und religiöse Identität in allen untersuchten Verfassungen reguliert oder wenigstens erwähnt wird. Darüber hinaus offenbart die Analyse keine eindeutigen Muster der Regulierung von Religion in europäischen Verfassungen: die Häufigkeit der begrifflichen Verwendung und die Regulationstiefe der einzelnen organisationalen Dimensionen von Religion verhalten sich ambivalent zueinander. Auch die Korrelationen mit Kontextinformationen bringen keine größeren ‚Verfassungscluster‘ zum Vorschein. Allerdings scheint es, dass insgesamt ein größeres Regulierungsbedürfnis an Religion oder religiöser Identität besteht, sofern sich in der Verfassungspräambel bereits Verweise auf Religion oder eine religiöse Identität im Hinblick auf das nationale Selbstverständnis befinden. Hingegen zeigen sich keine einheitlichen Muster hinsichtlich der Verweise auf Antidiskriminierungsbestimmungen in Bezug zu Religion und der Formulierung religiöser Freiheitsrechte von individuellen Akteuren: Während religiöse Freiheitsrechte Praktiken der freien Religionsausübung betreffen, welche die öffentliche Ordnung stören könnten und aus diesem Grunde eine bestimmte Regulierungsnotwendigkeit evozieren, sind die Antidiskriminierungsbestimmungen und der Anspruch auf Gleichheit unabhängig von jeder Religionszugehörigkeit, Teil der Europäischen Grundrechtecharta und daher bereits auf europäischer Ebene als verbindlich definiert, weshalb sie so möglicherweise keinen Regulierungsbedarf auf nationaler Ebene auslösen.

Die deskriptiven Ergebnisse hinsichtlich der konstitutionell fixierten Staat-Kirchen-Beziehung sind ebenfalls von deutlicher Heterogenität und erlauben keine einheitliche Darstellung im europäischen Vergleich. Gleiches gilt für die Regulierung der religiösen Bildung, der religiösen Eheschließung und der familiären Religionsdimension, wenngleich sich hier ein Zusammenhang in Ländern mit einer katholischen Mehrheit zeigt, in der die staatliche Autorität zur Regulierung der entsprechenden Dimensionen verfassungsmäßig abgesichert werden muss. Darüber hinaus zeigt sich, dass europäische Verfassungen den

Einfluss von Religion auf gouvernementale Strukturen konstitutionell einschränken.

Die hier vorgestellten Resultate verdeutlichen die Haupteigenschaften dieses Beitrags: die verfassungsmäßige Regulierung von Religion variiert in den europäischen Verfassungen enorm, sodass sich kaum einheitliche Muster identifizieren lassen. Gleichzeitig bedeutet dieses Resultat, dass Europa auf formaler Ebene der nationalen Verfassungen kein schematisches Säkularitätsdogma vertritt. Im Hinblick auf die neo-institutionalistische Annahme der isomorphistischen Tendenzen können keine empirischen Nachweise in den Verfassungsdaten gefunden werden. Im Gegenteil: die große Varianz der Regulationstiefe von Religion in den jüngeren Verfassungsdokumenten zeigt eine steigende Relevanz zur Auseinandersetzung mit religiöser Identität, was der Säkularisierungsidee grundlegend widerspricht. Allerdings kann auch das Konzept von pfadabhängigen Entwicklungen nicht uneingeschränkt bestätigt werden, da historische Ereignisse, wie der Zweite Weltkrieg, der jeweilige EU-Beitritt oder der für Europa entscheidende Moment des Zerfalls der Sowjetunion, nach einer quantitativ orientierten Überprüfung offensichtlich keine kritischen Zeitpunkte der Verfassungsentwicklung gewesen sind. Nichtsdestotrotz zeigen die Daten eine besondere Form der Pfadabhängigkeiten: intrakonstitutionell scheint es Abhängigkeiten in Struktur und Inhalt zu geben. Damit ergibt sich in der Konsequenz, dass Verfassungen sowohl Ergebnis länderspezifischer Bedingungen sind als auch durch ihre intratextuelle Logik spezifischen isomorphistischen Standards folgen.

In Bezug auf das Projekt „Religion and Nation in Constitutions worldwide“ und die mit dieser Dissertation zusammenhängenden Fragestellungen, leistet dieser Artikel einen wertvollen Beitrag: zunächst ist festzuhalten, dass der Artikel auf zuvor erhobenen Daten zu Religion in europäischen Verfassungen beruht und dass ohne diesen Artikel das soziologische Interesse an einem international vergleichenden Verfassungsdatensatz zu religiöser und nationaler Identität nicht geweckt worden wäre. Darüber hinaus kann anhand der Ergebnisse des Artikels geschlossen werden, dass Verfassungen als rechtliche Rahmungen für die Formulierung von politischen Maßnahmen sowie für die sinnhafte Interpretation der (Um-)Welt und den Handlungsspielraum individueller Akteure eine nationale Institution von herausragender Bedeutung sind. Wenngleich auf der Datengrundlage von Verfassungsinhalten kein empirisch prüfbarer Effekt von Verfassungen auf die soziale Ordnung nachgewiesen werden kann, zeigt dieser

Beitrag insbesondere im Hinblick auf die verfassungsmäßige Formalisierung von Religion und religiöser Identität, unter welchen rechtlich fixierten Bedingungen individuelle religiöse Praktiken, die institutionelle Verwendung von religiösen Symbolen, oder die mit religiöser Freiheit begründete Einschränkung anderer Freiheitsrechte im öffentlichen Diskurs (kontrovers) verhandelt werden. Ferner geben Verfassungen Aufschluss darüber, ob und wie sich die Mitglieder einer nationalen Gemeinschaft als religiöses Kollektiv identifizieren.

(II) Behrens, K. (2021 [publikationsreif]). *Forms of Solidarity in National Constitutions*.

Der Artikel „*Forms of Solidarity in National Constitutions*“ (Behrens, 2021 [publikationsreif]) setzt sich mit der konstitutionellen Formalisierung von Solidaritätsnormen auseinander. Dabei stützt sich die empirische Untersuchung auf die Solidaritätstheorie nach Emile Durkheim (Durkheim, 1893/1960) und nutzt entsprechend der Operationalisierung von mechanischer und organischer Solidarität verschiedene religiöse und nationale Identitätsdimensionen aus dem „RNCw“-Projekt.

Das Konzept der Solidarität ist ein beständiges Element zur stabilen Integration von sozialen Gemeinschaften, wird aber insbesondere in Zusammenhang mit Kooperationsproblemen salient: Solidarität verpflichtet individuelle Akteure dazu, die Erfüllung eines Gemeinwohls gegenüber der Verfolgung individueller Interessen zu priorisieren und schafft so eine Grundlage wechselseitiger Kooperationen. Dabei kann die gegenseitige solidarische Verpflichtung auf verschiedenen Säulen beruhen, beispielsweise auf persönlichen Beziehungen, geteilten Weltanschauungen, vertraglichen Vereinbarungen oder durch Arbeitsteilung verursachte Abhängigkeiten. Unter diesen Annahmen eröffnen nationale Verfassungsdokumente eine einzigartige Möglichkeit, das theoretische Konzept von sozialer Solidarität empirisch zu betrachten: einerseits ist eine ihrer Hauptfunktionen die Konstruktion eines auf der Ähnlichkeit der Mitglieder beruhenden nationalen Kollektivs (Tushnet, 2010, 2012), welches häufig bereits mittels identitätsbetonender Narrative in der Verfassungseinleitung, der Präambel, erfolgt (Addis, 2018). Andererseits sind Verfassungen in ihrem vertraglichen Charakter administrative Institutionen staatlicher Organisation und formalisierte Normsetzungen von sozialen Gemeinschaften. Entsprechend liegt diesem Beitrag die Forschungsfrage zugrunde, ob und inwieweit Verfassungen als formalisierte Regelwerke von Gesellschaften bestimmte Normen sozialer Solidarität

adressieren und ob sie dabei ein nationales Identitätskollektiv bestimmen oder die vertragliche Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft von zentraler Bedeutung ist.

Folgt man Emile Durkheim (Durkheim, 1893/1960) sind im Wesentlichen die Formen mechanischer und organischer Solidarität voneinander abzugrenzen: während mechanische Solidarität durch eine hinreichende Ähnlichkeit der einzelnen Akteure zueinander die Gemeinschaftsmitglieder aufeinander verpflichtet, basiert die organische Solidarität auf gegenseitiger Abhängigkeit durch Ausdifferenzierung. Damit stützt sich die mechanische Solidarität auf eine gemeinsame Identität der Mitglieder, während die organische Solidarität einen administrativ-vertraglichen Charakter zeigt. Diese Solidaritätsdichotomie lässt sich in spezifische Formen von sozialer Gemeinschaft übersetzen: während der ‚Ethnos‘ auf einer gemeinsamen Abstammung, einer gemeinsamen Vergangenheit und damit gemeinsamer Identität basiert, ist die unerlässliche Grundlage des ‚Demos‘ ein formalisiertes Regelwerk, das für die notwendige Legitimation der Gemeinschaft sorgt und die einzelnen Mitglieder darüber einander gegenüber verpflichtet (vgl. dazu auch die Konzepte von 'civic identity' und 'ethnic identity' nach A. D. Smith, 1971, 1991).

Präambeln sind in dieser Hinsicht zentrale Elemente der empirischen Auseinandersetzung mit Solidarität in nationalen Verfassungen, da sie (potenziell) das Kollektiv definiert und identifiziert, für das die jeweilige Verfassung Gültigkeit beansprucht. Dabei tritt das entsprechende Kollektiv in einer ambivalenten Position auf: einerseits ist es (vermeintlicher) Autor des Verfassungsdokuments, da dieses stets Ergebnis nationaler Aushandlungsprozesse ist und ein sie begründendes Kollektiv voraussetzt. Andererseits sind es die Verfassungen, die das Kollektiv mittels einer narrativen und/oder formalen Konstruktion performativ herstellen (Addis, 2018, S. 125). Diese (potenzielle) Kollektivkonstruktion in Verfassungen lässt sich nun insofern in Zusammenhang mit sozialer Solidarität stellen, als dass die so adressierte kollektive Identität der Idee mechanischer Solidarität nach Durkheim entspricht und folglich einen wesentlichen Baustein in der Integration der sozialen Gemeinschaft darstellt.

Das theoretische Fundament zu mechanischer und organischer Solidarität wird in diesem Artikel mit Hilfe der Datengrundlage des „RNCw“-Projektes (Schnabel, Behrens, et al., 2020b) in empirisch messbare Konzepte transformiert. Grundsätzlich gilt dabei, dass diejenigen Verfassungen ohne Präambel als idealtypischste Form organischer Solidarität interpretiert werden, da ihre

Verfassungsarchitektur keine narrative Einleitung vorsieht und sie so keine Möglichkeit der performativen Identitätskonstruktion anbieten. Ihre Solidaritätsverpflichtung entsteht vor allem durch ihre formalisierte Hervorhebung der vertraglichen Eigenschaften und der damit verbundenen institutionalisierten Kooperationsvereinbarung des entsprechenden Kollektivs. Hingegen lassen sich Verfassungen, die über eine Präambel verfügen, in verschiedener Hinsicht in Bezug auf ihre formalisierten Solidaritätsbezüge untersuchen: In Anlehnung an Orgad (2010) finden sich in der Verfassungspräambel verschiedene Elemente mit deren Hilfe sich die verschiedenen Formen gesellschaftlicher Integration rekonstruieren lassen: erstens werden als direkte Anhaltspunkt die Facetten der ausdrücklichen Solidaritätsbekundung in der Verfassungseinleitung zur Messung von mechanischer und organischer Solidarität herangezogen. Zweitens verweist die Sprecherposition auf ein nationales Kollektiv oder deren Repräsentation und ist damit Ausdruck einer (entsprechend mehr oder weniger homogenen) „Wir“-Gemeinschaft mit einer (mehr oder weniger) gemeinsamen nationalen Identität. Drittens ist die Betonung einer religiösen Identität in Verfassungen eine Möglichkeit der Rekonstruktion verschiedener Solidaritätsformen, da über die unterschiedlichen Religionsverweise die Selbstidentifikation als Gemeinschaft mit einer gemeinsamen religiösen Identität oder deren Säkularitätsanspruch sichtbar wird. Schließlich ist die Ausgestaltung eines historischen Narratives in der Präambel entscheidend für die performative Konstruktion eines ‚Ethnos‘ oder – im Falle einer Präambel ohne Bezüge zu historischen Ereignissen oder Errungenschaften – eines ‚Demos‘.

Die Ergebnisse dieses Artikels resultieren aus einer deskriptiv-qualitativen sowie einer quantitativ orientierten Analyse von 186 Verfassungen. Der erste Auswertungsteil offenbart das Missverhältnis von idealtypisch mechanischen und idealtypisch organischen Solidaritätskonstruktionen: von den 186 untersuchten Verfassungen lassen sich 62 Verfassungen als (tendenziell) idealtypisch organisch qualifizieren, während 18 (tendenziell) einer idealtypischen mechanischen Solidaritätsform folgen. Die Betrachtung des Möglichkeitshorizonts an solidaritätsbezogener Ausgestaltung von Verfassungspräambeln verdeutlicht dabei die erhebliche Heterogenität der Verfassungsdaten in Bezug auf ihr formalisiertes Integrationsvermögen für Gesellschaften.

Zur weiteren Untersuchung wurden die genutzten Variablen standardisiert und in einen Summenindex überführt, der durch eine empirische Klassifikation der Verfassungen den bereits vermuteten heterogenen Charakter der Verfassungs-

daten im Hinblick auf die hier untersuchte Formalisierung der Solidaritätskonzepte bestärkt.

Wie bereits in Schnabel et al. (2017) finden sich allerdings auch hier intratextliche Logiken: eine identitätsfokussierte Präambel hängt mit der Regulierung von nationalen Symbolen im weiteren Verfassungskorpus zusammen und zeigt so über die Präambel hinaus (symbolische) identitätsmarkierende Verweise auf ein nationales Kollektiv und damit auf die mechanische Form von sozialer Solidarität. Zusätzliche Korrelationen mit extra-konstitutionellen Kontextindikatoren, wie der Kolonialvergangenheit eines Staates oder der geopolitischen Einbettung, zeigen Ergebnisse, die ohne eine fallbezogene Betrachtung kaum valide Interpretationen zulassen.

Insgesamt zeigt dieser Beitrag, dass sich in Bezug auf die konstitutionelle Konstruktion eines Kollektivs und der entsprechenden Form verfassungsmäßig implementierter sozialer Solidarität keine eindeutig und stringent interpretierbaren Muster ergeben; Verfassungen scheinen sich auch in diesem Zusammenhang als höchst komplexe und heterogene Daten zu beweisen. Länderspezifische Bedingungen der Verfassungsentstehung scheinen hier insofern eine Rolle zu spielen, als dass sie die formale Fixierung des normativen Rahmens zur gesellschaftlichen Stabilisierung solidarischer Prinzipien prägen. Diese Solidaritätskonstruktionen können dabei von unterschiedlichem Charakter sein: immerhin ein Sechstel der Verfassungen wird nicht von einer Präambel eingeleitet, nimmt sich damit die entsprechende Möglichkeit ein identitätsbetonendes Narrativ einzuführen und folgen so dem theoretischen Konzept einer administrativ-organischen Solidarität. In Kombination mit den Verfassungen, die wenigstens in ihrer Tendenz der organischen Solidaritätsform folgen, verpflichtet immerhin ein Drittel der untersuchten Verfassungen die ihnen zugrunde liegenden und gleichermaßen durch sie konstruierten Kollektive aufgrund ihrer vertraglichen Struktur zur Kooperation in der Gemeinschaft. Dieses so adressierte Kollektiv entspricht dem Konzept des verfassungsmäßig legitimierten ‚Demos‘. Darüber hinaus finden sich in einem weiteren Sechstel der untersuchten Verfassungen Elemente mechanischer Solidarität: die entsprechenden Staaten schwören die Gemeinschaft auf eine gemeinsame Identität ein, die sie zu Kooperationsleistungen zur Erfüllung des Gemeinwohls verpflichtet. Damit verweisen diese Verfassungen auf die Kollektivform eines ‚Ethnos‘, das auf einer gemeinsamen Vergangenheit und geteilten Weltanschauungen beruht. Der Großteil der untersuchten Fälle lässt sich jedoch weder eindeutig der einen noch der anderen

Solidaritätsform zuordnen, was die Durkheim'sche (1960) These unterstützt, dass sich die Ausprägungen sozialer Solidarität in Kollektiven verschränken und überlagern können.

Aufgrund der vorliegenden Daten zeigen Verfassungen eine leichte Prävalenz von organischer gegenüber mechanischer Form von Solidarität, was möglicherweise an der inklusiveren Vergemeinschaftung der erstgenannten Kollektivverpflichtung liegt: Dadurch, dass organische Solidarität keine gemeinsame Identität voraussetzt, wird der Zugang möglicherweise über formale Mitgliedschaftsregeln vermittelt, die in einer weiteren Untersuchung kontrolliert werden müssten. Wenngleich mit dem besprochenen Artikel keine Rückschlüsse jenseits der formalen Dimension der konstitutionellen Solidaritätskonstruktion gezogen werden können, zeigt er doch die Relevanz der verfassungsnormativen Rahmung sozialer Gemeinschaften, da sie den exklusiven oder inklusiven Charakter der Gesellschaft in ihrer formalisierten Eigenschaft (mit-)bestimmen.

(III) Behrens, K. (2020). *Formal Citizenship in European Constitutions*. In M. Bayer, O. Schwarz, & T. Stark (Eds.), *Edition Politik: Vol. 85. Democratic Citizenship in Flux: Conceptions of Citizenship in the Light of Political and Social Fragmentation* (1st ed., pp. 83–101). transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/9783839449493-005>

Eine konkrete Übersetzung der zunächst abstrakt in den Verfassungspräambeln formulierten Identitätskonstruktionen (Behrens, 2021 [publikationsreif]) in konkrete Regeln der Gemeinschaftszugehörigkeit wird im Artikel „*Formal Citizenship in European Constitutions*“ (Behrens, 2020) vorgenommen. Das Ziel dieses Beitrages ist es, das Konzept der Staatsbürgerschaft in seiner Eigenschaft als formalisierte nationale Identitätsdimension durch die soziologische Analyse von Verfassungsdokumenten zu untersuchen und zu rekonstruieren. Eingebettet in eine systemtheoretische Perspektive auf soziale Inklusion und Exklusion (Luhmann, 1995) bietet der Beitrag eine explorativ-quantitative Analyse der Verfassungsdokumente, die eine vergleichende Untersuchung der formalen Dimension der Staatsbürgerschaft ermöglicht.

Fahrmeier (2007) beschreibt die formale Dimension von Staatsbürgerschaft als die rechtliche Beziehung zwischen individuellen Akteuren und einem Staat, die in der Definition bestimmter – mit besonderen Rechten ausgestatteter – Kollektive mündet (Fahrmeier, 2007, S. 2). Verfassungen können als ein Element formalrechtlicher Institutionen diese Definition von Staatsbürger:innen vornehmen, die über spezifische Rechte (und Pflichten) verfügen, wodurch sie (potenziell) ihre

Staatsbürgerschaft aktiv ausleben können, beispielsweise in der politischen Partizipation. Damit tragen die konstitutionellen Regulierungen von Staatsbürgerschaft aktiv zur sozialen Teilhabe und damit zur sozialen Integration bei.

Aus systemtheoretischer Perspektive (Luhmann, 1995) sind Inklusion und Exklusion zwei voneinander abhängige Konzepte. Luhmann (1995) distanziert sich absichtsvoll von dem Begriff der Integration, da er der Überzeugung ist, dass individuelle Akteure unter keinen Umständen vollständig in ein ausdifferenziertes Gesellschaftssystem integriert werden können. Stattdessen beschreibt er die multiple Inklusion in verschiedene Teilsysteme, die aber unausweichlich auch die Exklusion aus anderen Teilsystemen zur Folge hat. Dabei meint Inklusion nicht die Inkorporation eines Akteurs in das gesellschaftliche System. Vielmehr bedeutet Inklusion den Zustand, dass ein System bestimmte Akteure als relevant beschreibt und sie so zu ‚Personen‘ werden lässt (Luhmann, 1995, S. 241); entsprechend meint Exklusion die fehlende Anerkennung eines Akteurs als relevant für das jeweilige Teilsystem. Da die formal definierten Staatsbürgerschaftsregelungen die rechtliche Übersetzung der formalen Inklusion darstellen, scheint eine wichtige Determinante die Gewährung oder Verweigerung des Bürgerstatus in den Verfassungsdokumenten zu sein. Entsprechend sind die Verfassungsinhalte als System fundamentaler Normen (Loewenstein, 1969, S. 129), in diesem Fall der Regulierung von Staatsbürgerschaft, von herausragender soziologischer Bedeutung zur Rekonstruktion formaler Inklusion als Element gesellschaftlicher Integration.

Die hier verwendeten Primärdaten umfassen (aufgrund des Projektstatus zum Zeitpunkt der Artikelbearbeitung) alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union²⁷ (N=27) und ermöglichen so länderübergreifende Vergleiche. Basis sind die durch das „RNCw“-Projekt erhobenen Variablen zu den Bedingungen für die Staatsbürgerschaftsgewährung sowie zum Entzug derselben, zur doppelten Staatsbürgerschaft sowie zur potenziellen Ausweisung von Staatsbürger:innen. Genannte Variablen sind Bestandteil der Erhebung von nationaler Identität und stellen diese in ihrer formalen Eigenschaft dar.

Die deskriptiv-explorative Untersuchung zeigt zunächst, dass die Regulierung von Staatsbürgerschaft auf Verfassungsebene keine Selbstverständlichkeit im Sinne isomorphistischer Strukturen ist. Jedoch finden sich zu den untersuchten Dimensionen von Staatsbürgerschaft in (nahezu) allen Fällen ein Verweis auf

²⁷ Zum Datenerhebungszeitpunkt September 2017.

externes Recht²⁸. Darüber hinaus finden sich aber für alle hier verwendeten Indikatoren der staatsbürgerlichen Mitgliedschaft entsprechende Inhalte in den europäischen Verfassungen, wobei auch mit dieser Analyse die Heterogenität der Daten demonstriert wird. Die im Artikel vorgenommene deskriptive Gruppierung der untersuchten Staaten nach Ähnlichkeit im Hinblick auf ihre Ausgestaltung der hier untersuchten Staatsbürgerschaftsdimensionen zeigt mit Hilfe von illustrierenden Textbelegen, dass das systemtheoretisch fundierte Konzept der Inklusion von individuellen Akteuren in das Rechtssystem keinesfalls ein standardisierter Bestandteil von europäischen Nationalverfassungen ist. Entsprechend kann die Benennung individueller Akteure als ‚relevante Personen‘ für das Rechtssystem (Luhmann, 1995) mittels der konstitutionellen Staatsbürgerschaftsregulierungen nicht als Bedingung für die Inklusion in andere gesellschaftliche Teilsysteme vorausgesetzt werden. Eine in diesem Zusammenhang mögliche Interpretation ist, dass Verfassungen als vergleichsweise stabile Institutionen (Elkins et al., 2009) die Anforderungen an eine dynamische Abbildung des kontextabhängigen (und dadurch anpassungsbedürftigen) Konstruktes von Staatsbürgerschaft nicht leisten können.

Durch die Analyse von Verfassungsdokumenten hinsichtlich ihrer Manifestationen von formaler sozialer Inklusion und Exklusion auf nationaler Ebene trägt diese Studie zu einem länderübergreifenden Vergleich hinsichtlich der formalen Dimension der Staatsbürgerschaft bei und verweist so auf eine wesentliche Säule institutionalisierter (nationaler) Identität.

(IV) Behrens, K. (2020 [unter Begutachtung]). *The Legal Interpellation of Citizens – A Constitutional Analysis*. *Zeitschrift Für Rechtssoziologie*.

Der vierte Beitrag „*The Legal Interpellation of Citizens – A Constitutional Analysis*“ untersucht die konkrete Subjektkonstruktion als Staatsbürger:in in nationalen Verfassungsdokumenten. Ziel des Artikels ist es, zu rekonstruieren, wie individuelle Akteure ihre (nationale) Identität als Staatsbürger:in durch die nationalen Verfassungen zugeschrieben bekommen. Dazu werden unter Anwendung der Anrufungstheorie von Louis Althusser (1971a, 1971b) die verfassungsrechtlichen Staatsbürgerschaftsregelungen und die von diesem Status abhängigen Rechte und Pflichten in den Mittelpunkt gestellt.

²⁸ Aufgrund der einheitlichen Datengrundlage sind die Inhalte von extra-konstitutionellen Regulierungen kein Bestandteil der vorliegenden Analyse, weshalb die dort verarbeiteten Inhalte nicht in die Interpretation einfließen können.

Ausgangspunkt ist die Herausstellung der formalen Dimension von Staatsbürgerschaft²⁹ als rechtliche Benennung von individuellen Akteuren in ihrem Verhältnis zur staatlichen Autorität, die in der Konsequenz ein spezifisches Kollektiv konstruiert, das mit bestimmten Rechten und Pflichten ausgestattet ist (in Anlehnung an die Definition von Fahrmeir, 2007, S. 2). Diese rechtliche Benennung ist als juristisches Prozedere ein Artefakt moderner Institutionen und bezieht sich entsprechend auf die formale Integration individueller Akteure in die soziale Gemeinschaft. Zur grundlegenden soziologischen Einordnung von Staatsbürgerschaft verhilft die Theorie nach Marshall (1950). Er differenziert eine evolutionär entwickelte Trichotomie verschiedener Ausprägungen von Staatsbürgerschaft und die damit zusammenhängenden Dimensionen unterschiedlicher Rechte: die zivile Staatsbürgerschaft mit zivilen Rechten (insbesondere die individuellen Freiheitsrechte), politische Staatsbürgerschaft in Kombination mit Rechten zur politischen Partizipation, sowie soziale Staatsbürgerschaft, die Rechte der sozialen Teilhabe bedingt (Marshall, 1950, S. 10–11). Verfassungen übernehmen in dem Zusammenhang die rechtliche Herstellung des Staatsbürgerschaftsstatus und die damit verbundene Kollektivierung einzelner Akteure zu einer nationalen Gemeinschaft (Tushnet, 2012).

Die konkrete Subjektkonstruktion lässt sich unter Zuhilfenahme der Anrufungstheorie von Louis Althusser (Althusser, 1971a, 1971b) verdeutlichen. Ihm zufolge sind rechtliche Institutionen Teil des ideologischen Staatsapparates (Althusser, 1971a), der die Konstruktion von (Staatsbürger-)Subjekten übernehmen kann. In diesem Zusammenhang beschreibt er Ideologie als imaginierte Beziehung von individuellen Akteuren zu ihren ‚realen‘ Lebensverhältnissen (Althusser, 1971a, S. 153–155). Diese vorgestellte Relation wird aber durch Institutionen und Praktiken in „materieller Existenz“ repräsentiert und verbleibt damit nicht in der Imagination (Althusser, 1971a, S. 155–159). Bezüglich der hier untersuchten Beziehung von individuellen Akteuren und staatlichen Rechtsinstitutionen bedeutet diese Annahme, dass Verfassungen als Teil des ideologischen Staatsapparates eine substanzielle Form der Subjektkonstruktion vornehmen, die durch die rechtlich legitimierte Zuweisung bestimmter Rechte und Freiheiten eine spezifische soziale Ordnung determiniert. Diesen Prozess der Subjektkonstruktion beschreibt Althusser als Anrufung (Althusser, 1971a, S. 160).

²⁹ Im Unterschied beispielsweise zur aktiven Staatsbürgerschaft (vgl. dazu Isin 2009; Rządtki 2020).

Im Hinblick auf die Analyse der empirischen Verfassungsinhalte, lassen sich die Theorien von Marshall (1950) und Althusser (1971a) folgendermaßen integrieren: der juristische Status als Staatsbürger:in ist die (verfassungsmäßige) Konstruktion einer spezifischen Subjektkategorie durch ein staatliches (Rechts-)Subjekt und kann daher als Anrufung im Sinne Althussters interpretiert werden. Verfassungen bestimmen damit, wer im formalen Sinne als Staatsbürger:in angerufen wird und so als formales Mitglied der nationalen Gemeinschaft gilt. Dieser Status wiederum determiniert die (formale) Möglichkeit der aktiven gesellschaftlichen Teilhabe sowie die materielle Basis der Bürger:innen, indem Verfassungen statusabhängige zivile, politische und soziale Rechte (und Pflichten) formuliert.

Um diese theoretischen Annahmen anhand des empirischen Materials zu rekonstruieren, werden 41 randomisiert ausgewählte Verfassungen (N = 41) quantitativ-deskriptiv analysiert. Die Ergebnisse offenbaren zunächst eine hohe Anzahl an Verfassungen, die keine Definition von Staatsbürger:innen enthalten. Darüber hinaus finden sich zusätzlich Verweise auf den Verfassungen untergeordnete Rechtsquellen, die kein Bestandteil der Untersuchung sein können und deren Inhalt an dieser Stelle entsprechend ungeklärt bleibt. Die mit Textbeispielen illustrierten Staatsbürgerschaftsdimensionen verdeutlichen jedoch insgesamt, dass Verfassungen durchaus mittels bedingter und unbedingter Anrufung die Konstruktion von Staatsbürger:innen übernehmen und damit einen Beitrag zur (formalen) Integration der Gesellschaft beitragen. Insbesondere im Hinblick auf die aus dem Status als Staatsbürger:in folgenden verfassungsmäßig formulierten Rechte (und Pflichten) verdeutlichen die Relevanz der Subjektkonstruktion durch den ideologischen Staatsapparat: hier zeigt sich, dass insbesondere die politischen Rechte und die Pflichten der Gemeinschaft von Staatsbürger:innen vorbehalten ist, während die zivilen und soziale Rechte unbestimmter ‚für jedermann‘ gelten. Damit lässt sich die verfassungsmäßige Konstruktion von Staatsbürger:innen als Anrufung eines insbesondere politischen Subjekts interpretieren, was dadurch zur politischen Partizipation ermächtigt und dem Staat gegenüber administrativ verpflichtet wird. Während die Subjektkategorie des/der Staatsbürger:in also eine verfassungsmäßig legitimierte Definition erfährt, bleibt die konstitutionelle Anrufung von ‚jedermann‘ aus. Somit verbleibt in Bezug auf die Rechte und Pflichten die Frage offen, wer als ‚jedermann‘ gilt und ob es weitere Subjektkategorien gibt, die weder als Staatsbürger:in angerufen werden, noch als ‚jedermann‘ von zivilen und sozialen Rechten profitieren.

Insgesamt zeigt dieser Artikel, dass Verfassungen als die grundlegendsten nationalen Rechtsdokumente formal-rechtlich unterschiedliche Subjektqualitäten und damit spezifische Beziehungskonstellationen zwischen dem Staat und seinen Bürger:innen definieren, die sich in einer bestimmten Ausgestaltung der materiellen Existenz niederschlägt. Die rechtlichen Staatsbürgerschaftsregelungen in den nationalen Verfassungen tragen damit insofern zur Stabilisierung sozialer Grenzziehungsprozesse bei, als dass sie sowohl Barrieren als auch Zugangsmöglichkeiten für die individuelle und kollektive Teilhabe an der Gesellschaft schaffen und absichern, wobei sie diese in erster Linie mittels einer politischen und weniger durch eine zivile oder soziale Rechtsdimension adressieren. Der Beitrag bettet die institutionalisierte Identitätskonstruktion am Beispiel der Subjektherstellung als Staatsbürger:in in den Blick und leistet damit einen Beitrag der theoretischen Einbettung von nationaler Identität in ihrer formalen Dimension.

(V) Schnabel, A., Beyer, H., & Behrens, K. (2021). *Religious Freedom, Equality Rights and their Contentious Implementation: Norm Conflicts Deriving from the Chasm between International and National Human Rights*. In M. K. Dahlin, O. Larsson, & A. Winell (Eds.), *Routledge studies in religion. Religion, migration, and existential wellbeing* (pp. 36–53). Routledge.

Inhaltlich zeigt sich anhand des Artikels „*Religious Freedom, Equality Rights and their Contentious Implementation: Norm Conflicts Deriving from the Chasm between International and National Human Rights*“ (Schnabel, Beyer & Behrens, 2020), der sich auf das Verhältnis von Menschenrechten und Verfassungsinhalten fokussiert, wie die erhobenen Verfassungsinhalte jenseits der nationalen Kontexte interpretiert werden können. Der Artikel untersucht – durch die notwendige Übersetzung von universellen moralischen Prinzipien wie der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in nationales Recht – die entstehenden Normkonflikte und setzt damit die nationalen Verfassungsdokumente in einen internationalen Kontext.

Die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ (AEMR) wurde 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet und stellen damit einen wichtigen Schritt in der Globalisierung universeller Grundrechte dar (Teubner, 1991). Damit stellt die AEMR den grundlegendsten internationalen Rahmen für bürgerliche, politische und soziale Rechte dar, der die Würde der Person, zivile und politische Rechte von Individuen und Kollektiven, Rechte von Frauen, Minderheiten und ethnischen Gruppen, Umweltrechte und soziale Rechte

schützt (Nickel, 1987). Die AEMR sind allerdings nicht von rechtlich bindendem Charakter, sondern bedürfen nach wie vor der Übersetzung in nationale Regelwerke, welche die Inhalte in nationales Recht transformieren. Das führt potenziell zu Normkonflikten auf den unterschiedlichen Ebenen des Sozialen, was sich beispielsweise am Aspekt der Grundrechte in Bezug zu Religion anschaulich verdeutlichen lässt. Der Artikel geht dabei insbesondere auf drei Arten von Normkonflikten ein: der erste betrifft die Inkonsistenz zwischen der AEMR und den nationalen Verfassungen in Europa. Der zweite Konflikt entsteht durch den Widerspruch zwischen dem Universalismus der AEMR und dem nationalen Partikularismus in Bezug auf die Unterstützung einer Staatsreligion, wodurch implizit oder explizit bestimmte religiöse Praktiken geschützt werden. Der dritte und letzte Konflikt zeigt sich in der universellen Gewährung verschiedener Rechte die individuellen Freiheiten betreffend, welche in Konflikt mit anderen individuellen Rechten geraten können.

Durch ihren Charakter als Katalog politischer und rechtlicher Prinzipien (Benhabib, 2016) wird deutlich, dass die AEMR selbst keine einklagbare Rechtsgrundlage darstellen, sondern stets auf die Umsetzung nationaler Rechtsinstitutionen angewiesen sind. Dieses ‚Übersetzungsverfahren‘ ist allerdings in höchstem Maße komplex und birgt erhebliches Potenzial der Legitimierungsproblematik. So ist die Rechtfertigung von Menschenrechten stets an bestimmte Vorstellungen der Bedürfnisse und Handlungsfähigkeiten der individuellen Gemeinschaftsmitglieder gebunden: diese Perspektive folgt der Annahme, dass ethische, rechtliche und politische Normen in ihrer Setzung an die historischen, traditionellen und kulturellen Bedingungen gebunden sind und sich daraus eine erhebliche Pfadabhängigkeit ergibt (vgl. dazu Stewart & Thomas, 1991). Darüber hinaus wird kritisiert, dass die Formulierung der Menschenrechte einer christlichen Wertorientierung und der Idee der Aufklärung folgt und damit eine spezifische kulturelle Hegemonie transportiert (Spivak, 2004).

Hinsichtlich des Menschenrechtsregimes im europäischen Kontext ist die „Europäische Menschenrechtskonvention“ (EMRK) eine vermittelnde Instanz zwischen globaler und nationaler Ebene und im Gegensatz zur AEMR rechtsbindend und damit einklagbar. Religion und religiöse Identität wird in den verschiedenen rechtlichen Institutionen unterschiedliche reguliert: wie die Untersuchung zeigt, sind Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsaspekte in Bezug auf Religion (trotz der bereits vorhandenen rechtlich gültigen Bestimmungen auf EU-Ebene) in nahezu allen untersuchten Verfassungen

enthalten, was die soziale Relevanz und politische Brisanz von normativen Verpflichtungen zur Gleichbehandlung verdeutlicht. Die konstitutionelle Bestimmung religiöser Freiheiten (und deren potenziellen Einschränkungen) fällt jedoch um einiges heterogener aus und unterscheidet sich darüber hinaus auf den unterschiedlichen institutionellen Ebenen: während die AEMR bedingungslose Religionsfreiheit formuliert, finden sich in der EMRK und den nationalen Verfassungen unterschiedliche Intensitäten hinsichtlich der Regulierung religiöser Freiheiten sowie diverse Einschränkungen (bzw. Einschränkungsoptionen), beispielweise in Bezug auf die öffentliche Ausübung religiöser Praktiken, die mit geltendem Recht und der öffentlichen Ordnung vereinbar sein müssen. Hier wird deutlich, dass die konstitutionelle Regulierung von Religion nicht nur dazu dient, individuelle Freiheiten zu garantieren, sondern auch dazu, den Staat, demokratische Prinzipien sowie die öffentliche Ordnung vor potenziellen externen Bedrohungen in Bezug auf Religion zu schützen. Ein ebenfalls heterogenes Bild zeigt sich in der konstitutionellen Darstellung des Staat-Religions-Verhältnisses, deren Diversität die konfliktreichen historischen Auseinandersetzungen europäischer Staaten mit kirchlichen Autoritäten vergegenwärtigt (vgl. dazu Gabriel et al., 2013) und die unterschiedlichen Interpretationen entsprechender sozialer Diskurse in den Vordergrund rückt.

Diese unterschiedlichen Regulierungsdimensionen offenbaren ihr Konfliktpotenzial in Momenten der Aushandlungsnotwendigkeit konfligierender Grundrechte. Die Debatte um die Beschneidung von Jungen aus religiösen Gründen, um die religiös motivierte Verhüllung des Kopfes oder des Körpers oder um gleichgeschlechtliche Eheschließungen sind dafür illustrierende Beispiele.

Im Zusammenhang mit der staatlichen Organisation von Grundrechten zeigt sich am Beispiel der konstitutionellen Regulierung von Religion, dass Verfassungen sowohl Ursache als auch Lösung für kontextualisierungsbedürftige Konfliktlinien sind und als pfadabhängige Antworten auf soziale Diskurse interpretiert werden können.

Insgesamt beantworten die hier zusammengefassten Artikel, welche im Kern die Zusammenhänge von Verfassungen, religiöser und nationaler Identität untersuchen, die leitenden Forschungsfragen dieser Promotionsschrift in aus verschiedenen Perspektiven.

Erstens zeigt sich eine erhebliche Heterogenität der Ergebnisse, was bedeutet, dass Verfassungen, als rechtliche Institution zur formalen Bestimmung und

Stabilisierung von sozialer Ordnung im Hinblick auf religiöse und nationale Identität, keinen standardisierten Mustern folgen, sondern in ihrer Ausgestaltung länderspezifischen Bedingungen unterliegen. Zweitens zeigen sich betreffend religiöser und nationaler Identität in den konstitutionellen Regulierungen Konsequenzen für die Integration sozialer Kollektive auf nationaler Ebene. Dabei spielt die spezifische Form sozialer Solidarität eine besondere Rolle, die sich aus der konstitutionellen Ausgestaltung hinsichtlich administrativ-regulierten oder identitäts-basierten Kollektiven ergibt. Drittens führt speziell die formale Dimension nationaler Identität in Form von konstitutionellen Regulierungen zur Staatsbürgerschaft zu einem konkreten Mechanismus, individuelle Akteure in das nationale Kollektiv zu inkludieren oder zu exkludieren. Viertens ist die konstitutionelle Konstruktion von Rechtssubjekten ein performativer Akt der Anrufung individueller Akteure, der in der Konsequenz zu statusabhängigen Rechten und Pflichten führt, die fünftens, als rechtliche Normen in verschiedenen institutionellen Gefügen miteinander in Konflikt stehen können.

Bezieht man diese Ergebnisse auf die eingangs vorgestellten Forschungsfragen, so lässt sich zunächst einmal schlussfolgern, dass Verfassungen entscheidende Institutionen zur Herstellung und Stabilisierung sozialer Ordnung sind, indem sie individuelle und kollektive Identität(en) konstruieren, betonen und prägen. Dabei nehmen die Ordnungsfaktoren Religion und Nation in ihrer formal-identitären Dimension eine zentrale Rolle in der konstitutionellen Konstruktion individueller Akteure und sozialer Kollektive ein. Darüber hinaus leiten Verfassungen durch die konstitutionelle Formulierung statusabhängiger Rechte und Pflichten Konsequenzen aus der verfassungsinhärenten Identitätskonstruktion ab, wodurch unterschiedliche Subjektqualitäten hergestellt werden. Diese Subjektqualitäten und die sie begründenden formalen Identitäten bestehen unabhängig von den sie erfüllenden Akteuren und werden somit konstitutionell objektiviert. Dadurch lassen sich die verfassungsmäßig bestimmten Identitäten als „soziale Tatsachen“ (Durkheim, 1895/1976) begreifen und sind damit selbst von institutionellem Charakter.

Die hier erfolgte ausführliche Darstellung der einzelnen Beiträge in Bezug auf das „RNCw“-Projekt sowie auf die Fragestellungen, welche diese Promotionsarbeit anleiten, sind in einer konzentrierten Form in Tabelle 4.-1 dargestellt. Darauf folgt

die Dokumentation der drei promotionsqualifizierenden Texte der Autorin³⁰: Die Artikel „*Forms of Solidarity in National Constitutions*“ (Behrens, 2021 [publikationsreif]) (Kapitel 4.1), „*Formal Citizenship in European Constitutions*“ (Behrens, 2020) (Kapitel 1.1) und „*The Legal Interpellation of Citizens – A Constitutional Analysis*“ (Behrens, 2020 [unter Begutachtung]) (Kapitel 1.1) sind explizite Eigenleistung der Autorin unter Betreuung von Frau Prof.in Dr.in Annette Schnabel und Herrn Prof. Dr. Heiko Beyer. Für sämtliche Fehler und Unzulänglichkeiten zeichnet sich die Autorin verantwortlich.

³⁰ Zur besseren Lesbarkeit der Promotionsschrift sind die Fußnoten, die Tabellenüberschriften und Seitenzahlen der Artikel durchgehend nummeriert, wenngleich sie innerhalb der einzelnen Artikel eine gesonderte Nummerierung erhalten würden.

Tabelle 4.-1. Inhaltliche Übersicht über die ergänzenden Beiträge sowie die promotionsrelevanten Artikel.

Artikel No.	I	II	III	IV	V
<i>Titel</i>	„Religion in European constitutions – cases of different secularities“	„Forms of Solidarity in National Constitutions“	„Formal Citizenship in European Constitutions“	„The Legal Interpellation of Citizens - A Constitutional Analysis“	„Religious Freedom, Equality Rights and their Contentious Implementation (...)“
<i>Autorin/ Autor:innen</i>	Schnabel, A.; Behrens, K.; Grötsch, F.	Behrens, K.	Behrens, K.	Behrens, K.	Schnabel, A.; Beyer, H; Behrens, K.
<i>Jahr</i>	2017	2021	2020	2020	2021
<i>Status</i>	Publiziert	Publikationsreif	Publiziert	Unter Begutachtung	Publiziert
<i>Promotions-qualifizierend</i>	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
<i>Ziel</i>	Deskription von Religion/ religiöser Identität in europäischen Verfassungen	Rekonstruktion der Solidaritätsformen nach Durkheim in Verfassungspräambeln im internationalen Vergleich	Deskription der Staatsbürgerschafts-regulierungen in europäischen Verfassungen	Rekonstruktion der konstitutionellen Subjektkonstruktion von Staatsbürger:innen und der statusabhängigen Rechte im internationalen Vergleich	Deskription und Interpretation der Normkonflikte zwischen internationalem und nationalem Recht im europäischen Vergleich
<i>Soziologische Relevanz durch Fokus auf...</i>	➤ ...Verfassungen als normatives Regelwerk von sozialer Ordnung ➤ ...Religion/religiöse Identität und Nation/nationale Identität als Faktoren für soziale Ordnung				
	... das institutionelle Arrangement von Religion im (vermeintlich) säkularen Europa	... Solidaritätsnormen als ein Element von sozialer Integration und als Absicherung von Kooperationsleistungen	... die konstitutionellen Inklusions- und Exklusionsmechanismen als konkrete Bedingungen für soziale Integration	... die performative Subjektkonstruktion als Determinante des Subjektstatus und der Gewährung von Rechten	... die Normkonflikte zwischen internationalen und nationalen Institutionen

Artikel No.	I	II	III	IV	V
Zentrale soziologische Konzepte			➤ Verfassungen als Institution der Moderne ➤ Religiöse und/oder nationale Identität		
	➤ Religion (multidimensional)	➤ Solidarität ➤ Religiöse Identität ➤ Nationale Identität	➤ Inklusion/ Exklusion ➤ Staatsbürgerschaft ➤ Nationale Identität	➤ Anrufung ➤ Subjektkonstruktion ➤ Nationale Identität ➤ Staatsbürgerschaft	➤ Menschenrechte ➤ Religion (multidimensional)
Zentrale(n) theoretische Einordnung(en)	Verfassungen aus soziologischer Perspektive (u. a. Blaustein, 1994; Llewellyn, 1934; Thornhill, 2011; Tschentscher, 2011; Tushnet, 2010, 2012)				
	➤ Neo-Institutionalismus (Meyer et al., 1997) ➤ Pfadabhängigkeiten (Pierson, 2000)	➤ Solidaritätstheorie (Durkheim, 1893/1960)	➤ Systemtheorie (Luhmann, 1995) ➤ Staatsbürgerschaft (Marshall, 1950)	➤ Anrufung (Althusser, 1971) ➤ Staatsbürgerschaft (Marshall, 1950)	➤ Menschenrechtstheorie (u. a. Benhabib, 2016; Nickel, 1987)
Fallauswahl	EU-Mitgliedsstaaten (2017) (N=27)	Vollerhebung (N=186)	EU-Mitgliedsstaaten (2017) (N=27)	Randomisierte Länderauswahl international (N=41)	EU-Mitgliedsstaaten (2017) (N=27)
RNCw-Daten	Daten aus Vorgängerprojekt: ➤ Religionsfreiheit ➤ Staat-Religion-Verhältnis ➤ Religiöse Organisationen ➤ Religion & Familie ➤ Gouvernamentale Strukturen & Religion	➤ Solidaritätsverpflichtung in der Präambel ➤ Religiöse Identität in der Präambel ➤ Sprecherposition in der Präambel ➤ Nationalgeschichte in der Präambel	➤ Staatsbürgerschaft	➤ Staatsbürgerschaft ➤ Rechte & Pflichten	➤ Religionsfreiheit ➤ Antidiskriminierung/ Gleichheit ➤ Staat-Religion-Verhältnis

Artikel No.	I	II	III	IV	V
<i>Zentrale Ergebnisse</i>		➤ Verfassungsinhalte in Bezug auf Religion/religiöse Identität und Nation/nationale Identität von erheblicher Heterogenität ➤ Verfassungen folgen einer textinhärenten Logik ➤ Verfassungen sind kontextabhängige Institutionen ➤ Verfassung sind ein normativer Rahmung des Sozialen			
	➤ Weder strikte Muster von Isomorphismus noch eindeutige Pfadabhängigkeiten nachweisbar ➤ Kein einheitliches Säkularitätsnarrativ in europäischen Verfassungen vorhanden	➤ Konstitutionelle Solidarität ist sowohl von administrativem als auch identitärem Charakter ➤ Sowohl Ethnos- als auch Demos-Konstruktion in Verfassungen nachweisbar ➤ Verfassung sind Element sozialer Integration	➤ Staatsbürgerschaft als nationale Mitgliedschaft ist nicht konstitutionell standardisiert ➤ Geringe Regulation der formalen Dimension nationaler Identität in europäischen Verfassungen nachweisbar	➤ Konstitutionelle Anrufung ist performativer Akt der Subjekt-konstruktion in Verfassungen ➤ Verfassungen definieren unterschiedliche Subjektqualitäten ➤ Subjekt des/der Staatsbürger:in ist mit spezifischen Grundrechten verbunden ➤ Staatsbürgerschaft ist vor allem eine politische Dimension	➤ Verfassungen sind Ursache von und Lösung für Normkonflikte ➤ Verfassungen dienen sowohl zur Sicherung von Grundrechten als auch zur Absicherung vor äußeren Einflüssen

4.1. Forms of Solidarity in National Constitutions

Behrens, K. (2021 [Ready for publication]). Forms of Solidarity in National Constitutions.

Introduction

Solidarity concerns the normative commitment of the community members to contribute to the common welfare. Norms of solidarity obligates people implicitly and explicitly to overcome their egoistic interests and consider the needs of others (Tranow, 2012). Compliance with solidarity norms helps to overcome cooperation problems, such as those that arise during major social crises. Hollinger therefore refers to these crises as a kind of ‘exogenous cause’ because “the problem of solidarity arises only when the role of ‘fate’ is supplemented by the action of forces other than those that created a given ‘community of fate’ to begin with” (Hollinger, 2006, p. 25). Societal insecurity in the global financial crisis of 2008, the consequences of international immigration flows or the current pandemic challenge the societal ‘glue’ at the national, European and global level. This concern is visible by social and political measures to secure social solidarity: financial bailouts within and between countries, integration initiatives for immigrants or social distancing and vaccination efforts to save the most vulnerable community members. Such initiatives emphasize the common welfare as the overriding maxim and highlight social solidarity as an indispensable feature of any community, even when it comes to the (actual or perceived) restriction of individual fundamental rights.

Given this fundamental role in society, the topic of solidarity is one of the longest-standing topics of sociological theory and research. Although the term comes with ambiguities (cf. Tranow, 2012), there is intradisciplinary agreement that solidarity enables the construction and stabilization of social order through a specific principle of integration among people, based on their mutual commitment to a common welfare. Sociological research on solidarity consequently serves for theoretically guided and empirically based research both on the individual and collective level.

An important perspective to empirically study solidarity at the national level is offered by national constitutional documents: As for instance Tushnet (2010, 2012) states, to define a national collective is among constitutions’ main functions, which is often fulfilled by the preamble as narrative introduction to the constitution (Addis,

2018). Grimm (2005) underlines their effect regarding the collective pursuit of the common welfare: “[the constitution] constitutes the public power of a society that has resolved to form a political entity, and it determines how this power is to be organized and exercised in the expectation that in so doing it best serves the needs and convictions of the polity” (Grimm, 2005, p. 194). Constitutions and their preambles thus seem to have impact on social integration by formally defining a collective that motivates the individual not to exclusively serve his or her own interests but instead focus on the common welfare.

Following Emile Durkheim (1960), there are two possible ways of being committed to a community: either by mechanical or by organic solidarity. The former creates solidarity commitments towards the community through the similarity of the members while the latter is based on an administrative commitment through formally secured interdependence. Accordingly, constitutions as textual documents of national importance and country specific designs could ground social solidarity either through their power to formally constitute and stabilize an identity-based community or through their character as social contract that administratively commits the society members to a common goal. *Against this background, the key question therefore arises of how the preambles of constitutional documents address norms of social solidarity and the commitment to a community, whether by emphasizing a collective identity or rather through their contractual terms.*

To address this question, this article studies original primary data from a systematic content-based constitutional analysis and empirically links this particular type of formal document with the concept of social solidarity. Therefore, this article introduces the theoretical foundations on solidarity using the famous approach of Emile Durkheim (1960). He differentiates between mechanical solidarity, based on an identitary collective due to similarity, and organic solidarity, based on interdependency due to differentiation. This theoretical perspective is complemented by a clarification of the explicitly sociological view on constitutions, especially on their preambles. Frequently, constitutional preambles stand out from the actual body of rules in that they (can) make use of a narrative structure that introduces the ‘spirit’ of the constitution. In this context, addressing a particular community plays a significant role, since constitutional preambles (sometimes) uses their power to define the social collective for which they claim validity and address it constitutionally through various identity dimensions. To address the extent to which preambles follow either of these ideal-typical models, constitutional preambles coded by the “Religion and Nation in Constitutions worldwide”-Project

are examined through a combination of qualitative-descriptive and more quantitatively oriented methods. After conceptualizing ideal types of mechanical solidarity and organic solidarity in constitutional preambles, both versions were operationalized in a joint quasi-metric scale. The corresponding results highlight the heterogeneity of the constitutional data and cannot reveal clear patterns of either mechanical or organic solidarity in constitutional preambles; however, the results thus show that constitutions do not exclusively provide administrative-contractual grounds for solidarity, constructing a community based on formal rules, but to a considerable extent also address identity-based norms of solidarity and thus define a community, founded on similar cultural traits and common history.

Theoretical assumptions on Solidarity

The empirical questions of how people unite, form a collectivity, define common goals, or identify themselves as a specific group address the sociological phenomenon of social cohesion, group cohesiveness and social solidarity, which can be illustrated on very different levels on society. For instance, friendship, family, or neighborhood are potential grounds of social solidarity on individual level (e.g. Bühler-Niederberger, 2020; Timonen et al., 2013). Team-structures in companies (e.g. Wittek & Flache, 2001) and dynamics of protest movements (e.g. Rucht, 2001) can be addressed by questions on social solidarity on organizational level, whereas the question on a solidary society concerns the macro level and thus affecting societies of modern nation-states. The latter is also no longer a blind spot in social science research (e.g. Schnabel, 2020). With respect to a national collective, it would be natural to assume that the territorial unit determines the collective. However, as Jenkins (2008) points out, it is not merely the territorial boundaries of an arbitrarily created national collective that make it become one; it takes more than that to form a solidary collective on national level with a common identity out of a large group of people unknown to each other.

These examples show different grounds of social solidarity: personal relations, interdependencies due to division of labor or common beliefs and world views³¹. This mostly leads to questions of acting in solidarity or the perceived commitment of the individual actor to a community. Consequently, social solidarity always presupposes, at least to some extent, the notion of a collective, and the question

³¹ For an overview about current discussions on grounds, problems and aims of solidarity see for instance Schnabel and Tranow (2020).

of the collective is thus inseparable from the question concerning the grounds of social solidarity.

The commitment to a common goal, however, can occur not only through identification with a collective with a shared perspective on the world, but can also be established by contract, for instance. It is precisely this aspect that Emile Durkheim (1960) takes up with his distinction between mechanical and organic solidarity. In one of his most famous works, “The Division of Labor in Society” (1960), Emile Durkheim deals extensively with mechanisms of solidarity by describing the development of labor division in modern societies³². With his theory, Durkheim basically tries to answer the question, how people become a community and what makes people cooperate despite of conflicting interests. He assumes that norms of solidarity are the key mechanisms that makes individuals overcome their individualistic interests and commit to common goals. Yet solidarity is historically not static. Rather, solidarity norms transform over time parallel to a social evolution from pre-modern to modern societies. In his view, societies develop from mechanical to organic solidarity. Durkheim does not consider this differentiation of solidarity mechanisms as disjunctive, but rather assumes a processual change in which mechanical and organic solidarity overlap and consequently can only exist in pure form in the theoretical conceptualization. His two forms of solidarity will serve as both a theoretical foundation and a ‘toolbox’ to examine and reconstruct the constitutional construction of a solidary national collective in constitutional documents. Therefore, his ideal-typical conceptualizations of (1) mechanical and (2) organic solidarity are introduced in the brevity owed to the scope of the article:

- (1) With *mechanical solidarity*, Durkheim refers to pre-modern societies with simple division of labor in segmentally structured environments. The members of these communities are characterized by a high degree of similarity leading to societal homogeneity, which is essential for a strongly developed collective consciousness. Durkheim thus describes a group of people with shared beliefs, norms, and world views – a common state of consciousness of the same ideas about right and wrong that holds people together internally and makes them cooperate. Durkheim states that “[s]olidarity which comes from likenesses is at its maximum when the collective conscience completely

³² Durkheim’s work has not remained uncriticized in the scientific discourse. For reasons of space, however, reference can only be made to Tyrel’s (1985) criticism by way of example, without being able to take up the discussion here.

envelops our whole conscience and coincides in all points with it.” (Durkheim, 1893/1960, p. 130). Thus, mechanical solidarity results in non-existent individuality as “the individual personality is absorbed into the collective personality” (Durkheim, 1893/1960, p. 131). Durkheim uses physical terminology in which he describes this type of solidarity as “social molecules which can be coherent in this way can act together only in the measure that they have no actions of their own, as the molecules of inorganic bodies. That is why we propose to call this type of solidarity mechanical.” (Durkheim, 1893/1960, p. 130).

- (2) On the other hand, according to Durkheim, *organic solidarity* is found above all in modern societies with a complex division of labor. These communities are much more heterogeneous, which is not least due to a high degree of individualization by functional differentiation. Here, individuality has enough space to develop special functions resulting in organic solidarity: “This solidarity resembles that which we observe among the higher animals. Each organ, in effect, has its special physiognomy, its autonomy. And, moreover, the unity of the organism is as great as the individuation of the parts is more marked. Because of this analogy, we propose to call the solidarity which is due to the division of labor, organic.” (Durkheim, 1893/1960, p. 131). Hence, Durkheim uses the biological analogy of “organic” to describe a societal integration, which results by the interdependent relations of the different parts due to specialization and not by similarity of the people.

In summary, it can be said that mechanical solidarity is founded on collective consciousness whereas organic solidarity is based on interdependency due to differentiation. As Durkheim himself puts it:

The following propositions sum up this first part of our work. Social life comes from a double source, the likeness of conscience and the division of social labor. The individual is socialized in the first case, because, not having any real individuality, he becomes, with those whom he resembles, part of the same collective type; in the second case, because, while having a physiognomy and a personal activity which distinguishes him from others, he depends upon them in the same measure that he is distinguished from them, and consequently upon the society which results from their union.
(Durkheim, 1893/1960, p. 247)

Thus, the process of replacing mechanical solidarity with organic solidarity is consequently accompanied by a diminishing collective consciousness.

The Durkheimian definition is adapted by recent social science and sociological perspectives on solidarity. Schnabel (2020) for instance translates his dichotomy into “an administrative mode – always formal-legal – which comes close to Durkheim’s organic solidarity or civil solidarity and whose basis of attribution is the modern, civically located individual, and an identitary-particular mode – linked to collective identities – which comes close to mechanical or ‘fraternal’ solidarity and whose basis of attribution is membership in a collective identity.” (Schnabel, 2020, p. 89 [own translation]). These antagonistic grounds of solidarity point to the differentiation of ‘Ethnos’ and ‘Demos’: while the first refers to communal ancestry, the second community description is based on formal rules. Empirical research on collective identity uses precisely this distinction to describe ‘civic identity’, based on a political community legitimized by formal legal rules, and ‘ethnic identity’, which refers to a community with the same ancestry and similar world views (e.g. Smith, 1971, 1991). At this point, constitutions provide a highly relevant empirical basis as a “nation’s constitution [...] constitutes a nation’s people, in the sense that it ratifies – and perhaps ossifies – the identification of a demos [...] with a state” (Tushnet, 2012, p. 219). This would suggest that constitutions, as a formalized set of rules of social order constructing a ‘demos’, would have to address rather elements of an organic solidarity, which is founded on contractual interdependencies instead of emphasizing a common collective identity. An empirical study of constitutional documents therefore promises insights into the constitutional commitment to a collective and thus allows for a reconstruction of the constitutionally formalized norms of social solidarity.

National Constitutions and their Introductions

Generally, constitutions are the formal result of social negotiation about basic social rules and norms. They are the most basic legal documents of societies, organizing their different social arenas (Grey, 1984; Loewenstein, 1969; Rosenfeld, 2010; Tschentscher, 2011). Regarding their effects on societies, constitutions are both political and social documents³³. As *political (and hence*

³³ Of course, the division into a political and a social dimension is an artificially created one. Empirically, both dimensions go hand in hand, overlap and coincide. In the case of constitutions, social movements protesting for or against a particular constitutional amendment could be cited as an example.

*legal*³⁴) *document*, they substantially regulate the governmental arrangement of a state, or as Go (2003) states: “Not only are they all packed in a single document, they all specify in one way or another the organization of political power, the division of governmental labor, the major principles and goals of governance” (2003, p. 72). Thereby, they legally frame political processes and legally structure the way a society aims to be governed by its representatives. Thus, constitutions are very powerful social institutions, even – or especially – in a modern, highly complex world.

Furthermore, constitutions are profoundly *social documents* as they are “meant to express an arrangement vastly more complex than those underlying most legal documents: the web of society’s basic institutions and ideals.” (Grey, 1984, p. 16). In this line, Witte (2018) describes constitutions as “quasi-religious texts”, as “kind of holy scriptures” due to their narrative character, shaping and reflecting collective identities and cultural memory (Witte, 2018, p. 228). In other words, constitutions represent common beliefs of a specific community (Loewenstein, 1969, p. 127) as a “system of fundamental norms” (Loewenstein, 1969, p. 129 [own translation]), providing a frame for collective identification with a political community (Addis, 2018, pp. 141–142). Thus, constitutions construct identity or identities of a social collective by offering narrations of particular group identification. Ultimately, therefore, they affect identities through individual membership to these collectives, resulting in individual commitment to the constitutionally constructed collective and its moral beliefs, values and written norms. The institutionalized commitment to a social collective underlines the social power of constitutions and their impact on societies: A constitution institutionally shapes the social collective that is the creator of the ‘design rules’ behind the constitution, thus, they “(...) must take the people as they are and, at the same moment, seek to make them something else.” (Tushnet, 2010, p. 672). In the same line Addis states: “The political ‘people’ is simultaneously the author and the product of the constitution.” (Addis, 2018, p. 127), which points to the constitutional ambivalence of being result of and predictor for social change: By their legally binding nature of written norms, constitutions form social order and thus influence socialites on many different levels. Thereby, their paradoxical character becomes evident: On the one hand, constitutions are the result of certain negotiation processes within the framework

³⁴ In this paper, the legal dimension of a society is set as part of the political dimension and could be differentiated further in administrative rules and substantial legal norms, which would go beyond the scope of this paper.

of certain social constellations. On the other hand, they shape the social conditions of the community they address, and hence have the ability to reflect and simultaneously shape social relations.

The determination of the social collective that drafts the constitution and to which it applies is often embedded in a narrative structure. *Constitutional preambles* precisely offer this narrative context for determining, deriving, and 'swearing in' the social collective. Thus, they build a special part of an already unique type of document in which 'the political people' can become equally visible as the (supposed) author and simultaneously resulting collective of the constitution.

The Constitutional Construction of National Collectives

Addressing constitutions and their preambles by a sociological perspective is different from a juridical perspective in many ways: it is explicitly not about a formal-legal interpretation of the constitutional contents but instead the focus lies on their particular formal design, their concept of an ideal community and their impact on social order with regard to its institutions and actors on every level of society.

Regarding the formal level, preambles serve as an introduction to the actual constitutional text and therefore precede it. Although they seem special simply because of their privileged position as an introduction to the constitution, they are specifically characterized by their content (Kelsen, 1946, p. 134). By that, constitutional preambles serve multidimensional functions, as exemplarily illustrated by Schnabel and Hönes ([under review] 2021): they narratively introduce the spirit that determines the content of the actual constitutional corpus and additionally claim a sovereign political community that has the legitimacy to adopt the normative standards, given by the constitutional document. Many countries use their constitutional preamble for constitutional decisions and thereby they become a growing "substantive source of rights" (Orgad, 2010, p. 715) and a "guide for constitutional interpretation" (Orgad, 2010, p. 715), however, the formal-legal use is not standardized (Addis, 2018).

Moreover, constitutional preambles (potentially) constitute their ideal of a social collective. In this context, the ambivalence of the social collective described above plays a central role: on the one hand, it acts as the supposed author and thus originator of the constitution; at the same time, the constitutional documents themselves constitute precisely that collective, for example, by regulating citizenship as a formal membership of the community. The supposed authorship

of the collective is expressed in particular through phrases such as “We, the people,” and suggests the community’s participation in the development and shaping of the constitutional document, even though this process is the responsibility of experts and a political elite (e.g. Blaustein, 1994). Nevertheless, the question of the supposed authorship of a constitution refers to the issue of constitutional identity:

[...] most preambles engage in an explicit attempt to project an identity for ‘we the people,’ how ‘we the people’ came to be. ‘We, the people’ is at times defined through an extended historical biography. At other times, it is the presumed common ethnic and religious membership that is said to establish the bond, whether the people are territorially bound or not.

(Addis, 2018, p. 126)

One major purpose of preambles thus is to define, who the peoples are (Addis, 2018, p. 133) and following the paradox idea from above, constitutional “preambles are *performative* in nature: they constitute the people as they at the same time declare that the people are their authors”³⁵ (Addis, 2018, p. 125 [emphasize in original]). Constitutions, and first and foremost their preambles, thus seem to designate a social collective and at the same time offer its members a collective identity through which membership is defined (for instance Tushnet, 2012, p. 219). Nevertheless, constitutions are always interpretative and so are their identities and offers of identification (for instance Jacobsohn, 2006, p. 363). However, as collective identity refers to a necessary amount of similarity to be or become a member of the social collective, it thus serves at the same time to distinguish itself from other collectives and to avoid membership of sufficiently different people (Jenkins, 2008). Constitutional identity, more precisely, can be understood as belonging to a social collective, based upon sameness or selfhood (Rosenfeld, 2012, p. 757)³⁶. As the constitutional documents are of a binding nature, the resulting memberships to the referred collective due to the identification with it are binding to a certain degree. On the other hand, the mere consideration of constitutional identity references does not reveal whether and how they are

³⁵ By describing preambles as *performative*, Addis (2018) refers to the concept of Austin’s (1962) *performative utterances*. Utterances are performative in that they create their content through the act of designation.

³⁶ In this context, the emphasis on constitutionally formulated similarity may vary and may well recognize unity through diversity. Further remarks on this will be found in the following course of the article.

accepted by the individual actors, which is why it is a *formal offer of a collective identity*. Constitutions thus might reflect how the state community performatively produces the collective identities of its members. Thereby, collective identity does not necessarily coincide with personal identity, but it can define part of it. For instance, the belonging to the national collective by constitutional regulation of citizenship conditions might affect the individual potential of political participation and thereby shape the individual identity as active citizen. Thus, collective identity is more of an abstract, imagined construct than a lived identity (Hunt & Benford, 2004). Regarding the example given before, the collective identity of a national community is less concrete than the individual identity of being an active citizen by participating in elections.

Focusing on the constitutional construction of national collectives, it is quite unclear, what benefit the individual actor derives of belonging to a social collective – what is the key value of a collective identity? One answer might be given by the special bond the imagined community of a social collective provides for its members: “To share an identity with other people is to feel in solidarity with them: we owe them something special, and we believe we can count on them in ways that we cannot count on the rest of the population.” (Hollinger, 2006, p. 23). Although solidarity and collective identity are two separate phenomena, they are nevertheless intertwined: It seems that collective identity is an integrative moment for societies, providing the ‘glue’ of the social community and thus obliges to social solidarity with the members of the social collective. Therefore, the interweaving of collective identity and solidarity is an essential feature of societies (Hollinger, 2006) because together they provide the basis for social cohesion. Taken the ideas of the constitutional construction of collective identities and the ideal-typical definition of solidarity by Durkheim together, the question emerges, on what grounds of solidarity constitutional preambles construct national collectives.

Solidarity in Constitutional Documents

The used data on constitutions is a part of a larger research project called *Old and New boundaries: Religion and National Identity* (ONBound), funded by the *Deutsche Forschungsgemeinschaft* (#316798296 in the DFG database). The main project aims at an international comparison of religious and national identities. The subproject *Religion and Nation in Constitutions worldwide* (RNCw) on the significance of religion, religiosity, nation and national identity in worldwide constitutions was guided by similar approaches (for instance Fox, 2011; Heintz &

Schnabel, 2006; Schnabel et al., 2017). For reasons of international comparability, the research project uses the constitutional documents in English translation, although semantic details of the original language are thus lost. Also, in order to ensure international comparability, only the constitutional texts were examined, not other legal documents, although some of these are mentioned in the constitutional documents. The documents were collected in September 2017³⁷. Four different coders examined the constitutional documents of the corpus independently of one another to ensure intercoder reliability, under the guidance of a codebook developed for this purpose. This codebook contains mainly variables on religion and national identity in constitutional documents as well as variables on macro information (e.g. the year of the constitutional enactment). The coding of the texts was done explicitly with a sociological perspective on this particular text genre and not by (constitutional-)legal logic, which might lead to different results through legal interpretation. The study is based on 186 analyzed constitutional documents (N=186). Countries that are either not recognized by the UN or do not have a coherent constitutional document³⁸ were excluded³⁹. The shortest preamble is from the Greek constitution (11 words), whereas Egypt has the longest preamble (1288 words); on average the preambles comprise of 265.75 words.

Measurements of Solidarity

The dualistic conceptualization of social solidarity enables a well-founded theoretical examination of cohesion mechanisms in different forms of society. A major weakness of Durkheim's theory is the empirical representation of the two solidarity designs. Durkheim himself states that

³⁷ The online platform of the *Comparative Constitute Project* (Elkins et al. 2010) provides the translated documents in a standardized format. All constitutional documents were downloaded as pdf documents and together represented the data corpus. It cannot be ruled out, that there may have been constitutional amendments that were not yet processed by the *Comparative Constitute Project* at the time of document collection and thus were not yet included in the version used for this analysis.

³⁸ With status September 2017.

³⁹ Canada, Israel, Cosovo, New Zealand, Puerto Rico, San Marino, Saudi Arabia, Taiwan, North and South Sudan, UK and Congo.

social solidarity is a completely moral phenomenon which, taken by itself, does not lend itself to exact observation nor indeed to measurement. To proceed to this classification and this comparison, we must substitute for this internal fact which escapes us an external index which symbolizes it and study the former in the light of the latter. (Durkheim, 1893/1960, p. 64)

Consequently, the reconstruction of mechanical and organic solidarity in constitutional preambles requires also empirically observable substitutes that represent the two concepts of solidarity. Since Durkheim's theory of solidarity is not to be understood as a stringent theory of modernization, these representations are not expected to 'reverse' mechanical solidarity completely into organic solidarity, which would mean that more recent constitutions would exhibit exclusively elements of organic solidarity and older ones, on the other hand, would be of a mechanical solidarity character. As already mentioned, Durkheim assumes that organic solidarity is based on mechanical solidarity and that mechanical solidarity elements are always contained or can be contained.

Furthermore, it should be emphasized in advance that this work is not concerned with the investigation of solidarity on an individual level, nor with the question of whether and how collective identity is accepted and 'lived' by individual actors. It is exclusively concerned with the question of if and how constitutions, as powerful instruments for shaping social order, offer collective identities in a binding way and thus allow the ideal-typical forms of solidarity according to Durkheim to be reconstructed.

In order to operationalize the theoretical concepts and be able to map them in the constitutional content, this paper essentially follows Orgad's (2010) classification of preamble content: he identifies the aspects of *The Sovereign*, *Historical Narratives*, *Supreme Goals*, *National Identity* as well as *God or Religion* (Orgad, 2010, pp. 716–717) as main content dimensions in constitutional preambles. Corresponding to the variables developed by RNCw, this analysis uses data on (a) *explicit solidarity references* in constitutional preambles as most direct measurements of solidarity expressions in constitutional preambles, (b) *speakers* of the preambles and thus supposed *authors* of the constitution as indication for national identity, reference to (c) *religious identities* as a second influential collective identity, and finally, (d) *historical narratives* that constitutionally emphasize a common ancestry of the national collective. These ordinal variables and their items are explained below, especially with regard to the use for the representation of mechanical and organic solidarity.

With regard to the formulation of ideal-typical forms of solidarity, however, it can be stated in advance that this paper assumes that organic solidarity in its clearest (i.e., most ideal-typical) form can be found in those constitutions in which no preamble is formulated: organic as administrative solidarity is a formal-legal mode of solidarity which is administratively enforced (Schnabel, 2020, p. 87) and therefore is explicitly not related to identity-affirming parts of the constitution. Since a constitutional preamble has the special character of affirming the social collective that establishes it, a constitution without such an introduction refers to a collective that is mainly contractually secured. Hence, if the possibility of an identity-constructing introduction is missing in the context of a preamble, this can be read as a reference to an administrative solidarity. In other words, this paper assumes, that a constitution without a preamble underlines its power to create an administratively secured and legitimized *demos*, whereas a constitutional preamble potentially emphasizes the common ancestry of the *ethnos* as identarian basis for the constitution. Therefore, in the following variable explanations, constitutions without a preamble are coded as ideal-typical organic solidary. If a constitution has a preamble but does not refer to the contents studied here, then it is a tendentious-or almost-organic solidarity: the space for identity offers is there but is not used for it⁴⁰.

(a) *Expressive Solidarity*:

When it comes to reconstructing solidarity in constitutional preambles, direct formulations of expressions of solidarity are certainly the most immediate point of reference. Therefore, the solidarity variable is used to check whether direct references to national or international solidarity are formulated in the constitutional preamble. A solidarity reference at the national level can be understood as representing a mechanical solidarity in that it emphasizes a strong bond of an existing collective on national level. This is countered by the emphasis on an international (or at least transnational) community of solidarity, which swears by a global community that is inevitably more diverse than the national community and can thus be classified as more organic solidarity, i.e., administrative solidarity. A combination of national and

⁴⁰ Possibly, however, for identity offers that remain invisible with the perspective indicated here.

international expressions of solidarity stands as a ‘balanced category’ between the two forms of solidarity.

Table 4.1-1. Expressive Solidarity in Constitutional Preambles. [source: own data]

Value label	Solidarity	(n)
(0) Reference to national solidarity	ideal-typically mechanical	53
(1) Reference to national & trans-/international level		14
(2) Reference to trans-/international solidarity		3
(3) No reference to solidarity in preamble		85
(4) No preamble	ideal-typically organic	31
		N: 186

(b) *Actor of Preamble (refers to National Identity):*

The question to the constitutional subject and therefore to its identity is equivocal as it possibly addresses those, who ‘made’ the constitution and its content, but also those, who are subjected to it or its subject-matter (Rosenfeld, 2010)⁴¹. Therefore, the second representation for solidarity in constitutional preamble is to be found in the question of the (supposed) constitutional authorship, respectively its speaker or actor, which also spans between mechanical and organic solidarity. The constitutional introduction be “We, the people” emphasizes a national collective, which is unified to present its legal basis of the social order. Although it is quite clear from an organizational perspective alone that not every member of ‘the people’ has been involved in the constitutional formulation and adoption, a “We the people” nevertheless suggests a strongly connected community that is homogeneous in terms of national identity. Thus, the appearance as a united voice, “We”, refers to a national collective characterized by similarity in terms of a common national identity and can therefore be assigned to mechanical solidarity. On the contrary, if the preamble is presented in the name of “representatives”, one could assume this society being more heterogeneous and therefore delegates a committee of representatives to defend different interest – indicating a more organic solidarity. If the constitution is introduced by a preamble containing no reference to a speaker, it points even more to an organic solidarity community as the narration has no element of the “imagined community” (Anderson,

⁴¹ The focus on those actors, who are subject to the constitution or its object can be found, for example, in Behrens (2020).

2006), to which the national identity stands for. In the same way as the straight solidarity variable, a combination of authorship by a “we” and the “representatives” is a balanced moment, lying between mechanical and organic solidarity.

Table 4.1-2. Actor in Constitutional Preamble. [source: RNCw]

	Value label	Solidarity	(n)
(0)	Preamble by 'We, the people'	ideal-typically mechanical	62
(1)	Preambles by representatives and 'we'		4
(2)	Preamble by representatives		22
(3)	No actor in preamble		67
(4)	No preamble	ideal-typically organic	31
			N: 186

(c) *Religious Identity:*

The third indicator to illuminate the social form of solidarity concerns the religious identity of the social collective captured in the constitutional preamble. By providing a specific access to the world, religion is a communalizing marker for a collective, which thus becomes a strong ordering factor (also) for modern societies. What is special about religion as a factor of social order is the recognition of a transcendent level in distinction to an immanent level, which, however, are integrated and thus serving as frame for action and interpretation of the world (cf. especially compared to the nation Schnabel, 2018). Thereby, a collective religious identity establishes binding worldviews that reach beyond individual interest and focus on the common welfare. With respect to the constitutional implementation of references to religious identity as a collectivizing element, the operationalization for the present analysis functions as follows: If the preamble refers to a concrete God or a concrete religion, this speaks for a religiously homogeneous society to which the corresponding constitution applies, and which could thus be characterized as ideally mechanical-solidary. A general reference to a God or a religion could be interpreted as an attempt to unify a (at least tendentially) religiously heterogeneous society under a universalistic reference, in the sense of an “public religious dimension” (Bellah, 1967, p. 4), and would thus at least still tend to correspond to mechanical solidarity. A preamble without any element of (anti-)religious identity is, in this case, balanced in between a more mechanical and a more organic form of solidarity. In contrast, an intra-

preamble commitment to secularity – for instance, to a secular government or a general societal secularity – is rather an indication of an organic solidary community, since the potentially unifying element of religious community is not provided for the national collective⁴²; instead, the constitutional declaration of secularity, manifested in writing, is a commitment to a modern society in which the state and religion are independent of each other. .

Table 4.1-3. Religious Identity in Constitutional Preambles. [source: RNCw]

	Value label	Solidarity	(n)
(0)	Reference to particular God/ Religion	ideal-typically mechanical	31
(1)	Reference to God/Religion in general		55
(2)	No reference to God/Religion in preamble		60
(3)	Commitment to secularity		9
(4)	No preamble	ideal-typically organic	31
			N: 186

(d) *Addressing National History:*

The final indicator of Durkheim's concept of solidarity is coded by the presence or absence of a historical narrative (in an initially indeterminate form) in the preamble, concerning the respective nation. Underlying the assignment to the Durkheimian concept is the assumption that a preamble in which historical references or a circumstantial elaboration in the form of history-related prose refers to the nation's identity-forming origins. A shared history implies a shared past that reinforces the collective's shared identity. Therefore, the preamble's reference to history-related elements stands for mechanical solidarity, while the absence of the same speaks for a more organic social solidarity. This idea is supported by the assumptions of Addis (2018), who states that "one important function of preambles seems to be to narrate a history of the people that is taken to be centrally constitutive of their identity (their stability as a subject) and a condition of understanding their present and the future that they seek to create." (Addis, 2018, p. 147). Hence, preambles could serve as a collective autobiography of the people, shaping its political identity:

⁴² Here, the constitutional offer of a "secular identity" (Casanova 2006) could be discussed. However, since a secular identity is defined in particular in distinction to a religious identity, the collectivizing factor exists only indirectly and not directly, as for example through a common conception of the hereafter.

“Constitutions are the biographies, the narratives of the identities of political communities.” (Addis, 2018, p. 139).

Table 4.1-4. History in Constitutional Preambles. [source: RNCw]

	Value label	Solidarity	(n)
(0)	Reference to national history in preamble	ideal-typically mechanical	71
(1)	No reference to national history in preamble		84
(2)	No preamble	ideal-typically organic	31
			N: 186

Results: Mechanical and organic solidarity in constitutional preambles

Categorical Analysis

As all four variables described previously are coded for all constitutional preambles, it results in a horizon of 375 possible combinations of the single dimensions on a descriptive level. The combination of the items in the sense of an unambiguously mechanical solidarity or an unambiguously organic solidarity allows the formulation of precisely those ideal-typical constructions: with regard to mechanical solidarity, this would mean that a preamble would be available that would have a solidarity- and identity-supporting formulation in all of the variables coded here. Thus, in this case, the combination of a direct reference to national solidarity ((a) Expressive solidarity = 0, *Reference to national solidarity*), from the speaker position of the political community ((b) Actor of the preamble = 0, *Preamble by 'We, the people'*), from a direct reference to religion/God ((c) Religious identity = 0, *Reference to specific God/Religion*), and from a historical narrative ((e) History = 0, *Reference to history*). In contrast, the ideal type of organic solidarity exists in those cases that do not have a preamble: In this case, no space is given to a possible identity-creating or identity-emphasizing narration within a preamble, and the formalized solidarity of the respective community exists solely on the basis of the constitutional main corpus and thus follows the idea of administrative solidarity.

On the one hand, there is only one single case which follows the construction of an ideal-typical mechanical preamble. The Bahamian constitutional preamble states:

Whereas *Four hundred and eighty-one years ago the rediscovery of this Family of Islands, Rocks and Cays heralded the rebirth of the New World*; And Whereas the People of this Family of Islands recognizing that the preservation of their Freedom will be guaranteed by a *national commitment* to Self-discipline, Industry, Loyalty, *Unity* and an abiding respect for *Christian values* and the Rule of Law; Now Know Ye Therefore: *We the Inheritors of and Successors to this Family of Islands*, recognizing the Supremacy of God and believing in the Fundamental Rights and Freedoms of the Individual, Do Hereby Proclaim in Solemn Praise the Establishment of a Free and Democratic Sovereign Nation founded on Spiritual Values and in which no Man, Woman or Child shall ever be Slave or Bondsman to anyone or their Labour [sic] exploited or their Lives frustrated by deprivation, and do Hereby Provide by these Articles for the *indivisible Unity* and Creation under God of the Commonwealth of The Bahamas.

(Bahamas's Constitution of 1973 with Amendments through 2002
[emphasis by author])

By this introduction, the Bahamian constitutional preamble touches every identity-dimension analyzed here as to be constitutive for national mechanical solidarity: it commits to national unity ((a) Expressive solidarity = 0, *Reference to national solidarity*), it is suggested to be expressed by “We the Inheritors of and Successors to this Family of Islands” ((b) Actor of the preamble = 0, *We the people*), refers directly to the Christian religion ((c) Religious identity = 0, *Particular God/Religion*) and has historical references ((d) Addressing national history = 0, *Reference to national history*).

As many as 17 constitutions address the ideal-typical form of mechanical solidarity in three of four dimensions and thus tend in that direction in their preambles, although the combination of the three addressed collective-emphasizing identity dimensions varies. For instance, the afghan constitution contains references to a “national unity” ((a) Expressive solidarity = 0, *Reference to national solidarity*), point to “Allah”⁴³ and “Islam” as precise references to God and religion ((c) Religious identity = 0, *Particular God/Religion*) and has a narrative structure, pointing to several historical events ((e) History = 0, *Reference to history*). These indications highlight an almost ideal-typical scenario of a mechanical-solidary preamble. Only the speaker position seems balanced with the

⁴³ Due to the translation into English, the mention of “Allah” may be a textual artifact, especially since the term “God” occurs in other constitutions with a Muslim majority. Since a comprehensive elucidation of this question would clearly exceed the scope of this paper, the analysis is based on reliance on a standardized translation by the Constitution Project as document source.

combination of "We, the people of Afghanistan" and "approved this constitution (...) through our elected representatives" ((b) Actor of the preamble = 1, *Representatives & 'We, the people'*), and therefore cannot be clearly assigned to either mechanical or organic solidarity in Durkheim's conception. Bhutan, Madagascar and Papua New Guinea suggest a united national collective to be the actor of the preamble, formulated for instance as "WE [sic], the people of Bhutan" (Bhutan's Constitution of 2008). Additionally, all three countries refer to a particular God or religion in their constitutional preamble, exemplarily indicated by commitments to "Christian principles" and the "guiding hand of God" (both: Papua New Guinea's Constitution of 1975 with Amendments through 2014). The third dimension these cases address, is the direct expression of national unity or solidarity, as the Madagascan constitution highlights: "Considering that the development of the personality and of the identity of all Malagasies is the essential factor of the durable and full development of which the conditions are, notably: the preservation of peace, the practice of solidarity and the duty of preserving the national unity in the implementation of a policy of balanced and harmonious development; (...)" (Madagascar's Constitution of 2010). These countries do not contain a historical narration in their preamble, however, strongly emphasize a strongly homogeneous, united community and thereby formally support the mechanical concept of social solidarity.

On the other hand, there are 31 constitutions that do not have a preamble and thus correspond to the conceptualization of an ideal-typically organic solidarity presented here. They do not narratively introduce the constitution in any way and thus do not even offer the potential of an identity-constructing narration. Consequently, it is to be assumed that the concept of formally emphasized national solidarity of these countries is solely based on the contractual agreements and the resulting interdependencies of their constitutions and thus follows the organic type of solidarity. Nevertheless, as mentioned above, even the pure ideal type of organic solidarity in Durkheim's conception contains or can contain mechanical elements. Thus, it is possible that the core text of the constitution contains contents that can be regarded as mechanically determinable solidarity, for example, in the regulation of (religious) freedom rights. Moreover, beyond the 31 preamble-less constitutions, there are another 31 constitutions with a preamble that, from a descriptive perspective, at least come close to an organic solidarity construction in that they do not include reference to three or four of the identity dimensions studied. Hence,

these cases do potentially contain mechanical elements which underlines the (possible) overlaps of elements from mechanical and organic solidarity.

However, the possibility of a solidarity-affirming, (more or less) freely shaped narrative, as may occur in preambles and thus in the central element of this study, is not given in the constitutions described as purely organic.

Although this qualitative approach to inductive analysis of constitutional preambles in terms of their identity-emphasizing formulations does not allow for a systematic consideration of “formulation clusters”, there are a few striking features in the data that are worth reporting: In the horizon of 375 possible item combinations, 52 combinations of the four variables examined here show up in the data. While a large number of possible combinations ($n=32$) can only be found in one or two countries, ten ($n=10$) different combinations can be found in three to five countries, eight ($n=8$) combinations in six to nine countries and two ($n=2$) combinations in eleven or twelve countries. These groups of countries are essentially very heterogeneous, indicating an extreme path dependence of constitutional design with respect to country-specific historical conditions and developments⁴⁴. Occasionally, however, groups of countries are found whose common geographic location points to possible regional isomorphisms. For instance, the preamble of the South American states Argentina, Brazil and Colombia do all refer at some point to national solidarity ((a) Expressive solidarity = 0, *Reference to national solidarity*), are expressed in the name of representatives ((b) Actor of the preamble = 2, *Representatives*), do refer to religion or a God in general ((c) Religious identity = 1, *God/Religion in general*), and have no reference to national history ((d) Addressing national history = 1, *No reference to national history*). Another group can be described as (geographically) “mixed double”: Guinea and Senegal as direct neighboring states do have the same preamble contents regarding the discussed identity dimensions as Lebanon and the Syrian Arab Republic, which are also immediate geographic neighbors ((a) Expressive solidarity = 1, *National & Trans-/International solidarity*; (b) Actor of the preamble = 3, *No reference*; (c) Religious identity = 2, *No reference*; (d) Addressing national history = 1, *No reference*).

As already mentioned, this qualitative approach of illuminating the phenomenon of identity in constitutional preambles by means of dimensional comparisons does

⁴⁴ Appendix 4.1-1 presents those combinations of variable items studied here that occur in at least six preambles.

not allow for a systematic investigation of specific "clusters" of countries, but it nevertheless already brings to light some astonishing things: The first thing to note is that constitutions and their preambles are data of enormous complexity, varying especially regarding the content while sharing a few commonalities, especially in terms of form and function. On the one hand, the addressing of identity-based collectives in constitutional preambles seems to turn out to be enormously heterogeneous, which may be due to country-specific peculiarities in the genesis of the constitutions. On the other hand, a first glance at the data reveals a few commonalities, which may be due to certain regional and/or historical similarities. This can be verified by further quantitative analysis of various correlations between constitutional design and contextual conditions.

Continuous Analysis

For further analysis, those cases were excluded that have no constitutional preamble and thus follow the pure organic ideal type of constitutional solidarity, which results in $N=155$ instead of $N=186$ cases. In general, the mean age of the currently valid constitution is almost 12 years ($m = 11.591$; $sd = 10.348$; $N = 155$ ⁴⁵) and its preambles contains an average of 266 words ($min = 11$; $max = 1288$).

In order to be able to compare the previously ordinal determined variables on a quasi-metric scale, they were standardized as z-scores and summarized in an index, which maps the dimensions of solidarity on a quasi-metric continuum. Table 4.1-5 shows the corresponding descriptive results.

⁴⁵ Looking at the age of the 31 preamble-free constitutions, it is noticeable that, with a mean age of 9.451 years, they appear to be slightly younger than the constitutions with a preamble. However, the difference is not substantial, and all constitutions tend to be younger rather than older. Thus, there seem to be no strong relation between the age of the constitutional document and the idea of introducing the constitution by a preamble.

Table 4.1-5. Descriptive information of original as well as of standardized variables and their sum index (N=155). [own calculation]

	<i>min</i>	<i>max</i>	<i>m</i>	<i>sd</i>
Original variables				
Solidarity in constitutional preambles	0	3	1.774	1.403
Religion in constitutional preambles	0	3	1.303	0.856
National actor in constitutional preambles	0	3	1.607	1.384
History in constitutional preambles	0	1	0.542	0.500
Standardized variables				
Z_Solidarity in constitutional preambles	-1.265	0.874	0	1
Z_Religion in constitutional preambles	-1.523	1.983	0	1
Z_National actor in constitutional preambles	-1.161	1.007	0	1
Z_History in constitutional preambles	-1.084	0.916	0	1
Sum Index				
ZPreSol_Sum	-5.033	4.780	0	2.197

For the sake of completeness, the four dimensions were subjected to a reliability analysis for index formation, showing a Cronbachs Alpha of 0.228 which under normal circumstances would be a damning verdict for the scale. This is not surprising, however, as these dimensions involve very different concepts that are transferred into an index based on theoretical assumptions. Consequently, this index cannot represent a homogeneous scale, but is inevitably heterogeneous and accordingly cannot evoke high reliability. Especially the dimension on religious identity in constitutional preambles deviates strongly from the other dimensions in terms of content since the direct expression of solidarity, the (supposed) speaker position of the preamble, and the historical narrative can at least be understood as conditional elements of national identity. This idea is supported by results of a rotated factor analysis (orthogonal Varimax) conducted as a control: the dimensions studied present themselves in two components, one of which consists only of the religious dimension, while the other dimensions load on the other component. Also, the examined Cronbachs Alpha increases at least to 0.376 when the religious identity is extracted from the analysis. This shows the specificity of religion in general and in this modeling in particular and explains the heterogeneity (and thus expected low reliability) of the index.

However, the index is suitable for an empirically guided classification of the cases into a group of countries that tend to follow the type of mechanical solidarity,

a group that tends to follow the type of organic solidarity, and a hybrid classification in which the dimension constellation can be interpreted in neither the organic nor the mechanical direction. The group that trends to mechanical solidarity (“mechanical”) is formed via the lowest index value plus one standard deviation ($x = [min + sd]$), while the group trending to organic solidarity (“organic”) is constructed via the index maximum minus one standard deviation ($x = [max - sd]$). The hybrid country classification (“hybrid”) thus lies in the range between the minimum value plus one standard deviation and the maximum value minus one standard deviation ($[[min + sd] > x < [max - sd]]$)⁴⁶. Based on this operationalization, 19% (n = 29) of the countries can be classified as trending towards a mechanical solidary preamble, 19% (n = 39) of the constitutions do have tendencies towards an organic solidary preamble and even 62% (n = 96) are of hybrid character⁴⁷. The extremely heterogeneous distribution of the classified country groups is clearly illustrated in Figure 4.1-1.

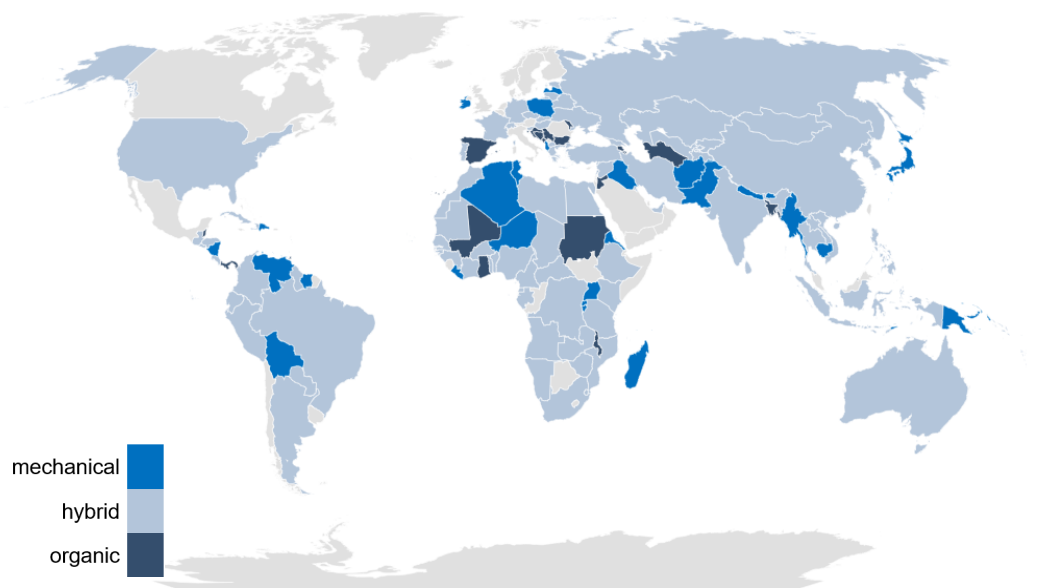


Figure 4.1-1. World map of “mechanical”, “hybrid” and “organic” solidarity in constitutional preambles. [Source: Own calculation]

Note: “mechanical” (category 2 [navy blue]); “hybrid” (category 3 [light blue]); “organic” (category 4 [dark blue]); category 1 = data not included [grey]; category 2 = constitution without preamble [grey]

While the “mechanical”-constitutions currently in force have an average age of 7 years, the “hybrid”-constitutions are 12 years old and the “organic”-constitutions

⁴⁶ Appendix 4.1-2 shows the corresponding distribution of the studied countries.

⁴⁷ In addition to the countries without a constitutional preamble, the Bahamas is excluded from categorization as single case of an ideal-typical construction of mechanical solidarity.

are as old as 14 years. Thus, these results also very clearly contradict the idea of reading Durkheim's solidarity theory in terms of a consistent modernization theory. If the solidarity constellation were to converge linearly with time toward the ideal-typical organic solidarity, the results of "mechanical" and "organic" would have to be found in exactly the opposite direction. However, since constitutional preambles with a more mechanical solidarity construction tend to be younger than those with organic solidarity elements, what emerges instead is an increasing regulatory claim of apparently highly complex identity constructions in younger constitutions.

Regarding the index, some relevant intra-constitutional relationships can be shown. For instance, a stable (weak) negative correlation with the word count of the preamble emerges (Pearson's r : -0.169; p = 0.036⁴⁸), supporting the idea that constitutional preambles, which tend to be more mechanically solidaristic in their wording, narratively shape the preamble. Even stronger for the idea of an identity constructing constitution is the result of an also stable negative relation of more mechanical solidary preambles to the significance of national symbols in the main body of the constitution (Pearson's r : -0.205; p = 0.011)⁴⁹. It shows that rather more mechanical solidary constitutions contain references to, for instance, the national hymn (Pearson's r : -0.194; p = 0.016), the importance of the national language as symbol (Pearson's r : -0.217; p = 0.007) or the 'motto' or maxim of the particular nation (Pearson's r : -0.242; p = 0.002). The expression of national symbols in the constitutional document supports the identarian dimension of individual actors towards the imagined community (Anderson, 2006) of the national collective, as collective identities are "incorporated in a given set of rituals, practices, cultural artifacts (...)" (Melucci, p. 44), as which the national symbols constitutionally presented can be interpreted.

Furthermore, it was examined whether the index picturing the dimensions of identity as predictors of solidarity are related to regulations on citizenship in the sense of formal membership to a national collective and to the intra-constitutional regulations on state-religion-relationship; no significant or considerable correlations have been found. If the index is reduced by the dimension of religious identity, however, significant, albeit not particularly strong, correlations with the regulation of the state-religion relationship in the broader constitutional text emerge (explicit state-religion-/church - Pearson's r : 0.217, p = 0.007; close relationship of

⁴⁸ Since the data basis is a complete survey, the significance value is interpreted in terms of a robustness measure.

⁴⁹ This variable counts the single references to national symbols in the preamble.

state and religion - Pearson's r : 0.186, p = 0.021; state is secular - Pearson's r : 0.201, p = 0.012; explicit separation of state and religion - Pearson's r : 0.218, p = 0.006). These results suggest that it seems necessary to address religion as a dimension of a collective identity at least either in the preamble or in the main text.

Besides the intra-constitutional, some extra-constitutional dimensions were part of the analysis to contextualize the constitutional contents. For instance, framing the constitutional documents in terms of colonial past, the results show a negative relation if a country has a colonial history (Pearson's r : -.0252, p = 0.002) and at the same time slightly weaker correlation to the question of the country being on the European continent (Pearson's r : 0.226, p = 0.005). At this point, therefore, further investigation based on individual case studies would be appropriate. Within the scope of this paper and the underlying data, this result cannot be interpreted conclusively; however, the latter two results suggest that there seem to be historically determined contextual factors that provide for the specific design of the constitution. It is possible that a colonial past is the reason for the country specific constitutional examination of the colonial past in the sense of a direct demarcation or confirmation of the past colonial order, using the identity-dimensions as a relational mechanism to represent similarity and difference to the colonial power. Accordingly, a colonial past goes in line with a tendency towards mechanical solidarity, while the European continent with many former colonial powers tends to have a more organic solidarity in constitutional preambles, indicating an administrative solidarity based on interdependency. However, since deeper analyses would be needed to investigate this result, this is an initial conjecture without the possibility of empirical evidence at this point.

Conclusion

This article has asked whether formal identity dimensions in constitutional documents represent different forms of social solidarity norms to formally contribute to the integration of societies. Specifically, it investigated the formalized grounds for social solidarity and the related commitment to a common goal through an analysis of religious and national identity in constitutional preambles, focusing on the Durkheimian distinction between identity-based community and contractually-oriented administrative community.

Results suggest that only one case allows an ideal-typical mechanical expression of social solidarity, whereas 31 cases (those without a preamble) are of ideal-typical organic character. More generally, the analyses underline the deep

complexity of constitutional data: the descriptive analysis reveals 52 different item-combinations of the identity variables used here. On the one hand, the diversity in the design of constitutional preambles clearly speaks against strict isomorphic tendencies. On the other hand, however, the preamble design also does not seem to be arbitrary either; certain combinations of identity dimensions are more likely than others. Furthermore, the descriptive approach points to country-specific (or in some cases at least regional-specific) design of constitutional content in the preamble, which suggests path-dependent evolutions of constitutions in specific contexts.

To make sense of this complexity, the systematic analysis offers an empirical classification of all cases with a preamble, clearly highlighting the heterogeneous distribution of the different forms of solidarity grounds in constitutional preambles around the world. The underlying index based on different dimensions on national and religious identity also enables linking mechanically-grounded solidarity to the content on national symbols in the main body of the constitution. By embedding the index in extra-constitutional contexts, the last part of the article underlines the need for a case-by-case examination of the historical evolution of constitutions and the resulting country-specific path dependencies for deeper interpretation of particular circumstances of constitutional design.

Although solidarity in constitutional documents could be operationalized in different ways, the theory-guided approach taken here reveals important features of constitutional design: Above all, clear patterns in the constitutionally addressed form of solidarity are hard to identify; constitutions appear first and foremost as highly complex and heterogeneous data. They seem to result from country-specific conditions that shape the formal fixation of a normative framework for establishing and safeguarding social solidarity. Nevertheless, through their content and design, they do address different grounds of solidarity in various ways: After all, on the one hand, one sixth of the constitutions examined here create an ideal-typical construction of administrative solidarity through the absence of a preamble: a preamble-free constitution deprives itself of the possibility of introducing a national collective with an identity-emphasizing narration. If one includes the constitutions that tend to represent organic solidarity, at least one third of the documents examined here commit a collective to the fulfillment of the common welfare (almost) exclusively on the basis of administratively secured formal rules. By their specific construction, these constitutions appeal to a contractually secured collective, the 'Demos'. Contrary to Durkheim's view of this type as the 'more modern' form of

solidarity construction, there appears to be no strong average connection with constitutional age. On the other hand, the mechanical form of solidarity is also found in the preambles of one sixth of the countries: these constitutions swear the community to a common identity that obliges it to place the fulfillment of the common welfare above self-interest. Such identity-based community corresponds to the concept of an 'Ethnos' and is formed by solidarity qua similarity of cultural traits and worldviews. However, most constitutions are not clearly mechanical or organic in their formal construction of solidarity. The individual elements of mechanical and organic solidarity can thus intertwine and overlap.

Hence, from a comparative point of view Tushnet (2012) is right to state that constitutions identify a 'Demos', since a larger proportion of the constitutions studied here (tend to) correspond to the 'modern' concept of organic solidarity. One reason for the prevalence of this kind of collectivization may lie in that a common identity does not seem to be a prerequisite: access to this collective is instead based on a formal, contractually secured agreement. On the other hand, the perspective adopted here cannot address the concrete membership rules of these communities. Contrary to Tushnet's (2012) assumption, however, a considerable proportion of constitutions do not define a purely contractually secured collective. Rather, they presuppose a common identity and thereby tend towards the more exclusive concept of an 'Ethnos', which implies a certain identity-based homogeneity. There is no evidence that the 'Ethnos'-constructing constitutional narrative is being replaced over time by a (membership) rule-based constitutional 'Demos'-construction.

Both a closer examination of the concretely formulated membership rules in constitutions and of community construction beyond the preamble would therefore be valuable avenues for further research. And although this contribution can only focus on the formal dimension of the constitution and constitutional reality may tell a different story, the analysis suggests that constitutional solidarity constructions as a normative framework play an important foundational role by formally framing social order and defining the inclusive or exclusive character of a society.

References

- Addis, A. (2018). Constitutional Preambles as Narratives of Peoplehood. *ICL Journal*, 12(2), 125–181.
- Anderson, B. R. O. (2006). *Imagined communities: Reflections on the origin and spread of nationalism* (Revised ed.). Verso.
- Austin, J. L. (1962). *How To Do Things With Words*. Oxford University Press.
- Behrens, K. (2020). Formal Citizenship in European Constitutions. In M. Bayer, O. Schwarz, & T. Stark (Eds.), *Edition Politik: Vol. 85. Democratic Citizenship in Flux: Conceptions of Citizenship in the Light of Political and Social Fragmentation* (1st ed., pp. 83–101). transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/9783839449493-005>
- Bellah, R. N. (1967). Civil Religion in America. *Daedalus*, 96(1), 1–21.
- Blaustein, A. P. (1994). *Framing the Modern Constitution: A Checklist*. FB Rothman.
- Bühler-Niederberger, D. (2020). Generationale Verpflichtungen – normative Muster und ihre Umsetzung. *Berliner Journal für Soziologie*, 30(1), 49–78. <https://doi.org/10.1007/s11609-020-00406-6>
- Casanova, J. (2006). Religion, European secular identities, and European integration. In P. J. Katzenstein & T. A. Byrnes (Eds.), *Religion in an expanding Europe* (pp. 65–92). Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511491917.004>
- Durkheim, É. (1960). *The Division of Labor In Society* ((G. Simpson, Trans.)). The Free Press of Glencoue. (Original work published 1893)
- Elkins, Z., Melton, J., & Ginsburg, T. (2010). *The Comparative Constitutions Project (CCP)*. <https://comparativeconstitutionsproject.org>
- Fox, J. (2011). *Religion and State Constitutions Dataset*. <http://www.religionandstate.org/>
- Go, J. (2003). A Globalizing Constitutionalism? Views from the Postcolony, 1945–2000. *International Sociology*, 18(1), 71–95. <https://doi.org/10.1177/0268580903018001005>
- Grey, T. C. (1984). Constitutions as Scritpure. *Stanford Law Review*, 37(1), 1–25.
- Grimm, D. (2005). Integration by constitution. *International Journal of Constitutional Law*, 3(2-3), 193–208. <https://doi.org/10.1093/icon/moi014>

- Heintz, B., & Schnabel, A. (2006). Verfassungen als Spiegel globaler Normen? *KZfSS Kölner Zeitschrift Für Soziologie Und Sozialpsychologie*, 58(4), 685–716. <https://doi.org/10.1007/s11577-006-0262-5>
- Hollinger, D. A. (2006). From Identity to Solidarity. *Daedalus*, 135(4), 23–31.
- Hunt, S. A., & Benford, R. D. (2004). Collective Identity, Solidarity, and Commitment. In D. A. Snow, S. A. Soule, & H. Kriesi (Eds.), *The Blackwell Companion To Social Movements* (pp. 431–457). Blackwell Publishing Ltd.
- Jacobsohn, G. J. (2006). Constitutional Identity. *The Review of Politics*, 68(3), 361–397.
- Jenkins, R. (2008). *Social identity* (3rd ed.). *Key ideas*. Routledge.
- Kelsen, H. (1946). The Preamble of the Charter - A Critical Analysis. *The Journal of Politics*, 8(2), 134–159.
- Loewenstein, K. (1969). *Verfassungslehre* (2., durch einen Nachtrag auf den Stand vob 1969 gebrachte Auflage). Mohr (Siebeck).
- Melucci, A. The Process of Collective Identity. In (pp. 41–63).
- Orgad, L. (2010). The preamble in constitutional interpretation. *International Journal of Constitutional Law*, 8(4), 714–738. <https://doi.org/10.1093/icon/mor010>
- Rosenfeld, M. (2010). *The identity of the constitutional subject: Selfhood, citizenship, culture, and community*. Routledge.
- Rosenfeld, M. (2012). Constitutional Identity. In M. Rosenfeld & A. Sajo (Eds.), *The Oxford Handbook of Comparative Constitutional Law* (pp. 756–777). Oxford University Press.
- Rucht, D. (2001). Solidaritätsbewegungen. In H.-W. Bierhoff & D. Fetchenhauer (Eds.), *Solidarität: Konflikt, Umwelt und Dritte Welt* (pp. 43–64). Leske + Budrich.
- Schnabel, A. (2018). Religion und Nation – Same, same but different? In M. Reddig, A. Schnabel, & H. Winkel (Eds.), *Religion im Kontext | Religion in Context* (pp. 287–304). Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Schnabel, A. (2020). Wie viel Religion und Nation braucht der Staat? Administrativ-rechtsförmige Solidaritäten und ihre identitätsbasierten Grundlagen in Europa. *Berliner Journal Für Soziologie*, 30(1), 79–111. <https://doi.org/10.1007/s11609-020-00411-9>

- Schnabel, A., Behrens, K., & Grötsch, F. (2017). Religion in European constitutions – cases of different secularities. *European Societies*, 19(5), 551–579. <https://doi.org/10.1080/14616696.2017.1334946>
- Schnabel, A., & Hönes, L. (2021 [under review]). *Religion und Nation und ihre Einbettung in Verfassungen als Kontext*. Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik.
- Schnabel, A., & Tranow, U. (2020). Zur Einleitung: Grenzziehungen der Solidarität. *Berliner Journal Für Soziologie*, 30(1), 5–22. <https://doi.org/10.1007/s11609-020-00414-6>
- Smith, A. D. (1971). *Theories of nationalism*. Duckworth.
- Smith, A. D. (1991). *National identity*. Penguin Books. https://is.muni.cz/el/fss/podzim2018/soc291/um/4_smith_ch2.pdf
- Timonen, V., Conlon, C., Scharf, T., & Carney, G. (2013). Family, state, class and solidarity: Reconceptualising intergenerational solidarity through the grounded theory approach. *European Journal of Ageing*, 10(3), 171–179. <https://doi.org/10.1007/s10433-013-0272-x>
- Tranow, U. (2012). *Das Konzept der Solidarität*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-93370-2>
- Tschentscher, A. (2011). Comparing Constitutions and International Constitutional Law: A Primer. *University of Chicago Public Law & Legal Theory Working Paper No. 331*(February), 1–15. <https://doi.org/10.2139/ssrn.1502125>
- Tushnet, M. (2010). How do constitutions constitute constitutional identity? *International Journal of Constitutional Law*, 8(3), 671–676. <https://doi.org/10.1093/icon/moq025>
- Tushnet, M. (2012). Constitutions. In M. Rosenfeld & A. Sajo (Eds.), *The Oxford Handbook of Comparative Constitutional Law* (pp. 217–232). Oxford University Press.
- Tyrell, H. (1985). Emile Durkheim - Das Dilemma der organischen Solidarität. In N. Luhmann (Ed.), *Soziale Differenzierung. Zur Geschichte einer Idee* (pp. 181–250). Westdeutscher Verlag GmbH.
- Witte, D. (2018). Between Embeddedness and Conflict: Legal Contexts of Religion. In M. Reddig, A. Schnabel, & H. Winkel (Eds.), *Religion im Kontext | Religion in Context* (pp. 223–238). Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.

Wittek, R., & Flache, A. (2001). Solidarität am Arbeitsplatz. In H.-W. Bierhoff & D. Fetchenhauer (Eds.), *Solidarität: Konflikt, Umwelt und Dritte Welt* (pp. 149–182). Leske + Budrich.

Source:

Schnabel, A., Behrens, K., Hönes, L., Beyer, H. (2020): Religion and Nation in Constitutions Worldwide (RNCw) (Version: 1.0.0), DOI: <https://doi.org/10.7802/1991>, url: <https://doi.org/10.7802/1991>.

Appendix

Appendix 4.1-1. Combination of variables in constitutional preambles for country groups n>=6. [own calculation]

Variable	Combination	(n)	Countries	
Solidarity:	(0) National Solidarity	6	Albania	Nepal
Religion:	(1) God/Religion in general		Bolivia	Seychelles
Actor:	(0) "We, the people"		Iraq	Uganda
History:	(0) History in Preamble			
Solidarity:	(0) National Solidarity	7	Burundi	Myanmar
Religion:	(2) No reference		Cambodia	Niger
Actor:	(0) "We, the people"		Eritrea	Rwanda
History:	(0) History in Preamble		Japan	
Solidarity:	(0) National Solidarity	6	Central African Republic	Mozambique
Religion:	(2) No reference		Haiti	Slovenia
Actor:	(3) No reference		Laos	Viet Nam
History:	(0) History in Preamble			
Solidarity:	(3) No reference	6	Egypt	Libya
Religion:	(0) Particular God/Religion		Hungary	Thailand
Actor:	(3) No reference		Iran	Tuvalu
History:	(0) History in Preamble			
Solidarity:	(3) No reference	7	Georgia	Nauru
Religion:	(1) God/Religion in general		Guyana	Philippines
Actor:	(0) "We, the people"		Kiribati	Swaziland
History:	(1) No reference		Marshall Islands	
Solidarity:	(3) No reference	6	Costa Rica	Kuwait
Religion:	(1) God/Religion in general		El Salvador	Paraguay
Actor:	(2) Representatives		Honduras	Ukraine
History:	(1) No reference			
Solidarity:	(3) No reference	11	Antigua and Barbuda	Panama
Religion:	(1) God/Religion in general		Belize	St Kitts and Nevis
Actor:	(3) No reference		Dominica	St Lucia
History:	(1) No reference		Ghana	St Vincent and the Grenadines
			Grenada	Trinidad and Tob.
			Liechtenstein	
Solidarity:	(3) No reference	6	Burkina Faso	Mongolia
Religion:	(2) No reference		Ethiopia	Tajikistan
Actor:	(0) "We, the people"		Kazakhstan	United States of America
History:	(1) No reference			
Solidarity:	(3) No reference	8	Cabo Verde	Lithuania
Religion:	(2) No reference		China	Macedonia
Actor:	(3) No reference		Estonia	Sao Tome and Principe
History:	(0) History in Preamble		Guinea Bissau	
Solidarity:	(3) No reference	12	Andorra	Malawi
Religion:	(2) No reference		Armenia	Montenegro
Actor:	(3) No reference		Bosnia and Herzegovina	Serbia
History:	(1) No reference		Brunei	Spain
			Bulgaria	Sudan
			Croatia	Tonga

Appendix 4.1-2. Empirical classification of countries (n=154) regarding forms of solidarity. [own calculation]

"M"	"H"		"O"
Tendency: mechanical	Hybrid		Tendency: organic
$x = [\min + sd]$	$([\min + sd] > x < [\max - sd])$		$x = [\max - sd]$
n = 29	n = 96		n = 29
Afghanistan	Angola	Kuwait	Andorra
Albania	Argentina	Kyrgyzstan	Antigua and
Algeria	Australia	Laos	Barbuda
Bhutan	Bahrain	Lebanon	Armenia
Bolivia	Barbados	Libya	Azerbaijan
Burundi	Belarus	Lithuania	Bangladesh
Cambodia	Benin	Macedonia	Belize
Dominican Republic	Brazil	Marshall Islands	Bosnia and
Eritrea	Burkina Faso	Mauritania	Herzegovina
Iraq	Cabo Verde	Micronesia,	Brunei
Ireland	Cameroon	Fed. States of	Bulgaria
Japan	Central African	Mongolia	Croatia
Latvia	Rep.	Morocco	Dominica
Liberia	Chad	Mozambique	Ghana
Madagascar	China	Namibia	Grenada
Myanmar	Colombia	Nauru	Jordan
Nepal	Comoros	Nigeria	Liechtenstein
Nicaragua	Congo, Dem. Rep.	Palau	Malawi
Niger	Costa Rica	Paraguay	Mali
Pakistan	Côte d'Ivoire	Peru	Moldova
Papua New Guinea	Cuba	Philippines	Montenegro
Poland	Czech Republic	Portugal	Panama
Rwanda	Ecuador	Russian	Saint Kitts and
Seychelles	Egypt	Federation	Nevis
Suriname	El Salvador	Samoa	Saint Lucia
Timor-Leste	Equatorial Guinea	Sao Tome and P.	Saint Vincent and
Tunisia	Estonia	Senegal	the Grenadines
Uganda	Ethiopia	Slovakia	Serbia
Venezuela,	Fiji	Slovenia	Spain
Bolivarian Republic	France	Solomon Islands	Sudan
of	Gabon	South Africa	Tonga
	Gambia, The	Sri Lanka	Trinidad and
	Georgia	Swaziland	Tobago
	Germany	Switzerland	Turkmenistan
	Greece	Syrian Arab	
	Guatemala	Republic	
	Guinea	Tajikistan	
	Guinea Bissau	Tanzania, Un. Rep.	
	Guyana	Thailand	
	Haiti	Togo	
	Honduras	Turkey	
	Hungary	Tuvalu	
	India	Ukraine	
	Indonesia	Un. Arab Emirates	
	Iran	USA	
	Kazakhstan	Uzbekistan	
	Kenya	Vanuatu	
	Kiribati	Viet Nam	
	Korea, North	Zambia	
	Korea, South	Zimbabwe	

4.2. Formal Citizenship in European Constitutions

Behrens, K. (2020). *Formal Citizenship in European Constitutions*. In M. Bayer, O. Schwarz, & T. Stark (Eds.), *Edition Politik: Vol. 85. Democratic Citizenship in Flux: Conceptions of Citizenship in the Light of Political and Social Fragmentation* (1st ed., pp. 83–101). transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/9783839449493-005>

Formal Citizenship in European Constitutions

“Citizenship of the Union is hereby established. Every person holding the nationality of a Member State shall be a citizen of the Union.” (TEU, 1992, 15, art. 8(1)). With this paragraph, the European Union expresses in the 1992 Maastricht Treaty⁵⁰ (TEU, 1992) “EU’s experiment with a form of supranational citizenship” (Shaw, 2019, p. 2). In the 1997 Amsterdam Treaty, however, this experiment was toned down by adding that “Citizenship of the Union shall complement and not replace national citizenship.” (Treaty of Amsterdam Amending the Treaty on European Union, The Treaties Establishing the European Communities and Related Acts, 1997, 27, art. 2(9))⁵¹. The European Union’s attempt to contest and hence to restructure the traditional concept of national citizenship is one of many examples of *citizenship in flux*. Nevertheless, even today European citizenship is still complementary to national citizenship and not a substitute on a supranational level. More clearly: the opportunities and benefits offered by an EU-citizenship (for instance freedom of movement, settlement and employment) inevitably depend on the membership to a European member state (for example Shaw, 2019, p. 1).

The membership to a nation-state as a political community refers to *citizenship as status*, one of the two traditional lines of theories on citizenship. This contrasts with the second classical approach, which broadly refers to citizenship as activity (for instance Isin, 2009). While the first narrative precisely defines the belonging to a political community, the second focuses on the function of political and social participation in that specific political community (Kymlicka & Norman, 1994, pp. 353–354). Belonging to a nation-state is established by formal membership, represented by legally determined formal citizenship. Consequently, formal citizenship as a legal status includes people to a political community on a formal

⁵⁰ Origins can already be found in the first treaties of the European Economic Community of 1957, but not as explicit regulation of European citizenship. Further information can be found, for instance, in Jacobs (2007).

⁵¹ There has been no change in the concept of European citizenship as complementary to the national citizenship in the Lisbon Treaty of 2009.

level, which is necessary in order to have at least the chance of political and social participation in the society of a nation⁵². Both, citizenship as activity and citizenship as status were challenged in the last decades, for instance in discourses on migration (see for instance Bauböck, 2019) and globalization (exemplary Staeheli, 1999). Yet despite these modern attempts to define and secure citizenship on a global (here: European) level, citizenship on the national level still seems to be indispensable.

This sociological contribution examines the concept of *formal citizenship as status* in its legal dimension through an analysis of European member states' constitutions. On the national level, constitutions are the most basic legal document, and hence they have the potential to legally define the conditions for formal membership, realized as citizenship regulations (Blaustein, 1994, p. 3). Constitutionally regulated formal membership is tied to the privilege of certain (constitutionally secured) rights. These rights, for example in the form of the right to vote or the right to be elected into certain state institutions, contribute significantly to the *formal inclusion*⁵³ in the community – or the *exclusion* in case of its denial. In this sense and with a sociological perspective, *constitutions are highly important legal institutions revealing mechanisms of formal inclusion or exclusion by setting the conditions for formal membership due to citizenship regulations*. In other words, the legal system (potentially) addresses people as citizens and thus formally includes them into a specific social and political community (Luhmann, 1995).

Due to the increasing tendency of nation-states to standardize constitutions in terms of content and form (cf. Blaustein, 1994), the question arises as to whether formal citizenship and thus legally defined formal inclusion/exclusion follows standardized paths or country-specific patterns – especially in the case of the European Union, in which the need for national regulations is articulated on a

⁵² As Schinkel (2010), for example, rightly observes, nation-state and society are not necessarily the same thing. The same applies to their memberships. Whenever formal membership is mentioned in this article, it is always a question of legal belonging to a nation-state qua formal status as a citizen. The possibility of political and social participation and the associated societal belonging results (among other things) from the legally defined rights and duties that go hand in hand with this status. For reasons of space, no further attention can be paid to these consequences in detail.

⁵³ Since this contribution is devoted exclusively to the legal and thus formal construct of citizenship, inclusion/exclusion can only be considered on the formal level. Formal inclusion is achieved through formal membership but does not allow any statements about actual social integration.

supranational level. To sociologically address the topic of *citizenship in flux*⁵⁴, the main argument of this paper is as follows: if the formal dimension of citizenship is legally secured on a national level, it could be regulated in national constitutions. Since constitutions are comparatively stable constructs (cf. Elkins et al., 2009), the concept of formal citizenship is limited in its dynamic if it is regulated in these documents. Constitutions could thus be interpreted as the ‘corset’ for formal citizenship. Consequently, it can be assumed that formal inclusion/exclusion has a low potential for change. So, the main questions are: is formal citizenship regulated in European constitutions? If so, which dimensions are part of the constitutional regulations? By answering these questions, it can be analyzed if formal citizenship in particular has the potential to flux dynamically.

To outline the legal foundation of formal citizenship, this contribution gives insights into citizenship regulations in constitutional documents on a descriptive level, structured as follows: Firstly, it illustrates a sociological perspective on system-theoretical inclusion/exclusion (Luhmann, 1995) to underline its relevance for social order. Secondly, it translates these ideas into the analytical dimensions of formal citizenship in constitutions. Furthermore, the dimensions of formal membership are reconstructed by primary data of a quantitative content analysis of constitutional documents. Thus, this contribution offers an innovative and distinct sociological perspective that provides an understanding of the multidimensional and -faceted concept of citizenship in its explicitly formal expression.

Inclusion and Exclusion by Formal Citizenship

Generally speaking, we can describe inclusion as the multidimensional involvement of people in a community, while exclusion means the opposite; hence, they are complementary concepts. Inclusion into a social and political community in a *formal dimension* is guaranteed by the legally granted status as citizen. Fahrmeier (2007) describes the *formal dimension of citizenship* as “the legal definition of a close relationship between individuals and one state, usually

⁵⁴ To answer the question of how constitutionally anchored citizenship regulations have changed over time, an intra-national comparison of various constitutional versions would be required. The current research design of this study does not accommodate the vast complexity needed to internationally compare intra-national constitutional change over time. Instead, the focus is on the international (here European) comparison of formalized citizenship regulations, which is an important aspect for further discussions in the volume.

documented in passports or other citizenship certificates. Formal citizenship [is] [...] a way of defining groups entitled to particular rights [...]" (Fahrmeir, 2007, p. 2). Thus, constitutionally regulated citizenship legally determines formal inclusion that represents the translation of formal citizenship into (the possibility of) active participation in the social and political arena, which is crucial for the social and political integration of individuals into society.

One *sociological perspective* on inclusion is given by Systems Theory, the best-known representatives of which are Parsons (1964) and Luhmann (1995). While Parsons uses the term *integration* to describe the relationship between the units of a societal subsystem that ensure its stability and prevent its disintegration (Parsons, 1964), Luhmann focuses on the differentiation of *inclusion* and *exclusion* (Luhmann, 1995). He dissociates himself from the concept of integration as he generally assumes that, on the one hand, the *full* integration of individuals into the functionally differentiated societies in modernity is impossible. On the other hand, he explains that *multiple inclusions into one or more subsystems* is possible; which means a simultaneous exclusion from other subsystems due to the impossibility of full societal inclusion. In this sense, inclusion refers to the inner side of the system, while exclusion consequently refers to the outer side (Luhmann, 1995, p. 241). Luhmann does not understand inclusion as the entire 'incorporation' of individual actors⁵⁵ into the societal system, but rather as "the way [...] in which, in the context of communication⁵⁶, people are *described*, and thus regarded as relevant," that is, "the way in which they are treated as 'persons'" (Luhmann, 1995, p. 241 [own translation; emphasis in original]). This idea is analogous to Fahrmeier's expression of "defining groups" (Fahrmeir, 2007, p. 2) that are entitled to a set of rights associated with the status as citizen.

Consequently, with Luhmann's perspective, *exclusion* from a societal subsystem means that the actor is *not a relevant person* for the subsystem. In modern, functionally differentiated societies, exclusion from one subsystem often results in the exclusion from multiple subsystems: losing one's job can result in losing one's flat, which can endanger one's connection to other social institutions (Baraldi et al., 1997, p. 81). As Luhmann himself exemplifies, the lack of an identity

⁵⁵ Luhmann does not actually refer to 'individuals' or 'individual actors' in the terminology of his systems theory. He rather uses concepts such as 'psychic systems' to address what, in other theories, are the units on the individual level of society.

⁵⁶ In this context, communication means the final element or specific operation of a societal system (Baraldi et al. 1997, p. 89).

card is cause to be excluded from social benefits, such as voting and legal marriage (Luhmann, 1995, pp. 259–260). The depth of the implications of exclusion can lead to individuals being regarded less and less as persons and as possible communication partners, but only as bodies for which different social conditions apply (Luhmann, 1995, p. 262).

Although this article is explicitly not a system-theoretical examination of citizenship in constitutions, this theoretical excursus serves to clarify the sociological constraints of this article. The question remains, how formal inclusion/exclusion is legally organized. It seems obvious that the rights and duties regarding active participation are crucial for social and political inclusion, and, furthermore, the refusal of such rights leads to exclusion from subsystems such as the economic, judicial or educational systems (and vice versa). Referring again to Luhmann, citizenship (codified by the identity card) is one key mechanism for the claim on social benefits, the right to vote, to be eligible for political office and so on (Luhmann, 1995, pp. 259–260), making it plausible to examine citizenship regulations to answer the questions on formal inclusion. Rather than focusing on the political realization of rights indicative of social and political inclusion, this paper seeks to analyze the legal and thus formal dimension of citizenship and hence formal inclusion/exclusion. *Since the formally defined citizenship regulations are the legal translation of formal inclusion, the most important determinant seems to be the granting or denial of citizen status in constitutional documents.*

Following these ideas, the importance of the relationship between the legal definition of formal citizenship in national constitutions and formal inclusion can be summarized as follows: According to Luhmann's ideas, *the legal subsystem addresses the relevant persons by constitutional regulation, especially by formal citizenship as dimension of formal membership. Therefore, constitutional documents can be interpreted as genuine sociological material: they establish social order by mechanisms of inclusion/exclusion and stabilize it over time.* As a result, the constitutional documents seem to be a meaningful empirical basis for the examination of citizenship, since they represent the basis of any legal organization of nation-states. Thus, national constitutions provide an insight into the legal manifestation of how modern nation-states regulate the inclusion of people as legal persons.

Constitutional Regulation of Formal Citizenship

Constitutions as formalized certificates are "the final triumph (...) as a solemn result of democratic constitutionalism" (Loewenstein, 1969, p. 137 [translation by KB]), resulting from the American and French Revolutions. They are the most fundamental written document, legally organizing the social arenas of societies (Grey, 1984; Loewenstein, 1969; Tschentscher, 2011): by regulating the governmental arrangements and thereby setting the frame for political processes, constitutions are highly influential instruments of modern nation-states. Even if there are supranational institutions, for instance the European Union, which provide (at least partially) legally binding laws and treaties, constitutions on the national level still seem to be highly relevant institutions for modern nation-states. This is exemplarily indicated by the fact that the vast majority of countries has a constitution, despite the lack of obligation to have one (Go, 2003, p. 71). Compared to administrative law, they have a special character. Go (2003) for instance states: "Not only are they all packed in a single document, they all specify in one way or another the organisation of political power, the division of governmental labour, the major principles and goals of governance" (2003, p. 72). Additionally, they are "meant to express an arrangement vastly more complex than those underlying most legal documents: the web of society's basic institutions and ideals" (Grey, 1984, p. 16). In other words, constitutions represent common beliefs and recognized behaviors of a specific community (Loewenstein, 1969, p. 127) as a "system of fundamental norms" (Loewenstein, 1969, p. 129 [own translation]).

Additionally, as constitutions are "not an *ex nihilo* creation" [emphasis in original] (Grey, 1984, p. 16), they can be interpreted as the result of societal negotiation processes as well as the catalyst for future social endeavors, making them *both a result of and a condition for social change*. Here it becomes clear once again why constitutions are relevant empirical data when it comes to *formal citizenship*: On the one hand, the regulations of formal citizenship contained therein are the result of certain social negotiation processes. Thus, the specific regulations of citizenship are the formalized outcome of social and political discourses about membership. On the other hand, they influence, limit and enable social change by legally setting rules and frames for governmental arrangements and thereby determine the social order of society. They set the legal basis for the (passive) status as citizen, which is connected to certain rights and duties for individuals. These in turn form the foundation for the active habitus of citizens. By that, constitutions contribute to the formal inclusion of the members of a specific social and political community and simultaneously foster the social exclusion of foreigners. These mechanisms of

formal inclusion and exclusion through the constitutional provision of formal membership are subject to constant negotiation processes. Therefore, the concept of *formal citizenship* itself is result of societal change and at the same time one of its determinants.

Focusing again on the question of *citizenship in flux*, some expectations⁵⁷ regarding the forthcoming presentation and discussion of results can be expressed: The ability of constitutions to establish social orders and to stabilize them for a comparatively long period of time determines the *potential for flux in the concept of formal citizenship*. Thus, if these documents contain very specific regulations on formal membership, a tight legal corset and thus a low potential for change can be assumed. If, though, formal citizenship is not regulated on the constitutional level, a capacity for dynamic change can be assumed, without, indeed, being able to say more precisely at this point whether and to what extent this takes place or has taken place.

The Data on Constitutional Citizenship Regulation

The following analysis focuses on primary data resulting from a sub-project of the 'OnBound-Project' (#316798296 in the DFG database), which aims at an international comparison of religious and national identities. The subproject deals with the significance of religion and national identities in constitutions around the world and was guided by similar approaches that examined different constitutional contents (for instance Fox, 2011; Heintz & Schnabel, 2006; Schnabel et al., 2017). The current study uses the most recent constitutions available in English language⁵⁸, which allows the international comparison of constitutions. However, using translated documents has the disadvantage of potential language distortion: certain formulations, words or semantic details that could be of great interest for the textual analysis of country-specific documents may get lost during the

⁵⁷ These expectations should not be interpreted as research hypotheses that would have to be tested within a statistical analysis.

⁵⁸ The online platform of the *Comparative Constitute Project* (Elkins et al. 2010) is the resource for all constitutional documents in English translation. The data were extracted from the constitutions from September 2017 onwards. All constitutional documents were downloaded as pdf files at one point in time, so the document version provided by the *Comparative Constitute Project* at that time is the respective working version for the analysis. In some cases, there may have been constitutional amendments that were not yet processed by the *Comparative Constitute Project* at the time of document collection and thus were not yet included in the version used.

translation process. Due to the aforementioned assumptions, the analysis includes 27 countries that were members of the European Union in September 2017⁵⁹. Four different coders examined the corresponding constitutional documents under the guidance of a codebook developed for this purpose. This codebook mainly contains variables on religion and national identity in constitutional documents, as well as variables on macro information (such as the year of constitutional enactment).

The variables on formal citizenship stem from the block on national identity. According to the basic principles of citizenship (for instance Isin, 2009; Shachar, 2012), the analysis includes variables on citizenship by birth, by ancestry and by naturalization. These aspects aim at the *acquisition of citizenship*. In addition, the regulation of dual citizenship, the revoking of citizenship and the possibility of extradition operationalize the *stability of citizenship*. Thus, the concept of constitutionally regulated, formal citizenship consists of regulations on acquisition and stability of citizenship. All variables are nominally scaled with the values (0) 'no regulation/no reference', (1) 'reference to regulations external law', (2) 'not possible' and (3) 'possible/possible under certain conditions'.

Before focusing on the results, it should be explicitly emphasized that the generation and analysis of the constitutional data is a strictly text-based sociological perspective⁶⁰ on constitutional regulations as social phenomenon (Cotterrell, 1998). *It is therefore explicitly not a matter of a jurisprudential understanding and interpretation of the constitutional contents.* A jurisprudential interpretation of the constitutions with respect to their regulations of formal citizenship may lead to different results due to different approaches, different perspectives and different focuses. The aim is a *sociological examination* of constitutions as empirical data under the essential assumption that the constitutional content and nature of the formulations provide information about the normative framework of societies and their resulting social order – in this case

⁵⁹ Austria, Belgium, Bulgaria, Croatia, Cyprus, Czech Republic, Denmark, Estonia, Finland, France, Germany, Greece, Hungary, Ireland, Italy, Latvia, Lithuania, Luxembourg, Malta, Netherlands, Poland, Portugal, Romania, Slovakia, Slovenia, Spain and Sweden. Great Britain is not included, as it does not have a codified constitution.

⁶⁰ Although a multidimensional analytical approach such as that developed and applied by Witte and Bucholtz (2017) is highly plausible and the combination of a legal and cultural-sociological approach can, for instance, provide insights into the relationship between constitutional content and constitutional reality, such an approach would go beyond the scope of this work if all EU member states were to be compared.

about the mechanisms of formal inclusion and exclusion. Moreover, the analysis of the formal dimension of constitutional content *does not allow conclusions to be drawn about its ontological qualities* (Loewenstein, 1969, p. 154). The aspects of formal citizenship presented here therefore do not provide any information about the implementation in ‘reality’ by the political processes, focusing instead on its formal dimension to describe if and how the legal systems address people as citizens.

Results

The variables relating to formal citizenship are distributed very differently in the examined constitutions, as shown by the number of constitutions that contain the different dimensions of constitutional citizenship regulations (see Table 4.2- 1). The table shows the counting of the different forms of constitutional regulations (no regulations/ external law/ not possible/ possible) across the different dimensions of citizenship (by birth/ by ancestors/ by naturalization/ dual/ revoking/ extradition).

Table 4.2- 1. Number of European constitutions regulating the different dimensions of formal citizenship (N=27).

		n			
		no regulations	external law	not possible	possible
Citizenship	by birth	16	5	1	5
	by ancestors	20	0	0	7
	by naturalization	22	4	0	1
	dual	20	4	1	2
	revoking	9	8	1	9
	extradition	7	6	1	13

One obvious result seems to be that – on the one hand – European constitutions do not provide citizenship regulations self-evidently: many constitutions (up to 22 for “citizenship by naturalization”) contain no reference to the relevant citizenship dimension. In addition, a considerable proportion (up to 8 for the dimension of “revoking citizenship”) of constitutions refers to regulations in external law. Since the present study cannot consider the content and details how external law organizes citizenship in these cases, this does not mean, of course, that those countries do not regulate formal membership at all. It only shows that the different forms of citizenship regulations are not constitutionally regulated by default.

The second fundamental finding is that, on the other hand, European constitutions address all the dimension mentioned before at least partially. The strongest contrast can be observed in the explicit constitutional regulation of citizenship by naturalization and the (im)possible extradition from state territory: while the former is regulated in only one of the constitutions examined here, the regulation of extradition is explicitly formulated in 14 constitutions (impossible and possible).

The country-specific proportions of the constitutional forms of citizenship arrangements ("no arrangement", "external law", "not possible", "possible") differ to such an extent that it is hardly possible to systematically describe meaningful groups of countries with regard to the constitutional arrangement of citizenship⁶¹. Nevertheless, a rough descriptive classification helps to depict the countries studied, supported by examples of wording from the constitutions.

The large number of constitutions without any references to the various citizenship regulations culminates in those cases which do not have any constitutional reference to citizenship at all. For the European context, it concerns Denmark, France and Luxembourg.

Austria, Belgium, Germany, Greece and the Netherlands contain either no regulation for some of the discussed citizenship dimensions or refer to regulations in external law. For instance, the Dutch Constitution expresses that "Dutch nationality", the "admission and expulsion of aliens" and "extradition" are regulated "by Act of Parliament" (Netherlands' Constitution, 1815 [rev. 2008], art. 2). Here, one can exemplarily see the reference to some citizenship regulations, but without being able to evaluate the content since it is laid down in separate laws.

Estonia, Finland, Malta, Portugal, Romania and Spain have some additional constitutional formulations which allow certain citizenship regulations, partly under certain conditions. The Finnish Constitution is an illustrative example of generally allowing citizenship by birth and prohibiting the release of Finnish citizenship, while simultaneously referring to external law providing details and conditions: "A child acquires Finnish citizenship at birth and through the citizenship of its parents, as provided in more detail by an Act. Citizenship may also be granted upon notification or application, subject to the criteria determined by an Act. No one can be divested of or released from his or her Finnish citizenship except on grounds determined by

⁶¹ Appendix 4.2-1 gives an overview about the country specific distribution of the different forms of citizenship regulations in European constitutions.

an Act and only if he or she is in possession of or will be granted the citizenship of another State.” (Finland’s Constitution, 1999 [rev. 2011], art. 5).

Croatia, Cyprus, Czech Republic, Hungary, Italy, Latvia, Poland, Slovakia and Slovenia do regulate some of the relevant dimensions of citizenship, but without referring to details in external law.

Ireland and Lithuania are the only countries in Europe offering all forms of citizenship regulations: they do not regulate all dimensions of citizenship examined in this study, but do have references to external law, enabling some citizenship regulations and additionally have provisions for impossibilities. For instance, the Irish Constitution generally provides regulations for citizenship by birth, but also contains formulations restricting this dimension: “Notwithstanding any other provision of this Constitution, a person born in the island of Ireland, which includes its islands and seas, who does not have, at the time of the birth of that person, at least one parent who is an Irish citizen or entitled to be an Irish citizen is not entitled to Irish citizenship or nationality, unless provided for by law.” (Ireland’s Constitution, 1937 [rev. 2015], art. 9.2).

The Bulgarian and the Swedish cases are exceptional within the scope of this investigation: Bulgaria as it refers to every analyzed dimension of citizenship in its constitution – either by relating to external law or by immediately regulating it. On the other hand, the Swedish Constitution only contains negative regulations concerning the deprivation of citizenship and the extradition of citizens: “No Swedish citizen may be deported from or refused entry into the Realm. No Swedish citizen who is domiciled in the Realm or who has previously been domiciled in the Realm may be deprived of his or her citizenship. (...)” (Sweden’s Constitution, 1974 [rev. 2012], ch.2, part2, art. 7).

Discussing the results and considering Luhmann’s ideas on the concept of inclusion again, it can be stated that on the national level, only few cases across Europe constitutionally address people as citizens by and for the legal system. In cases where either no reference at all is made on citizenship regulations or only reference is just to regulations or regulatory details in external law, nothing can be said about the country-specific concept of formal inclusion of persons as citizens. Those countries which constitutionally address people as citizens in and by their legal systems, do have a comparatively stable concept of formal inclusion since constitutions are stabilized and stabilizing institutions on the national level. Nevertheless, if one recalls the overall impression of the ‘regulatory intensity’ of the analyzed dimensions of citizenship, the impression remains that formal

inclusion by the constitutional addressing of people as citizens is not self-evident for European countries. Constitutionally guaranteed formal inclusion as citizen is the exception, not the rule. This has far-reaching consequences for the individual actor: speaking with Luhmann (1995), the very cautiously formalized inclusion into the legal system on the national level indicates that inclusion into other dependent subsystems of society is only (conditionally) guaranteed in very few cases. Hence, on individual level, social and political participation is not automatically determined by the constitutional regulation of formal membership. One reason for these findings might be that constitutions are more stable concepts than other acts and laws of subordinate character. Considering that *citizenship is in flux* in content and over time, constitutions might not be the best institution to capture the necessary dynamics of this concept. Therefore, it is questionable how secure the concept of citizenship is on the constitutional level. Nevertheless, the formal dimension of citizenship is still one important dimension of many, and constitutions are highly relevant legal institutions that are comparable in the international context. Thus, the formal dimension of citizenship illustrated by this contribution could serve as a starting point for further perspectives on the concept of citizenship, its critique and analysis.

Conclusion

Citizenship in flux – this idea affects many different dimensions of a highly complex concept. One dimension is the possible shift from a national to an international or transnational citizenship, considering for instance the aspirations towards European citizenship. However, even this format refers to the nation-state, as can be seen from the formulation in the Amsterdam Treaty (see introduction). Affecting the formal level of citizenship, the focus on the nation-state remains indispensable. Thus, this article deals with the question of the constitutional regulation of formal citizenship on the national level.

Luhmann's systems-theoretical perspective on inclusion/exclusion serves as a theoretical introduction. For the conceptualization of formal citizenship, the legal system constitutionally addresses persons as relevant. By an explorative, quantitative content analysis of constitutional documents across the European member states, the formal dimensions of citizenship are illustrated. However, the constitutional analysis reconstructing formal citizenship presents *one of several fundamental pillars* of the multidimensional concept of citizenship. Of course, the focus on *formal citizenship* goes hand in hand with the limitation of the perspective

on the legal status as a citizen and ignores other dimensions for analytical purposes, such as acts and habitus of citizens (Isin, 2009). It is also strictly limited to the abstract level of constitutional law and cannot take into account the constitutional reality: whether the constitutionally formulated inclusion by granting formal citizenship status leads to the enabling of the associated rights (and duties) in political realities remains outside the scope of this analysis. At the same time, the study of formal citizenship status on the constitutional level contributes to setting the framework for differentiating between different ideal-types⁶² of democratic citizen(ship) on the individual level. Consequently, they are highly relevant social institutions for the analysis of the foundation for social and political fragmentation.

Overall, the results can be summarized as follows: First, based on the constitutional data, it can be shown that formalized membership via constitutionally organized citizenship to a state does not follow uniform trends in all its facets. Second, formal inclusion and exclusion are – also on constitutional level – two dimensions that go hand in hand. Third, citizenship seems to be a fluid, dynamic political construction that is only minutely finalized in constitutions. The impression suggests itself that citizenship is a very dynamic mechanism of inclusion and exclusion, which is why constitutions serve as too stable constructs to capture this important aspect of modern societies in its formal-legal dimension. Nevertheless, constitutions are important empirical data when it comes on the regulations of formal membership on the national level: they show that the legal (here: constitutional) regulation of citizenship seems to be a highly complex process, even for modern societies.

The results of this contribution can be followed up by various discussions. First of all, the question arises almost automatically as to the possible implications for political and social science research on democracy and globalization. What does it mean for the democratic process of modern societies if citizenship on the nation-state level is a dynamic construct? Is citizenship still a promising factor for the future in times of globalizing societies? Is an international concept of citizenship suitable for intrastate political processes? The question of the rights and duties associated with constitutionally regulated citizenship is also relevant regarding the perspective of constructing societies. Last but not least, the formal and thus legal

⁶² The assumed ideal-types of democratic citizen(ship) are to be found in the introduction of this volume (Bayer et al., this volume).

dimension of citizenship can be complemented, challenged and criticized by other highly relevant dimensions, as for instance the acts and habitus of citizenship (Isin, 2009). This volume provides answers to some of the questions finally raised here. In addition, however, it becomes apparent that citizenship as a political and social concept is not only a historical variable but continues to be not uniformly organized in international comparison, which means that questions of the domestic and international organization of formal membership will continue to arise in the future.

References

- Baraldi, C., Corsi, G., & Esposito, E. (1997). *GLU: Glossar zu Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme*. Suhrkamp.
- Bauböck, R. (Ed.). (2019). *Debating European Citizenship*. Springer International Publishing. <https://doi.org/10.1007/978-3-319-89905-3>
- Blaustein, A. P. (1994). *Framing the Modern Constitution: A Checklist*. FB Rothman.
- Cotterrell, R. (1998). Why Must Legal Ideas Be Interpreted Sociologically? *Journal of Law and Society*, 25(2), 171–192. <https://doi.org/10.1111/1467-6478.00086>
- Elkins, Z., Ginsburg, T., & Melton, J. (2009). *The Endurance of National Constitutions*. Cambridge University Press.
- Elkins, Z., Melton, J., & Ginsburg, T. (2010). *The Comparative Constitutions Project (CCP)*. <https://comparativeconstitutionsproject.org>
- Treaty on European Union (Consolidated Version), Treaty of Maastricht, https://europa.eu/european-union/sites/europaeu/files/docs/body/treaty_on_european_union_en.pdf (1992). https://europa.eu/european-union/sites/europaeu/files/docs/body/treaty_on_european_union_en.pdf
- Treaty of Amsterdam Amending the Treaty on European Union, The Treaties Establishing the European Communities and Related Acts, <http://www.europarl.europa.eu/topics/treaty/pdf/amst-en.pdf> (1997). <http://www.europarl.europa.eu/topics/treaty/pdf/amst-en.pdf>
- Fahrmeir, A. (2007). *Citizenship: the rise and fall of a modern concept*. Yale University Press.
- Fox, J. (2011). *Religion and State Constitutions Dataset*. <http://www.religionandstate.org/>
- Go, J. (2003). A Globalizing Constitutionalism? Views from the Postcolony, 1945–2000. *International Sociology*, 18(1), 71–95. <https://doi.org/10.1177/0268580903018001005>
- Grey, T. C. (1984). Constitutions as Scripture. *Stanford Law Review*, 37(1), 1–25.

- Heintz, B., & Schnabel, A. (2006). Verfassungen als Spiegel globaler Normen? *KZfSS Kölner Zeitschrift Für Soziologie Und Sozialpsychologie*, 58(4), 685–716. <https://doi.org/10.1007/s11577-006-0262-5>
- Isin, E. F. (2009). Citizenship in flux: The figure of the activist citizen. *Subjectivity*, 29(1), 367–388. <https://doi.org/10.1057/sub.2009.25>
- Jacobs, F. G. (2007). Citizenship of the European Union - A legal analysis. *EUROPEAN LAW JOURNAL*, 13(5), 591–610.
- Kymlicka, W., & Norman, W. (1994). Return of the Citizen: A Survey of Recent Work on Citizenship Theory. *Ethics*(104), 352–381.
- Loewenstein, K. (1969). *Verfassungslehre* (2., durch einen Nachtrag auf den Stand vob 1969 gebrachte Auflage). Mohr (Siebeck).
- Luhmann, N. (1995). *Soziologische Aufklärung 6. Die Soziologie und der Mensch*. Westdeutscher Verlag GmbH.
- Parsons, T. (1964). *Beiträge zur soziologischen Theorie*. Luchterhand.
- Schinkel, W. (2010). The Virtualization of Citizenship. *Critical Sociology*, 36(2), 265–283. <https://doi.org/10.1177/0896920509357506>
- Schnabel, A., Behrens, K., & Grötsch, F. (2017). Religion in European constitutions – cases of different secularities. *European Societies*, 19(5), 551–579. <https://doi.org/10.1080/14616696.2017.1334946>
- Shachar, A. (2012). Citizenship. In M. Rosenfeld & A. Sajo (Eds.), *The Oxford Handbook of Comparative Constitutional Law* (pp. 1002–1019). Oxford University Press.
- Shaw, J. (2019). EU citizenship: Still a Fundamental Status? In R. Bauböck (Ed.), *Debating European Citizenship* (pp. 1–17). Springer International Publishing.
- Staeheli, L. A. (1999). Globalization and the Scales of Citizenship. *Geography Research Forum*(19), 60–77.
- Tschentscher, A. (2011). Comparing Constitutions and International Constitutional Law: A Primer. *University of Chicago Public Law & Legal Theory Working Paper No. 331*(February), 1–15. <https://doi.org/10.2139/ssrn.1502125>
- Witte, D., & Bucholc, M. (2017). Verfassungssoziologie als Rechtskulturvergleich. *Zeitschrift Für Rechtssoziologie*, 37(2), 711. <https://doi.org/10.1515/zfrs-2017-0016>

Source:

Schnabel, A., Behrens, K., Hönes, L., Beyer, H. (2020): Religion and Nation in
Constitutions Worldwide (RNCw) (Version: 1.0.0), DOI:
<https://doi.org/10.7802/1991>

.

Appendix

Appendix 4.2-1. Country-specific distribution of different forms of citizenship regulations in European constitutions.

country	no regulations/ no reference	reference to regulations in external law	not possible	possible/ under certain conditions
Austria	5	1	0	0
Belgium	5	1	0	0
Bulgaria	0	1	0	5
Croatia	4	0	0	2
Cyprus	4	0	0	2
Czech Republic	5	0	0	1
Denmark	6	0	0	0
Estonia	1	3	0	2
Finland	1	2	0	3
France	6	0	0	0
Germany	2	4	0	0
Greece	2	4	0	0
Hungary	2	0	0	4
Ireland	2	2	1	1
Italy	4	0	0	2
Latvia	4	0	0	2
Lithuania	2	2	1	1
Luxembourg	6	0	0	0
Malta	1	2	0	3
Netherlands	5	1	0	0
Poland	3	0	0	3
Portugal	4	1	0	1
Romania	3	2	0	1
Slovakia	5	0	0	1
Slovenia	5	0	0	1
Spain	3	1	0	2
Sweden	4	0	2	0

4.3. The Legal Interpellation of Citizens

Behrens, K. (2020 [under review]). *The Legal Interpellation of Citizens - A Constitutional Analysis*. *Zeitschrift Für Rechtssoziologie*.

The Legal Interpellation of Citizens – A Constitutional Analysis

In recent years, the concept of national citizenship has been repeatedly challenged by political and academic debate. Discourses have emerged on the relationship between globalisation and citizenship (e.g. Bauböck, 2019), emigration and citizenship (e.g. Barry & Kim, 2006) or on European citizenship (e.g. Isin & Saward, 2015). They all lead to different forms of post-national citizenship in the contemporary world (see Urry, p. 315). Most of these current works on citizenship focus on the political implications and/or conditions of citizenship. In contrast, the actual process of *becoming a legal subject named 'citizen'*⁶³ is rarely examined in detail. A profound sociological debate on citizenship, however, requires a deep understanding of that very legal moment, since it enables the study of the different levels of the social. Therefore, the aim of this paper is first to answer the question of how unspecified persons *legally become formal citizen subjects* and thereby formal members of a particular political entity. Secondly, it is a question of whether constitutions as social institutions have the function of formally transforming people into these legal subjects. Finally, some *primary consequences* of this legal construction of citizen subjects are considered. To this end, the article combines the theoretical foundation of the sociological theory of interpellation with the empirical data on formal citizenship from national constitutional documents.

A core dimension of citizenship is the exclusive formal belonging to a particular political entity: the nation state (Cohen, 1999, p. 248). In this line, Fahrmeir (2007) defines *formal citizenship* as “*the legal definition of a close relationship between individuals and one state, usually documented in passports or other citizenship certificates*. Formal citizenship [is] (...) a way of defining groups entitled to particular rights” [emphasis by author] (Fahrmeir, 2007, p. 2). Brubaker states that “[e]very modern state defines its citizens positively, in accordance with explicit,

⁶³ When this text speaks of ‘legal’, it always refers to the formal dimension of the constitution as written institution and never to the extensive legal system of a society with additional legal sources. Additionally, the expression ‘*becoming a legal subject called 'citizen'*’ does not address the equally complex administrative process of naturalization. It is about the intraconstitutional construction of the subject category ‘citizen’ and therefore addresses the formal dimension.

formally articulated criteria, and its noncitizens residually” (Brubaker, 1992, p. 29), which has many implications. For instance, formal membership of a nation state – characterised by the status as citizen – determines (potentially) whether one is protected by a welfare system, whether one is legally capable of social and political participation, whether one enjoys economic privileges, and last but not least, whether social integration has a chance of success. Finally, in a socio-psychological dimension, formal membership as citizen is an offer of individual identity in that it defines the individual's belonging to a community. The formal definition of membership is laid down by a legal procedure and legitimised by a formal procedure on national level: “A nation’s constitution [...] constitutes a nation’s people, in the sense that it ratifies – and perhaps ossifies – the identification of a demos [...] with a state” (Tushnet, 2012, p. 219). To this end, national constitutions are the most basic legal instruments that are intended to regulate both formal membership and the fundamental rights and duties associated with it as they include “all rules which define the members of the sovereign power, all rules which regulate the relation of such members to each other, or which determine the mode in which the sovereign power, or the members thereof, exercise their authority” (Dicey, 1982 [1885], p. cxi). These legal rules are of special power as they are “claiming precedence over other rules and principles” (Tschentscher, 2011, pp. 3–4). Constitutions are therefore one way of constructing the category of citizens and granting them certain rights, freedoms and duties which, by virtue of their status, associate them in a special way with the State. In this way, the legal regulation of formal citizenship in national constitutions contributes to the stabilisation of social borders by creating and securing barriers to individual and collective participation in society. Constitutions are therefore among the most central legal institutions capable of defining and stabilizing the social order by placing the state and its governmental institutions in relation to its citizens.

In order to address the formal construction of citizens both theoretically and empirically, the first part of this article deals with the conception of citizenship and, in a second step, uses Louis Althusser’s (1971) theory of interpellation to clarify the legal construction of citizens. Emphasizing the *legal interpellation of formal citizen subjects*, the empirical part focuses on the analysis of constitutional documents. In an explorative, primarily quantitative analysis of 41 worldwide constitutional documents, the construction of the legal citizen subject through constitutional interpellation is explored. The last section shows the consequences

of the legal interpellation of citizens by constitutions in the form of rights and duties associated with the status as citizen. Finally, the findings of this article are discussed. With this structure, this article follows an inductive rather than a hypothesis testing structure, using the interpellation theory as the theoretical framework for the analysis of constitutional documents.

So far, the legal construction of citizen subjects has not been examined by social sciences from the perspective of interpellation theory⁶⁴. Moreover, the material of constitutional documents is not a common data basis in sociological research. Hence, this study presents an innovative cross-national comparison of the legal construction and qualification of a particular subject category and its implications for the constitutional stabilisation of social inclusion and exclusion due to status-associated rights, freedoms and duties.

Theories on Citizenship and the (Legal) Interpellation

Topics of recent scientific research on (modern) citizenship are multifaceted. They deal with, for instance, citizenship and migration (Bauböck, 2006), conceptions and their challenges of modern citizenship (Clarke et al., 2014), citizenship in flux (Isin, 2009) and questions of trans- or international citizenship (Isin, 2015; Isin & Saward, 2015; Jacobs, 2007; Staeheli, 1999). Despite the efforts and attempts to conceive of citizenship beyond the nation state, the latter still seems to be the central focus of social science research: Since “[e]very modern state formally defines its citizenry” (Brubaker, 1992, p. 21), citizenship seem to be a universalist principle of modernity on national level. Nationally regulated citizenship is the provision of a specific subject status for a certain group of persons, which expresses the formal membership to a political community, resulting in concrete rights and duties (for instance Brubaker, 1992; Smith, 2002). These rights and obligations form a region of “legal equality” (Brubaker, 1992, p. 21). The legally described citizenry requires a “juridical procedure” (Butler & Spivak, 2007, p. 22) to be established and legitimised. It follows that citizenship is not an ontological matter, but that its construction is an artificial and even formalised process of juridical status: people are not naturally born as specific

⁶⁴ An exception is the article of political science by Bassel (2008), which deals with transformation by the interpellation of female refugees as citizens. Her paper deals in particular with the processes of claim-making and the relevant power relations, while this article refers to the legal interpellation of citizens in principle by the national constitution.

citizens but are formally and legally assigned this specific subject status. In this way, unspecific people become concrete persons whose status has consequences for the conditions of their lives: Citizenship equalises all subjects with status as citizen (e.g. Brubaker, 1992; Janoski & Gran, 2002) and also forms a defined relation between citizen subjects and the state Subject, in which a promise of loyalty by the citizen subjects is exchanged for protection by the state Subject.

From a sociological perspective, various questions arise: What does it mean to *be a citizen*? How do people legally *become* a citizen? How is the status as citizen juridically assigned? And which *consequences* are bound to the status as citizen? Theories on citizenship and interpellation might give answers to these questions.

Citizenship and its consequences

Formal citizenship can be understood as the formal integration of individuals into society and thereby contributes to its social order⁶⁵. Even if citizenship has its pre-modern precursors, the modern form of citizenship as political concept is established since the proclamation the rights of men and of the citizens in the context of the French Revolution as well as in the founding documents of the United States of America. In both ancient and modern times, citizenship refers to the status of a person with rights (see for instance Smith, 2002, p. 105)⁶⁶.

Citizenship as sociological and political concept contains primarily three interdependent elements: Cohen (1999) summarises established literature on citizenship identifying citizenship as

political principle of democracy that involves participation in deliberating and decision-making by political equals for a body politic; citizenship as a *juridical status of legal personhood* that carries a set of legally specified rights including the all-important ability of the legal subject to sue in court and to claim the state's protection; and citizenship as a *form of membership* in an exclusive category that forms the basis of a special tie and affords a social status and a pole of identification that can itself become a rather thick and important identity able to generate solidarity, civic virtue and engagement
[emphasis in original] (Cohen, 1999, p. 248)

⁶⁵ For the historical development of the term 'citizen' see for example Turner (1990, 201 ff.).

⁶⁶ Isin and Turner (2002), for instance, offer a comprehensive overview of foundations, histories, approaches and forms of citizenship for deeper insights.

This characterisation is in line with the description of an ideal citizenship, which defines it as the “legally codified equality of the members of a society, their active political participation, their inclusion in society and its exclusion from the outside world” (Mackert, 2006, p. 17 [own translation]).

One of the most established approach on sociological conceptualisation of citizenship originates from T.H. Marshall (1950). Marshall established by his work “Citizenship and Social Class” (Marshall, 1950) a basic approach on citizenship, focusing on the “juridical component but links it to the principle of equality” (Cohen, 1999, p. 251). Marshall’s conceptualisation of citizenship is immediately bound to one of the main *legal consequences of the formal construction of citizenship*: the legal provision of individual rights. Therefore, he differentiates between civil, political and social citizenship and the corresponding results:

The civil element is composed of the rights necessary for individual freedom – liberty of the person, freedom of speech, thought and faith, the right to own property and to conclude valid contracts, and the right to justice. (...) By the political element, I mean the right to participate in the exercise of political power, as a member of a body invested with political authority or an elector of the members of such a body. (...) By the social element I mean the whole range from the right to a modicum of economic welfare and security to the right to share to the full in the social heritage and to live the life of a civilized being according to the standards prevailing in the society
(Marshall, 1950, pp. 10–11)

He argues for an evolutionary process of the corresponding rights: Marshall allocates the modern development of the civil rights to the eighteenth century, the political rights to the nineteenth century while finally the social rights institutionally expanded in the twentieth century (Marshall, 1950, p. 14). Corresponding to the concepts of citizenship, the types of rights do address specific dimensions: “Civil rights concern the liberties of the individual, the political component is the right to participate in the political decision-making process; and social rights refer ultimately to participation in civilised [sic] life” (Turner, 1993, p. 498). Thereby, civil rights reflect the idea of the international human rights regime, whose internationally valid standards are implemented and realised at national level and ensure equality between the members of the community. Political rights provide the possibility of deliberation and articulation of interests within these communities

and social rights ensure the individual capability⁶⁷ to make use of the first two legal regimes.

As this paper is devoted to the examination of the legal construction of citizens as specific category of persons with particular rights, freedoms and duties, the question remains, *how* the category as citizen is legally constructed, hence, *how* unspecific people *become* citizens. Althusser's sociological theory of interpellation offers a theoretical perspective for understanding the legal construction of citizens in constitutional documents.

Interpellation by Ideological State Apparatuses

Louis Althusser can be described as the founding father of interpellation theory⁶⁸. He assumes that the *State Apparatuses* enable and stabilise the reproduction of production relations to force a capitalist ideology. In his famous work "Ideology and Ideological State Apparatuses" (1971) he presents his ideas on how the ideological state apparatuses constitute (citizen) subjects. He distinguishes between *Repressive State Apparatuses* – which include for instance the police and the military – and *Ideological State Apparatuses* (hereinafter referred to as ISA) – which include the educational ISA, the family ISA, the political ISA and also the *legal ISA* (Althusser, 1971, pp. 136–137). According to Althusser, "[w]hat distinguishes the ISAs from the (Repressive) State Apparatus is the following basic difference: the Repressive State Apparatus functions 'by violence', whereas the Ideological State Apparatuses' *function 'by ideology'*" [emphasis in original] (Althusser, 1971, p. 138)⁶⁹. Two essential theses span his definition of ideology:

⁶⁷ For further discussion of the capability approach see Nussbaum (2002).

⁶⁸ Since the focus of the study is on the constitution as a state institution, the use of Althusser's theory of interpellation by a state apparatus is appropriate for the study. Of course, there are other theories on the process of interpellation, which essentially rely on Althusser's theory. For instance, Judith Butler's Butler (1997) ideas on the process of becoming a subject through interpellation are much discussed. But also Copjec, Laclau, Rancière and Žižek deal with interpellation from different perspectives for an overview see for instance Krips (2006). For reasons of space, these perspectives will not be discussed.

⁶⁹ For further information see Althusser (1971, 244 ff.). He emphasizes that both the repressive and ideological state apparatuses use violent and ideological elements. However, the repressive state apparatus is *predominantly* violent whereas the ideological state apparatus is *primarily* of ideological function.

- I. "Ideology represents the imaginary relationship of individuals to their real conditions of existence" (Althusser, 1971, p. 153)
- II. "Ideology has a material existence" (Althusser, 1971, p. 155)

With his first thesis, he supports the imaginary character of any ideology while alluding to reality: what ideology describes as an imaginary notion of reality is a representation of the 'real' conditions of human existence (Althusser, 1971, pp. 153–155). The second thesis refers to the fact that ideology manifests itself in concrete action and thus outlasts applied and abstract social practice (Althusser, 1971, pp. 155–159). These ideas emphasise the enormous importance of the ideological legitimisation of a specific social order: without the ideological justification of status-associated rights and freedoms by a state authority, specific social (living) conditions and the resulting social inequalities are illegitimate. Hence, the state subject ideologically legitimises social order by (legally) constructing subject categories which are each associated with clearly defined rights and freedoms. That leads Althusser to the point, that ideology is "by the subject and for subjects" (Althusser, 1971, p. 160). Here, the principle of *interpellation* first becomes visible. Althusser states that

the category of the subject is constitutive of all ideology, but at the same time and immediately I add that *the category of the subject is only constitutive of all ideology insofar as all ideology has the function (which defines it) of 'constituting' concrete individuals as subjects. (...) I shall say: all ideology hails or interpellates concrete individuals as concrete subjects (...) I shall then suggest that ideology 'acts' or 'functions' in such a way that it 'recruits' subjects among the individuals (it recruits them all), or 'transforms' the individuals into subjects (it transforms them all) by that very precise operation which I have called interpellation or hailing (...)*

[emphasis in original] (Althusser, 1971, p. 160)

Althusser thus drafts a theory which describes the relationship between subject and state via an ideological component. Through the interpellation of the subjects by the ISA (the Subject), the state reproduces their status, which the subjects assume to be natural. Although Althusser supposes that the individual already exists before his/her specific interpellation as subject, an essential characteristic is connected with the subject-interpellation: "the individual *is interpellated as a (free) subject in order that he shall submit freely to the commandments of the Subject, i.e. in order that he shall (freely) accept his subjection (...)*" [emphasis in original] (Althusser, 1971, p. 169). Thus, the interpellated subjects are subject *to the illusion*

that they are free subjects, although they *are interpellated as free subjects by the Subject* and are therefore subject to categorisation by the ISA. According to Althusser, this also means that the hailed subject acknowledges its status (Althusser, 1971, p. 166) (nevertheless, he acknowledges the possibility of mis-recognition or non-recognition). The key to this reciprocal relationship is ideology: an ideology is a bundle of ideas about how social reality should look and what role subjects play in it. Ideology is provided institutionally through ISAs: “Althusser has now brought us to the point where we can determine what ideology is: it is the rituals and institutions (ISAs) of a society, and its function is to interpellate individuals/subjects into its society; that is, to make them members of their society” (Davis, 2012, p. 888).

Regarding the *legal interpellation of citizens and the resulting consequences*, the theories of Marshall and Althusser can now be combined as follows: the juridical status as citizen is the (constitutional) construction of a specific subject category by a state Subject and hence can be interpreted as an interpellation in the sense of Althusser. Therefore, constitutions are part of the legal state apparatuses, which is the most basic ideological authority for the interpellation of citizen subjects. Via the legal state apparatus, subjects are interpellated legally (and therefore formally) as citizens by the constitutional institution of the state Subject. Hence, it determines who is a *formal member* of society. The constitutional regulations, especially those on citizenship, are part of the *ideological source* for the *interpellation of citizens*. These in turn are translated into the (formal possibility of) active social participation and material basis of citizens by formulating *civil, political and social rights* (and obligations) for them. Thus, on the one hand, constitutions in the Althusserian sense are instruments of appeal by the legal state apparatus and thus construct that “imaginary relationship of individuals to their real conditions of existence” (Althusser, 1971, p. 153). But on the other hand they also reflect the social conditions of social participation in the constitutionally formulated rights and duties for (non-)citizens and thereby address the “material existence” (Althusser, 1971, p. 155) of (non-)citizens. This reflects the characterisation of constitutions as an essential component of the ideological state apparatus.

Although the constitution *does not necessarily require those interpellated citizens to take immediate note* of their interpellation, the consequences of the constitution regarding the construction of the formal members still exist. Constitutions are therefore highly important empirical data when it comes to the question of how subjects ‘become’ formal citizens in modern nation-states, how

formal citizenship is shaped in constitutional law, and what consequences these conceptualisations do have in terms of associated rights and duties and the relationships between the Subject (the state) and its subjects (citizens). Fahrmeir's (2007) definition of formal citizenship leads to constitutional documents as empirical source for formal organisation of citizenship and the corresponding rights. Therefore, the first part of the constitutional analysis reconstructs the *legal interpellation of citizens*, while the second part deals with the resulting *consequences in the form of specific rights and duties* associated with the status as citizen.

Constitutions as Ideological Source for Interpellation

Constitutions are a particular mode for setting social norms, which are “put down in writing” (Grey, 1984, p. 15) and legitimised by formal procedures. Today, “in the age of constitutionalism” (Blaustein, 1994, p. v), they are rarely the product of deliberation: as a result of the rationalisation process of modernity, constitutions today are designed by constitutional advisors who offer standards of content and format during the drafting of constitutional documents (Go, 2003). According to Thornhill (2011) a modern constitution is “a gradually evolving and highly variable social phenomenon, extant to different degrees in different societies. Yet it is determined by the fact that, both internally and externally, it creates legal conditions for the use of political power, and it possesses a certain primacy above other elements of the law and the political system” (Thornhill, 2011, p. 12). Hence, Constitutions have legal precedence over other national legal texts and are simultaneously translated and transposed into these same texts, thus making them “institutions grounding institutions” (Schnabel et al., 2017, p. 556). Thereby, constitutions provide the legal context for social order of modern societies as they are the most fundamental legislative document regulating a wide range of social areas: They, for instance, have the authority to define the country specific political environment by setting the basic rules for parliament and administration; they could regulate the relation of the state and other non-governmental institutions; and they also potentially set the conditions for formal citizenship and specify the corresponding rights and duties. As Grey puts it: Constitutions “express an arrangement vastly more complex than those underlying most legal documents: the web of society's basic institutions and ideals” (Grey, 1984, p. 16).

Pursuant to Blaustein (1994), constitutions of modern nation-states (potentially) comprise regulations on citizenship (Blaustein, 1994, p. 3), frequently “acquired by

three modes: *jus sanguinis* (a child inherits citizenship via a parent), *jus soli* (a child inherits citizenship via birth regardless of parentage) or *jus domicili* (a person acquires citizenship by naturalisation in a state other than his or her birth)” [emphasis in original] (Isin, 2009, p. 369; see also for instance Shachar, 2012). These types are the corner stones of the following analysis on formal citizenship, represented by constitutional interpellation.

The Data on Constitutional Citizenship Regulation

The following analysis focuses on specific data resulting from the ‘OnBound-Project’ (#316798296 in the DFG database). The data used for this article deals with the significance of religion and national identities in constitutions around the world. The analysis of constitutional documents was guided by similar approaches that examined different constitutional contents (for instance Fox, 2008; Heintz & Schnabel, 2006; Schnabel et al., 2017). The data is based on the most recent constitutions available in English language⁷⁰. The data involves 41 countries, covering five world regions of Africa, America, Asia, Europe and Oceania (see United Nations - Statistic Division). The first four regions each consist of ten randomly selected countries, while Australia is analysed as a proxy for Oceania⁷¹. This selection of countries ensures international heterogeneity which allows to investigate potential regional particularities.

⁷⁰ The constitutional data was collected in September 2017, provided by the online platform of the *Comparative Constitute Project* Elkins et al. (2010) as English translation. On the one hand, using the English version of the constitutional documents enables us to compare constitutions worldwide. On the other hand, using translated documents has the disadvantage of possibly having to accept consistent language distortion: certain formulations, words or semantic details that would be of great interest for the textual analysis of country-specific documents may have been lost during the translation process from the source language into English.

⁷¹ Africa: Burkina Faso, Ghana, Kenya, Morocco, Nigeria, Rwanda, South-Africa, Tanzania, Tunisia, Zimbabwe; America: Argentina, Brazil, Chile, Colombia, Ecuador, Mexico, Peru, Suriname, USA, Venezuela; Asia: China, India, Indonesia, Japan, Republic of Korea, Malaysia, Philippines, Singapore, Thailand, Viet Nam; Europe: Denmark, France, Georgia, Greece, Ireland, Italy, Netherlands, Portugal, Russia, Sweden. Australia itself is part of the Polynesian part of Oceania. New Zealand cannot be included into the sample as it has no codified constitution. The various island states of Micronesia and Melanesia are not included in the sample since these are states with a very small population, those without a codified constitution or those that are not independent states according to the UN register.

Four different coders examined the corresponding constitutional documents under the guidance of a codebook developed for this purpose⁷². The codification refers only to constitutions, which were available as one consistent document. To ensure the comparability of the documents, no other legal documents, interpretations or annexes were included in the study. The codebook mainly contains variables on religion and national identity in constitutional documents, as well as variables on macro information (such as the year of adoption of the Constitution). The variables on formal citizenship stem from the block on national identity. Specifically, they capture the constitutional regulations on citizenship presented in Table 4.3-1.

Table 4.3-1. Variables on Constitutional Regulations of Citizenship.

Constitutional Regulations of Citizenship		Coding for all Regulations
[a]	citizenship by birth	
[b]	citizenship by ancestors	
[c]	citizenship by naturalisation	0 = no reference at all to [regulation]
[d]	dual citizenship	1 = [regulation] is not possible
[e]	loss of citizenship	2 = [regulation] is regulated in external law
[f]	extradition	3 = [regulation] is possible

The constitutional regulation of formal citizenship can serve as a primary indication of the construction of citizens with the perspective of interpellation theory.

Results on Constitutional Interpellation of Citizens

As introduced with Althusser's idea on interpellation by state apparatuses, constitutions represent the legal ISA, able to hail people as citizens. Although those hailed people will not feel directly addressed, the legal interpellation as citizens via the constitutional regulation is nevertheless consequential. Apart from the idea that legally defined rights and duties determine the living conditions and material existence of citizen subjects, formal citizenship becomes particularly relevant in situations in which these rights are not self-evident but are subject to critical negotiation, for instance in the context of emigration (Barry & Kim, 2006).

⁷² To establish intercoder reliability, the coders compared their coding results. In cases of doubt, the corresponding articles were reviewed to discursively agree on the appropriate code.

Therefore, the most important regulations on formal citizenship at the constitutional level are examined. As all these regulations represent a performative act by the legal ISA to construct the status as citizen, they are worth examination.

Table 4.3-2. Number of Constitutions regulating different Dimensions of Citizenship.

	no reference	external law	not possible	possible
citizenship by birth	21	1	2	17
citizenship by ancestors	24	0	0	17
citizenship by naturalisation	21	3	0	17
dual citizenship	25	4	2	10
loss of citizenship	16	5	4	16
extradition	17	6	4	14

As Table 4.3-2 shows, the constitutional regulations of formal citizenship allows various conclusions to be drawn: first of all, a surprisingly large number of constitutions contain no regulations on the respective dimensions of formal citizenship ⁷³. In addition, for almost every dimension there are references to citizenship regulations in external law. Since these additional, external legal documents are not part of this study, no statement can be made about the quality and quantity of the extraconstitutional citizenship regulations. The fact that there are many constitutional references to subordinate law suggests that constitutions might be too stable institutions to legally define formal citizenship. This could mean that formal citizenship in modern societies is a volatile product of ongoing and recurrent negotiation processes and that its formalisation requires a certain flexibility. Since constitutions are comparatively stable institutions (cf. Elkins et al., 2009), it is reasonable to assume that the formalization of citizenship in subordinate law is guaranteed a higher degree of adaptability. On the other hand, due to its supremacy (Tschentscher, 2011), the constitution do have a particularly performative effect, which strengthens the relevance of existing findings.

Besides the discussion about references to external law, intraconstitutional citizenship regulations mainly express the conditions for being interpellated as citizen, whereas the rejection is less frequently regulated. This in turn allows to

⁷³ No further results on regional differences are reported here, as the single factor variance analysis does not show significant results regarding the mean value comparisons between the groups. Australia is excluded from the mean variance analysis due to the single proxy status for Oceania.

refer to the positive definition of citizenship (Brubaker, 1992), which mainly consists of regulations on formal citizenship by birth and by ancestors:

- [a] *Citizenship by birth*: 17 of the constitutions examined provide regulations for formal citizenship by birth on state territory. For instance, the Brazilian Constitution contains the following regulation: “Brazilians are: I. by birth: a. those born in the Federative Republic of Brazil, even though of foreign parents, provided that they are not in the service of their country; (...)” (Brazil’s Constitution, 1988 [rev. 2015], art. 12.I).
- [b] *Citizenship by ancestors*: Also 17 of the analysed constitutions grant citizenship by ancestry, usually through at least one parent. In addition to the Brazilian case from (a), the Philippine Constitution also defines, for instance, that citizens of the Philippines are all those “whose fathers or mothers are citizens of the Philippines; (...)” (Philippine’s Constitution, 1987, art. IV., Sec1.2).

Constitutionally regulated citizenship by birth and by ancestry seem to be the most basic forms of becoming formal member to a state by the interpellation of the ISA. Here, the possibility of ‘non-perception’ of being interpellated becomes exemplarily clear, since the constitutionally hailed person (the new born child) cannot immediately recognise his or her interpellation as a citizen. Nevertheless, this interpellation can be of enormous importance, for example in direct access to the health care system. This form of citizen-construction is of an ambivalent character: on the one hand, the supposed quasi-naturalness suggests an apparently automatic process of constructing citizenship, but at the same time it is almost invisible in everyday social life due to its self-evidence in the administrative process – at least at the very precise moment the interpellation becomes effective.

- [c] *Citizenship by naturalisation*: The Mexican Constitution is one of those 17 documents which do contain specific regulations of citizenship by naturalisation: “The Mexicans by naturalisation are: I. Those aliens who obtain a naturalisation card from the Department of Foreign Affairs. II. Any foreign woman or man who marries a Mexican man or woman and establishes residence inside the Mexican territory, provided that foreigner complies with the other requirements set forth by the law for that purpose” (Mexico’s Constitution, 1917 [rev. 2015], art. 30.B).

Citizenship through naturalisation differs from the first two concepts in a very important point. In this case, the administrative process, guided by the legal ISA, is (usually) a conscious act of naturalisation for the person concerned, combined with forms, administrative procedures and possibly naturalisation examinations. According to Althusser, the ISA *transforms* non-members to official citizens by its administrative procedures, which are formulated in the constitutional interpellation. The actors called upon here are jointly associated with the unspecific category 'aliens' and in this context are visible as such – and not as formal members. However, the category of 'aliens' remains undefined. Thus, a further ambivalence of the interpellation as a citizen becomes visible: although one goal of formal membership is social inclusion by participation, the manifested boundaries between non-members and formal members become visible and reproduced through the interpellation as a citizen.

- [d] *Dual citizenship*: Kenya is one of the countries (n=10) including constitutional regulations on dual citizenship. Art. 16 states: "A citizen by birth does not lose citizenship by acquiring the citizenship of another country" (Kenya's Constitution, 2010, art. 16).

Dual citizenship is the least regulated citizenship dimension at the constitutional level. Nevertheless, it also has a special value: although the expression of the Kenyan constitution refers to citizens by birth, it still stabilises the interpellation by the ISA. The interpellated members of their own community do not lose their status, even though they are interpellated as citizens by a *foreign* ISA. Thereby, the ISA underlines the constitutionally guaranteed stability of citizenship status.

- [e] *Losing citizenship*: Deprivation of citizenship is enabled by 16 constitutions. The Peruvian case illustrates a special formulation: "Exercise of citizenship may be suspended by: 1. Judicial interdiction. 2. Sentence of imprisonment. 3. Sentence of disqualification from political rights" (Peru's Constitution, 1993 [rev. 2009], art. 33).
- [f] *Possibility for extradition*: In 14 cases, the state's right to extradition is also frequently implemented in constitutional documents. Often, however, certain conditions apply, as the Italian constitution makes clear: "Extradition of a citizen may be granted only if it is expressly envisaged by international conventions. In any case, extradition may not be permitted for political offences" (Italy's Constitution, 1947 [rev. 2012], art. 26).

Revoking citizenship and the possibility for extradition also shape the stability of the constitutional interpellation as citizen. By directly referring to additional authority – for instance the juridical system itself or international conventions – the ISA underlines its ambivalent power to hail people as citizens on the one hand and its power to disqualify the status as citizen on the other. The state Subject thus not only has fundamental sovereignty to define (non-)citizens; in the cases just described, this even means explicit exclusion from the political community. This again refers to Althusser's articulated asymmetrical relation between the ISA and the individual actors.

Overall, the constitutional analysis shows different results regarding the legal interpellation of individual actors as citizens. Referring back to Althusser's (1971) theory on interpellation, constitutions are institutions that are part of the *legal Ideological State Apparatus*. The constitutional expression of formal membership can therefore be interpreted as the *legal interpellation* of citizen subjects by the ISA and transforms individuals into citizens (Althusser, 1971), making them "members of their society" (Davis, 2012, p. 888). The specific constitutional regulations of citizenship are the particular *constructions* of citizen subjects (without the necessity of their immediate notification).

The descriptive analysis shows that unexpectedly many constitutions contain *no reference* to citizenship, although they represent the most basic legal documents for the possibility of a legal interpellation of state subjects. Nevertheless, the existing references of legal interpellation of citizens show ambivalent impressions: on the one hand, there are examples of unconditional interpellation of citizens, for instance by birth on state territory. On the other hand, there are conditions for achieving formal membership, for instance through certain administrative processes – which is a conditioned interpellation of citizen subjects. In addition, the examples clearly show that the legal interpellation of citizens is of an inclusive character, but at the same time excludes all those who are not hailed as citizens by leaving the gap of not defining the non-citizens. The undefined, vague category of non-citizens therefore refers to all these categories of persons that are not constitutionally interpellated as citizens.

These findings might be underlined by the granting or rejection of certain rights and duties, which are also regulated in constitutional documents and immediately linked to the citizenship status.

Results on the Consequences of the Constitutional Interpellation as Citizen

Following Marshall's (1950) ideas on citizenship, specific rights are the direct consequence of formal membership of the political and social community of a nation-state. Although his theory has been criticised⁷⁴ (e.g. for an overview Turner, 1990), it serves as a scheme for the analysis of constitutional documents. Table 4.3-3 gives an overview of the rights (and obligations) formulated in the examined constitutions, as well as their categorisation into a scheme of rights according to Marshall's theory.

Table 4.3-3. Overview of Constitutional Rights and Duties.

civil rights	legal counsel speedy trial fair trial public trial property assembly information/correspondence life personality economic activity defending fatherland	movement privacy expression/opinion/speech academic freedom safety of personal data national/personal identity freedom/inviolability/dignity religious freedom freedom of opinion/thought/conscience happiness
political rights	vote eligibility petitions criticise the state/resistance	political parties demonstrate associate/unionise/trade unions
social rights	work strike leisure health education	culture social security equal pay protection of/healthy environment welfare (unemployment, disabled, elderly)
duties	defending fatherland taxation education observing constitution/law	work vote raising children/family planning safeguard the nation

⁷⁴ The critiques refer, for example, to his idea that citizenship would develop in an evolutionary process and that the resulting rights outlined by him are formulated too heterogeneously and do not do justice to their respective historical conditions of origin. Also, according to his critics, the assumed irreversibility of civil rights does not do justice to historical developments either. Although these exemplary points of criticism can certainly be discussed, they are not addressed further due to the schematic application of his concept and the limited scope of this article. However, a successful overview is offered by Turner (1990).

The clear imbalance between the number of civil and the political and social rights is obviously striking. This is not surprising, however, since the civil element has been served as a foundation of personal liberty and individual freedoms for the further development of political and social rights (Marshall, 1950). Now the question remains as to the extent to which the examined constitutions depict these types of rights and how they are related to the legal interpellation as citizens⁷⁵.

In this context, it is first of all remarkable that three different references to relevant categories of persons can be found with regard to the constitutional granting of rights and the formulation of duties: the granting of civil, political as well as social rights and the imposition of duties is – in some cases – explicitly *restricted* for certain categories of persons or refers either to *citizens* or to *everyone*⁷⁶. For instance, the Irish constitution expresses that the “State guarantees liberty for the exercise of the following rights, subject to public order and morality: i. The right of the citizens to express freely their convictions and opinions. (...) ii. The right of the citizens to assemble peaceably and without arms. (...) iii. The right of the citizens to form associations and unions. (...)” (Ireland’s Constitution, 1937 [rev. 2015], art. 40.6.1). In this case, these specific aspects of civil rights are granted for those people referred to as citizens. Restricted access to rights can exemplarily be seen in the Thai Constitution: it regulates, that specific persons “are prohibited from exercising the right to stand for election in an election of Members of the House of Representatives” (Thailand’s Constitution, 2017, art. 98), namely persons who are “addicted to narcotics”, who are “bankrupt or having been dishonestly bankrupt”, who are “a member of a local assembly or a local administrator” (Thailand’s Constitution, 2017, art. 98.1, 98.2 & 98.13) and so on. Rights for everyone are expressed for instance in the Greek Constitution: “The protection of the natural and cultural environment constitutes a duty of the State and a right of every person.” (Greece’s Constitution, 1975 [rev. 2008], art. 24.1). Regarding the constitutional formulation of duties, these differences can also be extracted from the documents. Whereas, for instance, the Chinese Constitution regulates, that it “is the duty of citizens of the People’s Republic of China to pay taxes in accordance with the law.” (Chinese Constitution, 1982 [rev. 2004], art. 56), the Venezuelan constitution

⁷⁵ The results given here must not be interpreted as constitutional reality but are exclusively intra-constitutional text references. Whether and to what extent the articulated rights (and duties) are (can be) enforced is not at issue here.

⁷⁶ This category contains also those formulations of rights and duties which are not specified for a certain group of persons.

arranges that “Everyone has the duty to comply with and obey this Constitution and the laws and other official acts promulgated by the organs of Public Power.” (Venezuela (Bolivarian Republic of)’s Constitution, 1999 [rev. 2009], art. 131). Hence, the constitutional formulation of various rights and duties differ with respect to the category of person concerned. Figure 4.3-1 presents the proportions of constitutionally regulated rights (divided in political, civil and social rights) and duties regarding the relevant categories of persons⁷⁷.

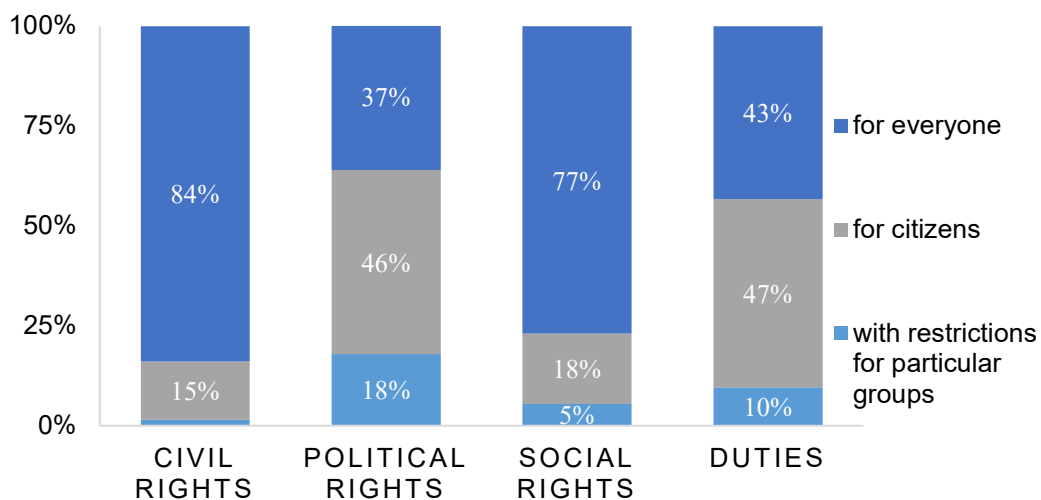


Figure 4.3-1. Proportions of constitutionally regulated (political, civil & social) rights and duties regarding the relevant categories of persons.

The data leads to different observations on the descriptive level: Regarding the constitutional formulation of *civil rights*, the results show that only 2% of all regulations are *restricted* for specific persons and 15% of the regulations are exclusively formulated for *citizens*. The vast majority of constitutional regulations on *civil rights* (84%) are designed for *everyone*⁷⁸. A different picture emerges regarding the formulation of *political rights*. Here, the *restricted* access to rights is

⁷⁷ As there are no significant regional differences for the consequences of formal citizenship in the form of the different dimensions of rights and duties within the framework of the single factor variance analysis, these are also not further reported here. Since no significant regional differences seem to exist either here or in the variables on formal citizenship, this supports the approach of this article not to focus on the historical conditions of the genesis of constitutional documents.

⁷⁸ In a very few cases, the different rights and duties are not related to a specific category of persons. However, as these are absolutely exceptional cases, it is not useful from a descriptive point of view to introduce a separate category for them. For this reason, the wording in these few cases has been coded with the category ‘everyone’.

articulated in more than 18% of the regulations⁷⁹, political rights for *citizens* are guaranteed in 46% of the regulations and in 37% for *everyone*. The formulation of *social rights* is similar to the results of *civil rights*: Only 5% of all formulations on *social rights restrict* their granting, while 18% are reserved for *citizens* and the largest proportion of all relevant formulations of *social rights* (77%) are formulated for *everyone*. In the case of the constitutional regulation of *duties*, the most balanced distribution between *duties* for *citizens* (47%) and duties for *everyone* (43%) is evident, while the *restriction* of certain *duties* is found in only 10% of all formulations.

With reference to the question of the legal interpellation of citizen subjects and the resulting consequences, the ambivalence of the construction of citizens discussed above is also reflected in the resulting rights: The dimension of political rights is predominantly reserved for *citizens*⁸⁰, while most of the civil and social rights articulated in the constitutional data are formulated for *everyone*. This shows that the constitutional granting of rights requires more than one category of subjects: the differentiation in the interpellation between *citizens* and *everyone* constructs subjects of different qualities. The result of this distinction are different relationships between the (state) Subject and the constitutionally interpellated subjects. The quality of the citizen subjects is characterised in particular by their political relation to the state Subject, while the dominant granting of civil and social rights for everyone emphasises above all the civil-bourgeois and social relationship dimension to the state Subject.

On the one hand, these results are somewhat surprising, since the constitutional formulation of 'rights for everyone' concerns a group of people who are not explicitly defined through constitutional interpellation by the legal ISA. 'Everyone' thus remains an unclear constitutional reference and is addressed to a non-specific group of persons, while at the same time granting very precise access to civil and social participation in society. It would have been plausible to assume that the constitutional granting of such specific rights is reserved for citizens, for instance when it comes to social rights depending on government funds, such as the access

⁷⁹ In order not to distort the coding of political rights regarding the formulation of restrictions, restrictions to the right to vote and to the right of eligibility were *not considered* for the 'usual' restriction regarding age and deviant (e.g. criminal) persons.

⁸⁰ Although the difference between rights for citizens and rights for everyone is not particularly great in the case of political rights, it is the only category of rights predominantly articulated for citizens.

to the welfare system. On the other hand, the findings of the constitutional interpellation and the resulting rights are in line with theoretical assumptions presented by Marshall (1950), summarised by Turner (1990): While civil rights strive for the fundamental *equality* of the individuals and social rights reflect the *capability* to exercise the granted rights, political rights refer to deliberation and participation in the political system and thus address the individual actor as a *political actor*. Thus, the realisation of international standards regarding the equality of individuals is limited by state sovereignty with regard to the formulation of political rights: these do not apply to everyone, which would correspond to the claim to equality, but apply to the restricted category of citizens. In this sense, the interpellation as a citizen could be understood as the production of a *political category* of persons and qualifies the members of this specific category with political power. Here the self-reflexivity of constitutions is salient once again: Through the political category of citizens, endowed with political power, the constitution creates a *demos* that is able to shape the constitution through political deliberation processes. Thus, the constitution reflexively confirms itself.

A similar conclusion can be drawn for the constitutionally formulated duties: although the analysis presented here does not distinguish between civil, political and social duties, it shows that citizens and everyone have roughly equal obligations for the community. However, these are grouped differently for the duties examined here. As the detailed results in Appendix 4.3-1 exemplarily show, the duty to defend the fatherland is primarily intended for citizens, whereas compulsory education is in most cases a duty for everyone. Thus, in the context of the constitutional formulation of duties (just as with the rights), different relationships arise between the Subject and its subjects: via the consequences of the constitutional interpellation by the Subject, the legal ISAs, the different subject categories are committed to the community in different ways. On the one hand, the state Subject secures its own existence, for instance through the duty to defend the territory or the duty to participate in the financial budget through tax payments. On the other hand, the state Subject protects itself from the power of its citizen subjects, for example through the obligation to respect the constitution, which shapes the legitimate frame for individual action. At this point, the circular character of subject interpellation and its consequences becomes clear again: the relevant subjects are only constructed through the constitutional interpellation by the Subject – the legal ISA – and in the same institutionalised process committed to this very Subject. These results furthermore underline the self-reflexivity of the

formal-legal institution of constitutions on a more abstract dimension: By means of the citizenship regulations, the constitutions create a *demos*, which in turn legitimises the constitution as a legal contract. Through this reflexive loop, the constitution thus makes itself its own object.

Conclusion

The aim of this paper was to reconstruct the constitutional interpellation of legal subject categories and to work out the resulting consequences for the respective subjects. It therefore explicitly takes a structuralist perspective: the question is how specific institutions such as constitutions define and stabilise specific structures in the sense of subject categories, without explicitly focusing on the individual actors 'behind' the category. According to Althusser (1971), the legal Ideological State Apparatus transforms unspecified people into citizens by legal interpellation. Constitutions can be seen as legal means of interpellation. They constitute not only the individual subject as citizen but also the relationships between these citizen subjects as well as between the citizen subjects and the state Subject. Thereby, those interpellated people become concrete subjects and hence formal members of a political and social entity.

The theoretical introduction was used for analysing constitutional documents of 41 worldwide countries regarding the legal dimensions of formal citizenship and the consequences for the granting of specific rights and duties corresponding to the status as citizen. The study shows on a descriptive level that the legal regulation of formal citizenship contributes to the stabilisation of social boundaries between citizens and non-citizens, in particular by building and securing barriers to political participation.

On a more abstract level, the constitutional act of interpellation leads to different qualities of subject categories, resulting in specific interrelationships between the interpellating Subject and the interpellated subjects: On the one hand, the legal ISA (Althusser, 1971), as the interpellating Subject, constructs a very specific category of subjects – the *citizens*. This act of interpellation relates the state Subject to its citizen subjects in a primarily political sense. On the other hand, in the context of constitutionally formulated rights and duties, the more unspecific subjects are *everyone*. As the civil and social rights are primarily assigned to those subjects, it shapes the relation towards the Subject with a different quality: *everyone* is related to the state Subject in a less political but social sense. These qualities of subject construction lead to social order in a very specific way: First,

the interrelationships between the state Subject and its (non-)citizen subjects are institutionally spanned by the different qualities of subject interpellation in constitutions. Second, this interrelation is of circular character as the Subject originally constructs its subjects by legal interpellation and is simultaneously reliant on their utilisation of their associated rights and duties.

The results presented here on the legal interpellation of citizens' rights could be embedded or shifted into further discussions. Thus, on the one hand, a historical-sociological view would be able to take into account the different path dependencies of the constitutions and to consider the histories of their origin. In this case, a case-specific comparison with a reduced selection of countries would be appropriate. This would allow the origins of the constitutional data – and possibly even changes over time – to be taken into account. If one were to drastically reduce the number of cases, and possibly even work with an individual case analysis, the 'external law' referred to in this paper could also be included in the study. The gain in information would increase considerably for the case under investigation; at least if a country were the object of investigation that does not formulate the interpellation as a citizen in its constitution but refers to 'external law'. On the other hand, a different country sample would also come into consideration for the international comparison made here: for example, an intercontinental comparison would be able to consider region-specific communities of nations which may have common path dependencies in constitutional history.

Overall, in contrast to the definition of an ideal citizenship (Mackert, 2006, p. 17), the legal interpellation of (non-)citizens and the resulting legal consequences does not overcome inequalities, but instead creates and stabilises different relationship qualities between subjects and the interpellating authority. Nevertheless, the paper shows, that the category as citizen subject is predominantly a political one, defining access to the political system by formulating a juridical bound of formal membership. Hence, the constitutional act of subject interpellation in the 'Althusser sense' is one way of initially create social order by relating the different types of subjects.

References

- Althusser, L. (1971). Ideology and Ideological State Apparatuses (Notes towards an Investigation) (January - April 1969). In L. Althusser (Ed.), *Lenin and philosophy and other essays. Translated from the French by Ben Brewster* (pp. 121–173). New Left Books.
- Barry, & Kim (2006). Home and Away: The Construction of Citizenship in an Emigration Context. *NYUL Rev.*, 81(11).
- Bassel, L. (2008). Citizenship as Interpellation: Refugee Women and the State. *Government and Opposition*, 43(2, Special Issue On The Refugee: In Trans/National Politics And Society: Representation Contestation And Control), 293–314.
- Bauböck, R. (2006). *Migration and citizenship: Legal status, rights and political participation. IMISCOE reports*. Amsterdam University Press. <https://doi.org/10.2307/j.ctt46mvkf>
- Bauböck, R. (Ed.). (2019). *Debating European Citizenship*. Springer International Publishing. <https://doi.org/10.1007/978-3-319-89905-3>
- Blaustein, A. P. (1994). *Framing the Modern Constitution: A Checklist*. FB Rothman.
- Brubaker, R. (1992). *Citizenship and nationhood in France and Germany*. Harvard University Press.
- Butler, J. (1997). *Excitable speech: A Politics of the Performative*. Routledge.
- Butler, J., & Spivak, G. C. (2007). *Who sings the nation-state? language, politics, belonging*. Seagull Books.
- Clarke, J., Coll, K., Dagnino, E., & Neveu, C. (2014). *Disputing citizenship*. Bristol University Press. <https://doi.org/10.2307/j.ctt9qgzqg>
- Cohen, J. L. (1999). Changing Paradigms of Citizenship and the Exclusiveness of the Demos. *International Sociology*, 14(3), 245–268.
- Davis, N. (2012). Subjected Subjects? On Judith Butler's Paradox of Interpellation. *Hypatia*, 27(4), 881–897. <https://doi.org/10.1111/j.1527-2001.2012.01285.x>
- Dicey, A. V. (1982 [1885]). *Introduction to the Study of the Law of the Constitution*. Liberty Classics.

- Elkins, Z., Ginsburg, T., & Melton, J. (2009). *The Endurance of National Constitutions*. Cambridge University Press.
- Elkins, Z., Melton, J., & Ginsburg, T. (2010). *The Comparative Constitutions Project (CCP)*. <https://comparativeconstitutionsproject.org>
- Fahrmeir, A. (2007). *Citizenship: the rise and fall of a modern concept*. Yale University Press.
- Fox, J. (2008). *A World Survey of Religion and the State*. Cambridge University Press.
- Go, J. (2003). A Globalizing Constitutionalism? Views from the Postcolony, 1945–2000. *International Sociology*, 18(1), 71–95. <https://doi.org/10.1177/0268580903018001005>
- Grey, T. C. (1984). Constitutions as Scripture. *Stanford Law Review*, 37(1), 1–25.
- Heintz, B., & Schnabel, A. (2006). Verfassungen als Spiegel globaler Normen? *KZfSS Kölner Zeitschrift Für Soziologie Und Sozialpsychologie*, 58(4), 685–716. <https://doi.org/10.1007/s11577-006-0262-5>
- Isin, E. F. (2009). Citizenship in flux: The figure of the activist citizen. *Subjectivity*, 29(1), 367–388. <https://doi.org/10.1057/sub.2009.25>
- Isin, E. F. (2015). Claiming European citizenship. In E. F. Isin & M. Saward (Eds.), *Enacting European Citizenship* (2015th ed., pp. 19–46). Cambridge University Press.
- Isin, E. F., & Saward, M. (Eds.). (2015). *Enacting European Citizenship* (First paperback edition 2015). Cambridge University Press.
- Jacobs, F. G. (2007). Citizenship of the European Union - A legal analysis. *EUROPEAN LAW JOURNAL*, 13(5), 591–610.
- Janoski, T., & Gran, B. (2002). Political Citizenship: Foundations of Rights. In E. F. Isin & B. S. Turner (Eds.), *Handbook of Citizenship Studies* (pp. 13–52). SAGE Publications Ltd.
- Krips, H. (2006). Interpellation, Populism, and Perversion: Althusser, Laclau and Lacan. *Filozofski Vestnik*, 27(2), 81–101.
- Mackert, J. (2006). *Staatsbürgerschaft: Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.
- Marshall, T. H. (1950). *Citizenship and Social Class and Other Essays*. Cambridge University Press.

- Nussbaum, M. (2002). Capabilities and Social Justice. *International Studies Review*, 4(2), 123–135.
- Schnabel, A., Behrens, K., & Grötsch, F. (2017). Religion in European constitutions – cases of different secularities. *European Societies*, 19(5), 551–579. <https://doi.org/10.1080/14616696.2017.1334946>
- Shachar, A. (2012). Citizenship. In M. Rosenfeld & A. Sajo (Eds.), *The Oxford Handbook of Comparative Constitutional Law* (pp. 1002–1019). Oxford University Press.
- Smith, R. M. (2002). 6: Modern Citizenship. In E. F. Isin & B. S. Turner (Eds.), *Handbook of Citizenship Studies* (pp. 105–116). SAGE Publications Ltd.
- Staeheli, L. A. (1999). Globalization and the Scales of Citizenship. *Geography Research Forum*(19), 60–77.
- Thornhill, C. (2011). *A Sociology of Constitutions. Constitutions and State Legitimacy in Historical-Sociological Perspective*. Cambridge University Press.
- Tschentscher, A. (2011). Comparing Constitutions and International Constitutional Law: A Primer. *University of Chicago Public Law & Legal Theory Working Paper No. 331*(February), 1–15. <https://doi.org/10.2139/ssrn.1502125>
- Turner, B. S. (1990). Outline of a Theory of Citizenship. *Sociology*, 24(2), 189–217.
- Turner, B. S. (1993). Outline of a Theory of Human Rights. *Sociology*, 27(3), 489–512.
- Tushnet, M. (2012). Constitutions. In M. Rosenfeld & A. Sajo (Eds.), *The Oxford Handbook of Comparative Constitutional Law* (pp. 217–232). Oxford University Press.
- United Nations - Statistic Division. *Standard country or area codes for statistical use (M49)*. <https://unstats.un.org/unsd/methodology/m49/>
- Urry, J. Globalization and Citizenship. *Journal of World-Systems Research*, 1999(2), 311–334.

Source:

Schnabel, A., Behrens, K., Hönes, L., Beyer, H. (2020): Religion and Nation in Constitutions Worldwide (RNCw) (Version: 1.0.0), DOI: <https://doi.org/10.7802/1991>, url: <https://doi.org/10.7802/1991>.

Appendix

Appendix 4.3-1. Number of constitutions regulating the right/duty [x]. (Number of Constitutions: N=41)

Right/Duty [x]	not mentioned	restricted	citizens	everyone	
	(n)	(n)	(n)	(n)	(N)
civil rights					
legal counsel	9	0	0	32	41
speedy trial	19	0	1	21	41
fair trial	22	0	0	19	41
public trial	23	0	1	17	41
property	3	2	5	31	41
assembly	5	1	13	22	41
information/ correspondence	13	0	8	20	41
life	14	0	0	27	41
personality	36	0	0	5	41
economic activity	27	0	1	13	41
freedom/ inviolability/ dignity	24	0	2	15	41
movement	8	1	14	18	41
privacy	15	0	4	22	41
expression/ opinion / speech	3	0	8	30	41
academic freedom	23	0	1	17	41
safety of personal data	39	0	0	2	41
national/personal identity	34	0	1	6	41
defending fatherland	36	0	5	0	41
religious freedom	1	0	5	35	41
opinion/thought/conscience	11	0	4	26	41
happiness	39	0	0	2	41
political rights					
vote	3	5	33	0	41
eligibility	4	23	14	0	41
petitions	18	1	6	16	41
criticise the state; resistance	38	0	1	2	41
demonstrate	30	0	2	9	41
associate/ unionise/ trade unions	4	1	11	25	41
political parties	23	0	9	9	41
social rights					
work	7	0	12	22	41
strike	16	7	0	18	41
leisure	23	0	1	17	41
health	12	1	7	21	41
education	10	0	7	24	41
culture	23	1	2	15	41
social security	31	0	0	10	41
equal pay	31	0	0	10	41
protection of/healthy environment	31	0	0	10	41
welfare (unempl., disabled, elderly)	29	0	4	8	41

duties					
defending fatherland	14	7	17	3	41
taxation	24	0	7	10	41
education	24	0	3	14	41
observing constitution/law	19	2	11	9	41
work	29	0	5	7	41
raising children/ family planning	38	0	1	2	41
safeguard the nation	35	1	5	0	41
vote	40	0	0	1	41

5. Diskussion und Ausblick

Die vorliegende Promotionsarbeit setzt sich mit dem Zusammenhang von Verfassungen und verschiedenen Dimensionen religiöser und nationaler Identität auseinander und rekonstruiert die konstitutionelle Institutionalisierung von Identität(en) in einem internationalen Vergleich.

In der hier verfolgten Lesart sind Verfassungen eine institutionelle Säule der Moderne auf Staatsebene (Blaustein, 1994). Sie lassen sich als einen unerlässlichen Katalog legitimer Grundrechte (beispielsweise Grey, 1984; Tschentscher, 2011) beschreiben, dessen Einhaltung durch besondere Rechtsinstanzen (wie beispielsweise das Bundesverfassungsgericht) und Verfahren (wie beispielsweise Verfassungsbeschwerden) kontrolliert und geschützt werden. Diese Grundrechte können jedoch in Konflikt zueinander oder zu übergeordneten institutionellen Gefügen stehen und bedürfen in solchen Fällen juristisch gerechtfertigte Einschränkung oder Verteidigungen. Dabei sind sowohl die religiöse als auch die nationale Identität zwei sozial und soziologisch hochrelevante Dimensionen, wie die zu Beginn der Arbeit geschilderten Beispiele der Beschwerden über die Einschränkung der öffentlichen Ausübung religiöser Praktiken oder die drohende Grundrechtsverletzung durch eine geplante Überstellung ausländischer Staatsbürger:innen verdeutlichen. Neben der individuellen Ebene bedingt die konstitutionelle Regulierung von Religion und Nation die Prozesse der Kollektivierung: erstens schaffen Verfassungen mittels der konstitutionell fixierten Grundrechte den Möglichkeitsraum sich entlang von identitären Konzepten wie Religion zu vergemeinschaften und zweitens sind die konkret formulierten Mitgliedschaftsregeln wesentlicher Aspekt der Inklusion in ein bestimmtes soziales Kollektiv – oder der Exklusion aus diesem. Die entsprechenden sozialen und politischen Diskurse verdeutlichen die Relevanz sowohl von Verfassungen als juristisches Gerüst der öffentlichen Ordnung, als auch von religiöser und nationaler Identität als alltagsstrukturierende und zugehörigkeitsmarkierende Faktoren des sozialen Miteinanders⁸¹.

⁸¹ Die inzwischen viel bemühte ‚Kopftuchdebatte‘, die Diskussionen um das Aufhängen von Kreuzen als Symbol christlicher Werte in Behörden und öffentlichen Gebäuden, die politischen Debatten um grundsätzliche Verhüllungsverbote, sowie die sozialen und politischen Auseinandersetzungen über internationale Migrationsbewegungen und der sogenannten „Rückführung“ ausländischer Staatsangehörige:r sind deutliche Beispiele.

Die soziologische Auseinandersetzung mit den ordnungsstiftenden Phänomenen Religion (beispielhaft Casanova, 2006b; Dobbelaere, 1981; Glock, 1962; Pickel, 2011; Pollack, 1995; Pollack & Rosta, 2015) und Nation (beispielhaft Böckenförde, 2000; Brubaker, 2012; Calhoun, 1993; Gellner, 1983; Hobsbawm, 2012) ist etabliert und blickt auf eine lange Tradition zurück, wenngleich keinesfalls von einer intradisziplinären Einigkeit über eine präzise Begrifflichkeit gesprochen werden kann (Pollack, 1995; Pollack & Rosta, 2015; Schnabel, 2018). Im Vergleich dazu ist die rechtssoziologische Auseinandersetzung mit Verfassungen eine vergleichsweise junge Forschungsausrichtung (Witte & Bucholc, 2017). Insbesondere die empirische Betrachtung dieser spezifischen Textform beschränkt sich in den meisten Analysen auf eine historische Einordnung und Einzelfalluntersuchungen (relevante aber seltene Ausnahmen sind: Elkins et al., 2008; Fox, 2011).

Die vorliegende Dissertationsschrift liefert in diesem Kontext einen Beitrag zur soziologischen Untersuchung von Verfassungen und ihrem Institutionalisierungspotenzial und füllt mit der theoretisch eingebetteten empirischen Untersuchung eines Primärdatensatzes zu religiösen und nationalen Identitätsdimensionen in Verfassungsdokumenten eine Forschungslücke an der Schnittstelle verschiedener Teildisziplinen. Aufgrund der (vermeintlich) geringen Aussagekraft von Textartefakten über die soziale Ordnung und ihr institutionelles Gefüge stellen dabei rein textbasierte Analysen im soziologischen Methodenkatalog eher eine Ausnahme dar. Mit der Untersuchung von Verfassungsdokumenten verhält es sich jedoch insofern anders, als dass Verfassungen das textlich dokumentierte normative Grundgerüst von Gesellschaften sind (Grey, 1984) und sich dabei (nicht nur) im Hinblick auf ihre Form wesentlich von anderen Normgestalten, wie beispielsweise religiösen Normen oder sozialen Konventionen, unterscheiden: ihre Verletzung kann durch rechtlich legitimierte Sanktionen bestraft werden. Ihre Analyse erlaubt also sowohl Aussagen zur textlichen Kodifizierung von Verfassungsnormen als auch einen fundierten Einblick in das normative Grundgerüst verschiedener Gesellschaftsordnungen.

Vor diesem Hintergrund lassen sich die Ergebnisse der vorliegenden Dissertation mit Blick auf die konkrete Ausgestaltung existierender Verfassungsdokumente und die Bedeutung dieser Ergebnisse für die formelle Konstitution von Gesellschaften zusammenfassen. Betrachtet man die *empirischen* Ergebnisse auf einer deskriptiven Ebene, so lassen sich entgegen der theoretischen Erwartungen keine eindeutigen Muster in den Zusammenhängen

der hier untersuchten sozialen Phänomene – Religion, Nation und Verfassungen – aufzeigen. Vielmehr stellt die Heterogenität der Daten und der formalen Ausgestaltung der zugrundeliegenden Konzepte religiöser und nationaler Identität(en) ein besonders kontinuierliches Resultat aus allen Analysen dar. Das ist insofern bemerkenswert, als dass es etwa auf internationaler und transnationaler (EU-)Ebene Vorlagen für die Formulierung von Grundrechten gibt. Die neo-institutionalistische Perspektive ließe eine standardisierte Formulierung anhand bewährter Verfassungsstrukturen und -inhalte vermuten, die sich allerdings in der empirischen Überprüfung nicht bestätigen lässt. Das bedeutet, dass sich im Hinblick auf die konstitutionelle Regulierung religiöser und nationaler Identität(en) weder auf europäischer noch auf internationaler Ebene standardisierte Verfassungsformate finden lassen. Insbesondere die verbreitete Annahme, dass Europa (insbesondere im Vergleich zu den Vereinigten Staaten) mehr oder weniger einheitlich säkular sei, kann auf formaler Ebene der Verfassungen nicht bestätigt werden. Die verfassungsmäßige Regulierung von Staatsbürgerschaft lässt sich zwar aus theoretischer Sicht als performativer Akt der Konstruktion der formalen Subjektkategorie nationaler Identität interpretieren, jedoch finden sich auch hier keine transnationalen Heuristiken. Allerdings lässt sich auch nicht eindeutig von einer historischen Pfadabhängigkeit sprechen, da historisch kritische Momente, wie Weltkriege oder Revolutionen, nicht zwangsläufig eine Verfassungsänderung oder -verabschiedung evozieren. Die erarbeiteten Ergebnisse offenbaren allerdings insbesondere anhand der Religionsfreiheit und deren potenziellen Einschränkungen eine weitere Erkenntnis für die vergleichende Rechtssoziologie: mit der spezifischen Ausgestaltung der Grundrechte ist nicht nur die Freiheit eines Individuums in Bezug auf die Ausübung von religiösen Praktiken (im privaten oder öffentlichen Bereich) definiert. Vielmehr schützt die Möglichkeit der Einschränkung dieser Rechte auch den Staat und die demokratischen Prinzipien vor Einflüssen von außen, beispielsweise zugunsten der ‚öffentlichen Ordnung‘. Darüber hinaus wird deutlich, dass sich Verfassungen nicht allein über ihren normativen Charakter beschreiben lassen, da der symbolisch-narrative Gehalt offenbar ebenso entscheidend ist (Witte & Bucholc, 2017), wie es sich beispielsweise in der Analyse von Verfassungspräambeln gezeigt hat. Mittels der narrativen Elemente konstruieren Verfassungen durchaus identitätsbasierte Kollektive und nicht (ausschließlich), wie ihre Eigenschaft als formal-rationales Rechtsdokument vermuten ließe, regel-basierte Gemeinschaften. Im Hinblick auf

diese Resultate wird deutlich, dass Verfassungen sowohl individuelle als auch kollektive Identitätsdimensionen adressieren und regulieren.

Abstrahiert man von diesen konkreten empirischen Befunden, so lassen sich für die Beantwortung der in der Einleitung gestellten Fragen verschiedene Antworten formulieren. Zunächst führt die verfassungsinhärente Subjektkonstruktion von Identität(en) zu einer folgenreichen Qualifizierung von unterschiedlichen Rechtssubjekten mit verschiedenen Konsequenzen für das Verhältnis zur staatlichen Autorität: so haben Staatsbürger:innen andere Rechte als diejenigen Akteure, die diesen Subjektstatus nicht performativ verliehen bekommen, wobei nicht-definierte Subjekte aus performativer Perspektive in den allermeisten Fällen eine ‚konstitutionelle Grauzone‘ bleiben. Mit dieser Subjektkonstruktion stellen Verfassungen gleichermaßen den Motor als auch die Bremse für soziale Inklusion und damit gesellschaftlicher Integration dar: auf der einen Seite ermöglichen sie über die formale Mitgliedschaft als Staatsbürger:in insbesondere politische Partizipation, auf der anderen Seite zeigt sich die identitäre Exklusivität von nationalen Kollektiven. Damit wird Identität zu einer politischen Kategorie, die durch die Formalisierung in der Verfassung institutionalisierten Charakter bekommt. So werden Grundrechte wie Religionsfreiheit und die Staatsbürgerschaft zu einklagbaren Artefakten und bestehen damit unabhängig von den Individuen, denen sie verfassungsmäßig zugesprochen werden. Verfassungen lassen sich folglich als institutionengründende Institutionen (Schnabel et al., 2017) begreifen. Entsprechend lässt sich hinsichtlich der Untersuchungsergebnisse abschließend festhalten, dass Verfassungen als Institutionen der Moderne selbst Produkt menschlicher Sinngebung auf nationaler Ebene sind und mit ihren rechtlich legitimierten Regulierungen formale (religiöse und nationale) Identitäten dauerhaft stabilisieren, für die soziale Ordnung geltend machen und durch ihren institutionellen Charakter damit selbst institutionalisieren und zu einer „sozialen Tatsache“ (Durkheim, 1895/1976) werden lassen.

Rekapituliert man die Ergebnisse, ihre theoretischen Herleitungen und die entsprechenden Interpretationen wird deutlich, dass sich die in der vorliegenden Promotionsarbeit eingenommenen Perspektiven als eine subjektiv getroffene Auswahl aus einem nahezu unerschöpflichen Kontingent an Forschungsfragen und der Möglichkeiten, sich diesen zu nähern, darstellen. Die hinsichtlich der theoretischen Zugänge, der Operationalisierung dieser Grundlagen sowie der Untersuchungs- und Auswertungsmethoden getroffenen Entscheidungen sind kontingent und sollten als Inspiration verstanden werden: diese Arbeit bietet viele

Anknüpfungspunkte für sich anschließende soziologische und interdisziplinäre Forschung und eignet sich dadurch hervorragend als Ausgangspunkt für künftige wissenschaftliche Fragestellungen. So ließen sich auf Basis dieser Arbeit beispielsweise fallspezifische Untersuchungen in Bezug auf die ‚gelebte Verfassungsrealität‘ anschließen, die das empirische Verhältnis normativer Ordnungen und kollektiver und individueller Handlungen fokussieren könnten. Hinsichtlich einer historischen Einordnung von Verfassungen, besonders im Hinblick auf ihre jeweiligen Entstehungskontexte, wären zeitliche Abbildungen der Verfassungsentwicklung eine geeignete Anschlussforschung, sowohl aus geschichtswissenschaftlicher, sozialwissenschaftlicher als auch juristischer Perspektive. Damit könnten die Verfassungen auch angemessen im Zusammenhang mit ihren jeweiligen nationalen Kontexten betrachtet werden, wodurch sich bestimmte Pfadabhängigkeiten rekonstruieren ließen. Auch könnte eine fallspezifischere Untersuchung, subkonstitutionelles Recht einbeziehen, wodurch sich einige der hier nicht weiter überprüfbaren Resultate weiter erforschen ließen. Da in dieser Arbeit ausschließlich die formale Identitätsdimension, sowohl auf kollektiver als auch individueller Ebene, berücksichtigt werden konnte, wäre eine Überprüfung von weiteren empirischen identitätsbezogenen Daten, möglicherweise generiert aus der sozialwissenschaftlichen Umfrageforschung oder sozialpsychologischen Untersuchungen, eine sinnvolle Ergänzung der hier betrachteten Form religiöser und nationaler Identität. Mit diesen Forschungsperspektiven ließen sich die Ergebnisse dieser Promotion, die ausschließlich den soziologischen Fokus auf Verfassungen einnimmt, hervorragend ergänzen und interdisziplinär anschließen.

Ungeachtet weiterer Forschungsmöglichkeiten ist diese Promotionsarbeit – sowohl durch diese synoptische Rahmung als auch durch die Originalarbeiten selbst sowie durch Begleitartikel – relevant für das Fachgebiet der Soziologie. In erster Linie verweist diese Arbeit mit der Verwendung der „RNCw“-Verfassungsdaten auf eine umfangreiche und wertvolle Forschungsinfrastruktur an der Schnittstelle im Wesentlichen zwischen der Rechtssoziologie, der Religionssoziologie, soziologischer Nationen- und Nationalismustheorien, Identitätstheorien und der politischen Soziologie. Darüber hinaus zeigt sie deutlich den Mehrwert einer multiperspektivischen Verfahrenstriangulation, die durch die facettenreiche Kontextualisierung unterschiedlicher Daten eine thematische Breite bei gleichzeitiger inhaltlicher Tiefe bietet. Nicht zuletzt dadurch eröffnet sich die

beschriebene Vielzahl an Anschlussfragen, womit der wissenschaftliche Diskurs im Allgemeinen und der Soziologie im Besonderen neuen Nährboden erhält.

Abschließend verbleibt eine Rückbindung der Erkenntnisse dieser Arbeit im Hinblick auf die konkrete Lebenswelt: die Untersuchung der Verfassungsdokumente macht deutlich, wie sehr sie als normative Gerüste den Alltag prägen, insbesondere im Hinblick auf individuelle und kollektive Identitäten. Wenngleich an dieser Stelle nur Bezug auf den alltagsweltlichen Kontext der Bundesrepublik Deutschland genommen werden kann, so zeigt sich doch der Zusammenhang zwischen konstitutioneller Regulierungen und beispielsweise sozialpolitischer Maßnahmen oder der Legitimität (und Legalität) von individuellen Handlungen: Diskussionen um die Teilnahme am Religionsunterricht an staatlichen Schulen ergeben sich *durch* den konstitutionell bedingten Konflikt zwischen dem Recht auf Religionsfreiheit (Art. 4 (1) und (2) (GG, 1949) und dem ausdrücklichen konfessionell orientierten Lehrauftrag staatlicher Schulen (Art. 7 (3) (GG, 1949). *Jede:r* hat das Recht auf freie Meinungsäußerung (Art. 5 (1) (GG, 1949), während das Recht, sich jederzeit frei zu versammeln für *alle Deutschen* gilt (Art. 8 (1) (GG, 1949). Dies sind wenige von vielen möglichen Belegen dafür, wie Verfassungen – wenngleich ihr Inhalt der großen Anzahl der Bürger:innen unbekannt ist – die alltägliche Lebenswelt bestimmen und direkt oder vermittelt Handlungen ermöglichen und begrenzen. Verfassungen sind machtvollen Institutionen der Staatsgewalt und konstituieren formale Identitäten, indem sie Akteure kategorisieren und mit Rechten und Pflichten ausstatten oder diese beschränken. Somit ist diese Kategorisierung folgenreich, sowohl für die individuellen Akteure als auch für die Kollektive, die sich aus den Kategorisierungen ergeben. In diesem Sinne lässt sich diese Arbeit mit den Worten Jenkins (2000) nicht nur einleiten, sondern auch beschließen:

The effective categorization of a group of people by a more powerful Other is thus never 'just' a matter of classification (if there is any such thing as 'just classification'). As an intervention in that group's social world it will, to an extent and in ways that are context-specific, change the world and the experience of living in it; in other words, it has *consequences*.

(Jenkins, 2000, S. 21–22 [Hervorhebung im Original])

Literaturverzeichnis

- Addis, A. (2018). Constitutional Preambles as Narratives of Peoplehood. *ICL Journal*, 12(2), 125–181.
- Althusser, L. (1971a). Ideology and Ideological State Apparatuses (Notes towards an Investigation) (January - April 1969). In L. Althusser (Hg.), *Lenin and philosophy and other essays. Translated from the French by Ben Brewster* (S. 121–173). New Left Books.
- Althusser, L. (Hg.). (1971b). *Lenin and philosophy and other essays*. Translated from the French by Ben Brewster. New Left Books.
- Ammerman, N. T. (2003). Religious Identities and Religious Institutions. In M. Dillon (Hg.), *Handbook of the Sociology of Religion* (S. 207–224). Cambridge University Press.
- Anderson, B. R. O. (2006). *Imagined communities: Reflections on the origin and spread of nationalism* (Revised ed.). Verso.
- Austin, J. L. (1962). *How To Do Things With Words*. Oxford University Press.
- Baraldi, C., Corsi, G. & Esposito, E. (1997). *GLU: Glossar zu Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme*. Suhrkamp.
- Barrington, L. W. (1997). „Nation“ and „Nationalism“: The Misuse of Key Concepts in Political Science. *PS: Political Science and Politics*, 30(4), 712–716.
- Barry & Kim (2006). Home and Away: The Construction of Citizenship in an Emigration Context. *NYUL Rev.*, 81(11).
- Bassel, L. (2008). Citizenship as Interpellation: Refugee Women and the State. *Government and Opposition*, 43(2, Special Issue On The Refugee: In Trans/National Politics And Society: Representation Contestation And Control), 293–314.
- Bauböck, R. (2006). *Migration and citizenship: Legal status, rights and political participation. IMISCOE reports*. Amsterdam University Press. <https://doi.org/10.2307/j.ctt46mvkf>
- Bauböck, R. (Hg.). (2019). *Debating European Citizenship*. Springer International Publishing. <https://doi.org/10.1007/978-3-319-89905-3>
- Behrens, K. (2020). Formal Citizenship in European Constitutions. In M. Bayer, O. Schwarz & T. Stark (Hg.), *Edition Politik: Bd. 85. Democratic Citizenship in*

- Flux: Conceptions of Citizenship in the Light of Political and Social Fragmentation* (1. Aufl., S. 83–101). transcript Verlag.
<https://doi.org/10.14361/9783839449493-005>
- Behrens, K. (2020 [unter Begutachtung]). The Legal Interpellation of Citizens - A Constitutional Analysis. *Zeitschrift für Rechtssoziologie*.
- Behrens, K. (2021 [publikationsreif]). *Forms of Solidarity in National Constitutions*.
- Bellah, R. N. (1967). Civil Religion in America. *Daedalus*, 96(1), 1–21.
- Benhabib, S. (2010). The return of political theology: The scarf affair in comparative constitutional perspective in France, Germany and Turkey. *Philosophy & Social Criticism*, 36(3–4), 451–471.
<https://doi.org/10.1177/0191453709358546>
- Benhabib, S. (2016). *Kosmopolitismus ohne Illusionen: Menschenrechte in unruhigen Zeiten* (1. Aufl.). suhrkamp taschenbuch wissenschaft: Bd. 2165. Suhrkamp.
- Blaustein, A. P. (1994). *Framing the Modern Constitution: A Checklist*. FB Rothman.
- Blokker, P. & Thornhill, C. (Hg.). (2017). *Sociological Constitutionalism*. Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/9781316403808>
- Böckenförde, E.-W. (2000). *Staat, Nation, Europa: Studien zur Staatslehre, Verfassungstheorie und Rechtsphilosophie* (2. Aufl.). Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft: Bd. 1419. Suhrkamp.
- Breuilly, J. (1982). *Nationalism and the state*. Manchester University Press.
- Brubaker, R. (1992). *Citizenship and nationhood in France and Germany*. Harvard University Press.
- Brubaker, R. (2012). Religion and nationalism: four approaches. *Nations and Nationalism*, 18(1), 2–20. <https://doi.org/10.1111/j.1469-8129.2011.00486.x>
- Bühler-Niederberger, D. (2020). Generationale Verpflichtungen – normative Muster und ihre Umsetzung. *Berliner Journal für Soziologie*, 30(1), 49–78.
<https://doi.org/10.1007/s11609-020-00406-6>
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, <http://www.gesetze-im-internet.de/gg/index.html> (1949).
- Bundesverfassungsgericht. (27. Februar 2020a). *Kopftuchverbot für Rechtsreferendarinnen verfassungsgemäß: Pressemitteilung Nr. 13/2020*

- vom 27. Februar 2020. Beschluss vom 14. Januar 2020 [Press release]. Karlsruhe.
<https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/bvg20-013.html>
- Bundesverfassungsgericht. (30. Dezember 2020b). *Erfolgreiche Verfassungsbeschwerden gegen Überstellung nach Rumänien zum Zwecke der Strafverfolgung und Strafvollstreckung: Pressemitteilung Nr. 108/2020 vom 30. Dezember 2020. Beschluss vom 01. Dezember 2020* [Press release]. Karlsruhe.
<https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/bvg20-108.html>
- Butler, J. (1988). Performative Acts and Gender Constitution: An Essay in Phenomenology and Feminist Theory. *Theatre Journal*, 40(4), 519–531.
- Butler, J. (1997). *Excitable speech: A Politics of the Performative*. Routledge.
- Butler, J. & Spivak, G. C [Gayatri Chakravorty.]. (2007). *Who sings the nation-state? language, politics, belonging*. Seagull Books.
- Calhoun, C. (1993). Nationalism and Ethnicity. *Annual Review of Sociology*, 19, 211–239.
- Casanova, J. (2006a). Religion, European secular identities, and European integration. In P. J. Katzenstein & T. A. Byrnes (Hg.), *Religion in an expanding Europe* (S. 65–92). Cambridge University Press.
<https://doi.org/10.1017/CBO9780511491917.004>
- Casanova, J. (2006b). Rethinking Secularization: A Global Comparative Perspective. *The Hedgehog Review*, 8(1-2), 7–22.
- Cerulo, K. A. (1997). Identity Construction: New Issues, New Directions. *Annual Review of Sociology*, 23(1), 385–409.
<https://doi.org/10.1146/annurev.soc.23.1.385>
- Clarke, J., Coll, K., Dagnino, E. & Neveu, C. (2014). *Disputing citizenship*. Bristol University Press. <https://doi.org/10.2307/j.ctt9qgzqg>
- Cohen, J. L. (1999). Changing Paradigms of Citizenship and the Exclusiveness of the Demos. *International Sociology*, 14(3), 245–268.
- Collier, R. B. & Collier, D. (2002). *Shaping the Political Arena: Critical Junctures, the Labor Movement, and Regime Dynamics in Latin America*. University of Notre Dame Press.

- Cotterrell, R. (1998). Why Must Legal Ideas Be Interpreted Sociologically? *Journal of Law and Society*, 25(2), 171–192. <https://doi.org/10.1111/1467-6478.00086>
- Davis, N. (2012). Subjected Subjects? On Judith Butler's Paradox of Interpellation. *Hypatia*, 27(4), 881–897. <https://doi.org/10.1111/j.1527-2001.2012.01285.x>
- Dicey, A. V. (1982 [1885]). *Introduction to the Study of the Law of the Constitution*. Liberty Classics.
- Dobbelaere, K. (1981). Secularization: A Multi-dimensional Concept. *Current Sociology*, 29(2), 3–153. <https://doi.org/10.1177/001139218102900203>
- Durkheim, É. (1960). *The Division of Labor In Society* ((G. Simpson, Übers.)). The Free Press of Glencoue. (Erstveröffentlichung 1893)
- Durkheim, É. (1976). *Die Regeln der soziologischen Methode*. Luchterhand. (Erstveröffentlichung 1895)
- Elkins, Z., Ginsburg, T. & Melton, J. (2008). *The comparative constitutions project: A cross-national historical dataset of written constitutions*. Survey Instrument, available at: <http://www.comparativeconstitutionsproject.org>.
- Elkins, Z., Ginsburg, T. & Melton, J. (2009). *The Endurance of National Constitutions*. Cambridge University Press.
- Elkins, Z., Melton, J. & Ginsburg, T. (2010). *The Comparative Constitutions Project (CCP)*. <https://comparativeconstitutionsproject.org>
- Treaty on European Union (Consolidated Version), Treaty of Maastricht, https://europa.eu/european-union/sites/europaeu/files/docs/body/treaty_on_european_union_en.pdf (1992). https://europa.eu/european-union/sites/europaeu/files/docs/body/treaty_on_european_union_en.pdf
- Treaty of Amsterdam Amending the Treaty on European Union, The Treaties Establishing the European Communities and Related Acts, <http://www.europarl.europa.eu/topics/treaty/pdf/amst-en.pdf> (1997). <http://www.europarl.europa.eu/topics/treaty/pdf/amst-en.pdf>
- Fahrmeir, A. (2007). *Citizenship: the rise and fall of a modern concept*. Yale University Press.
- Fox, J. (2008). *A World Survey of Religion and the State*. Cambridge University Press.

- Fox, J. (2011). *Religion and State Constitutions Dataset*.
<http://www.religionandstate.org/>
- Fox, J. (2012). *Religion and State Constitutions Codebook*.
<http://religionandstate.org/>
- Frerichs, S. (2017). The Rule of the Market: Economic Constitutionalism Understood Sociologically. In P. Blokker & C. Thornhill (Hg.), *Sociological Constitutionalism* (S. 241–264). Cambridge University Press.
- Gabriel, K., Reuter, H.-R., Kurschat, A. & Leibold, S. (Hg.). (2013). *Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Europa: Konstellationen - Kulturen - Konflikte*. Mohr Siebeck.
- Gellner, E. (1983). *Nations and nationalism. New perspectives on the past*. Cornell University Press.
- Glock, C. Y. (1962). On the study of religious commitment. *Religious Education*, 57(sup4), 98–110. <https://doi.org/10.1080/003440862057S407>
- Go, J. (2003). A Globalizing Constitutionalism? Views from the Postcolony, 1945–2000. *International Sociology*, 18(1), 71–95.
<https://doi.org/10.1177/0268580903018001005>
- Grey, T. C. (1984). Constitutions as Scripture. *Stanford Law Review*, 37(1), 1–25.
- Grimm, D. (2005). Integration by constitution. *International Journal of Constitutional Law*, 3(2-3), 193–208. <https://doi.org/10.1093/icon/moi014>
- Heintz, B. & Schnabel, A. (2006). Verfassungen als Spiegel globaler Normen? *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 58(4), 685–716. <https://doi.org/10.1007/s11577-006-0262-5>
- Hillmann, K.-H. (2007). *Wörterbuch der Soziologie*. Alfred Kröner Verlag.
- Hobsbawm, E. J. (2012). *Nations and Nationalism since 1780: Programme, Myth, Reality* (2. Aufl.). Canto Classics. Cambridge University Press.
<http://gbv.ebilib.com/patron/FullRecord.aspx?p=1864706>
- Hollinger, D. A. (2006). From Identity to Solidarity. *Daedalus*, 135(4), 23–31.
- Hunt, S. A. & Benford, R. D. (2004). Collective Identity, Solidarity, and Commitment. In D. A. Snow, S. A. Soule & H. Kriesi (Hg.), *The Blackwell Companion To Social Movements* (S. 431–457). Blackwell Publishing Ltd.
- Isin, E. F. (2009). Citizenship in flux: The figure of the activist citizen. *Subjectivity*, 29(1), 367–388. <https://doi.org/10.1057/sub.2009.25>

- Isin, E. F. (2015). Claiming European citizenship. In E. F. Isin & M. Saward (Hg.), *Enacting European Citizenship* (2015. Aufl., S. 19–46). Cambridge University Press.
- Isin, E. F. & Saward, M. (Hg.). (2015). *Enacting European Citizenship* (First paperback edition 2015). Cambridge University Press.
- Jacobs, F. G. (2007). Citizenship of the European Union - A legal analysis. *EUROPEAN LAW JOURNAL*, 13(5), 591–610.
- Jacobsohn, G. J. (2006). Constitutional Identity. *The Review of Politics*, 68(3), 361–397.
- Janoski, T. & Gran, B. (2002). Political Citizenship: Foundations of Rights. In E. F. Isin & B. S. Turner (Hg.), *Handbook of Citizenship Studies* (S. 13–52). SAGE Publications Ltd.
- Jenkins, R. (2000). Categorization: Identity, Social Process and Epistemology. *Current Sociology*, 48(3), 7–25.
- Jenkins, R. (2008). *Social identity* (3. Aufl.). *Key ideas*. Routledge.
- Kelsen, H. (1946). The Preamble of the Charter - A Critical Analysis. *The Journal of Politics*, 8(2), 134–159.
- Krips, H. (2006). Interpellation, Populism, and Perversion: Althusser, Laclau and Lacan. *Filozofski vestnik*, 27(2), 81–101.
- Kuckartz, U. (2014). *Mixed Methods*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-93267-5>
- Kymlicka, W. & Norman, W. (1994). Return of the Citizen: A Survey of Recent Work on Citizenship Theory. *Ethics*(104), 352–381.
- Llewellyn, K. N. (1934). The Constitution as an Institution. *Columbia Law Review*, 34(1), 1–40.
- Loewenstein, K. (1969). *Verfassungslehre* (2., durch einen Nachtrag auf den Stand vob 1969 gebrachte Auflage). Mohr (Siebeck).
- Luhmann, N. (1995). *Soziologische Aufklärung 6. Die Soziologie und der Mensch*. Westdeutscher Verlag GmbH.
- Luhmann, N. (2017). *Legitimation durch Verfahren* (10. Auflag). Suhrkamp Verlag. (Erstveröffentlichung 1983)
- Mackert, J. (2006). *Staatsbürgerschaft: Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.

- Mahoney, J. (2000). Path Dependence in Historical Sociology. *Theory and Society*, 29(4), 507–548.
- Marshall, T. H. (1950). *Citizenship and Social Class and Other Essays*. Cambridge University Press.
- Mayring, P. (2015). *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken* (12. Aufl.). Beltz Pädagogik. Beltz.
- Melucci, A. The Process of Collective Identity. In (S. 41–63).
- Meuschel, S. (1988). Kulturnation oder Staatsnation? — Zur Renaissance der Suche nach nationaler Identität in beiden deutschen Staaten. *Leviathan*, 16(3), 406–435.
- Meyer, J. W., Boli, J., Thomas, G. M. & Ramirez, F. O. (1997). World Society and the Nation-State. *American Journal of Sociology*, 103(1), 144–181.
- Mouffe, C. & Barth, R. (2014). *Agonistik: Die Welt politisch denken* (1. Aufl.). edition suhrkamp: Bd. 2677. Suhrkamp.
- Nickel, J. W. (1987). *Making sense of human rights: Philos. reflections on the universal declaration of human rights*. Univ. of California Press.
- Nussbaum, M. (2002). Capabilities and Social Justice. *International Studies Review*, 4(2), 123–135.
- Orgad, L. (2010). The preamble in constitutional interpretation. *International Journal of Constitutional Law*, 8(4), 714–738.
- Parsons, T. (1964). *Beiträge zur soziologischen Theorie*. Luchterhand.
- Pickel, G. (2011). *Religionssoziologie: eine Einführung in zentrale Themenbereiche*. VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.
- Pierson, P. (2000). Increasing Returns, Path Dependence, and the Study of Politics. *The American Political Science Review*, 94(2), 251–267.
- Pollack, D. (1995). Was ist Religion? *Zeitschrift für Religionswissenschaft*, 3(2). <https://doi.org/10.1515/0023.163>
- Pollack, D. (2017). Probleme der Definition von Religion. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 1(1), 7–35. <https://doi.org/10.1007/s41682-017-0003-9>
- Pollack, D. & Rosta, G. (2015). Überlegungen zum Religionsbegriff. In *Religion in der Moderne. Ein internationaler Vergleich* (S. 48–72). Campus Verlag GmbH.

- Rosenfeld, M. (2010). *The identity of the constitutional subject: Selfhood, citizenship, culture, and community*. Routledge.
- Rosenfeld, M. (2012). Constitutional Identity. In M. Rosenfeld & A. Sajo (Hg.), *The Oxford Handbook of Comparative Constitutional Law* (S. 756–777). Oxford University Press.
- Rucht, D. (2001). Solidaritätsbewegungen. In H.-W. Bierhoff & D. Fetchenhauer (Hg.), *Solidarität: Konflikt, Umwelt und Dritte Welt* (S. 43–64). Leske + Budrich.
- Rzadtki, L. (2020). Activist citizens beyond dichotomies: Migrant rights activism in Hamburg. In M. Bayer, O. Schwarz & T. Stark (Hg.), *Edition Politik: Bd. 85. Democratic Citizenship in Flux: Conceptions of Citizenship in the Light of Political and Social Fragmentation* (1. Aufl., S. 153–173). transcript Verlag.
- Scheppele, K. L. (2017). The Social Lives of Constitutions. In P. Blokker & C. Thornhill (Hg.), *Sociological Constitutionalism* (S. 35–66). Cambridge University Press.
- Schinkel, W. (2010). The Virtualization of Citizenship. *Critical Sociology*, 36(2), 265–283. <https://doi.org/10.1177/0896920509357506>
- Schmidt, R. (2012). *Verfassungskultur und Verfassungssoziologie*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-19646-6>
- Schnabel, A. (2018). Religion und Nation – Same, same but different? In M. Reddig, A. Schnabel & H. Winkel (Hg.), *Religion im Kontext | Religion in Context* (S. 287–304). Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Schnabel, A. (2020). Wie viel Religion und Nation braucht der Staat? Administrativ-rechtsförmige Solidaritäten und ihre identitätsbasierten Grundlagen in Europa. *Berliner Journal für Soziologie*, 30(1), 79–111. <https://doi.org/10.1007/s11609-020-00411-9>
- Schnabel, A., Behrens, K. & Grötsch, F. (2017). Religion in European constitutions – cases of different secularities. *European Societies*, 19(5), 551–579. <https://doi.org/10.1080/14616696.2017.1334946>
- Schnabel, A., Behrens, K., Hönes, L. & Beyer, H. (2020a). *Codebook - Religion and Nation in Constitutions worldwide*.
- Schnabel, A., Behrens, K., Hönes, L. & Beyer, H. (2020b). *Religion and Nation in Constitutions Worldwide (RNCw) (Version: 1.0.0)*.

<https://data.gesis.org/sharing/#!/Detail/10.7802/1991>

<https://doi.org/10.7802/1991>

Schnabel, A., Beyer, H. & Behrens, K. (2020). Religious Freedom, Equality Rights and their Contentious Implementation: Norm Conflicts Deriving from the Chasm between International and National Human Rights. In M. K. Dahlin, O. Larsson & A. Winell (Hg.), *Routledge studies in religion. Religion, migration, and existential wellbeing* (S. 36–53). Routledge.

Schnabel, A. & Hönes, L. (2021 [under review]. *Religion und Nation und ihre Einbettung in Verfassungen als Kontext*. Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik.

Schnabel, A. & Tranow, U. (2020). Zur Einleitung: Grenzziehungen der Solidarität. *Berliner Journal für Soziologie*, 30(1), 5–22.
<https://doi.org/10.1007/s11609-020-00414-6>

Schreier, M. (2014). Varianten qualitativer Inhaltsanalyse: Ein Wegweiser im Dickicht der Begrifflichkeiten. *Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research*, 15(1), Artikel 18, 27.

Shachar, A. (2012). Citizenship. In M. Rosenfeld & A. Sajo (Hg.), *The Oxford Handbook of Comparative Constitutional Law* (S. 1002–1019). Oxford University Press.

Shaw, J. (2019). EU citizenship: Still a Fundamental Status? In R. Bauböck (Hg.), *Debating European Citizenship* (S. 1–17). Springer International Publishing.

Smith, A. D. (1971). *Theories of nationalism*. Duckworth.

Smith, A. D. (1991). *National identity*. Penguin Books.
https://is.muni.cz/el/fss/podzim2018/soc291/um/4_smith_ch2.pdf

Smith, R. M. (2002). 6: Modern Citizenship. In E. F. Isin & B. S. Turner (Hg.), *Handbook of Citizenship Studies* (S. 105–116). SAGE Publications Ltd.

Spivak, G. C [G. C.] (2004). Righting Wrongs. *South Atlantic Quarterly*, 103(2-3), 523–581. <https://doi.org/10.1215/00382876-103-2-3-523>

Staeheli, L. A. (1999). Globalization and the Scales of Citizenship. *Geography Research Forum*(19), 60–77.

Stark, R. (1996). Religion as Context: Hellfire and Delinquency One More Time. *Sociology of Religion*, 57(2), 163–173.

- Stark, R. & Bainbridge, W. S. (1987). *A theory of religion. Toronto studies in religion: Bd. 2*. Lang.
- Stewart, R. M. & Thomas, L. L. (1991). Recent Work on Ethical Relativism. *American Philosophical Quarterly*, 28(2), 85–100.
- Teubner, G. (1991). The Two Faces of Janus: Rethinking Legal Pluralism. *Cardozo Law Review*(13), 14443–14462.
- Teubner, G. (2011). Das Projekt der Verfassungssoziologie: Irritationen des nationalstaatlichen Konstitutionalismus. *Zeitschrift für Rechtssoziologie*, 32(2), 189–204. <https://doi.org/10.2139/ssrn.2419062>
- Thornhill, C. (2011). *A Sociology of Constitutions. Constitutions and State Legitimacy in Historical-Sociological Perspective*. Cambridge University Press.
- Thornhill, C. (2017). Constitutionalism between Nation States and Global Law. In P. Blokker & C. Thornhill (Hg.), *Sociological Constitutionalism* (S. 135–177). Cambridge University Press.
- Timonen, V., Conlon, C., Scharf, T. & Carney, G. (2013). Family, state, class and solidarity: reconceptualising intergenerational solidarity through the grounded theory approach. *European Journal of Ageing*, 10(3), 171–179. <https://doi.org/10.1007/s10433-013-0272-x>
- Tranow, U. (2012). *Das Konzept der Solidarität*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-93370-2>
- Tschannen, O. (1991). The Secularization Paradigm: A Systematization. *Journal for the Scientific Study of Religion*, 30(4), 395–415. <https://doi.org/10.2307/1387276>
- Tschentscher, A. (2011). Comparing Constitutions and International Constitutional Law: A Primer. *University of Chicago Public Law & Legal Theory Working Paper No. 331*(February), 1–15. <https://doi.org/10.2139/ssrn.1502125>
- Turner, B. S. (1990). Outline of a Theory of Citizenship. *Sociology*, 24(2), 189–217.
- Turner, B. S. (1993). Outline of a Theory of Human Rights. *Sociology*, 27(3), 489–512.
- Tushnet, M. (2010). How do constitutions constitute constitutional identity? *International Journal of Constitutional Law*, 8(3), 671–676. <https://doi.org/10.1093/icon/moq025>

- Tushnet, M. (2012). Constitutions. In M. Rosenfeld & A. Sajo (Hg.), *The Oxford Handbook of Comparative Constitutional Law* (S. 217–232). Oxford University Press.
- Tushnet, M. (2013). Constitution-Making: An Introduction. *Texas Law Review*, 91(7), 1983–2013.
- Tyrell, H. (1985). Emile Durkheim - Das Dilemma der organischen Solidarität. In N. Luhmann (Hg.), *Soziale Differenzierung. Zur Geschichte einer Idee* (S. 181–250). Westdeutscher Verlag GmbH.
- United Nations - Statistic Division. *Standard country or area codes for statistical use (M49)*. <https://unstats.un.org/unsd/methodology/m49/>
- Urry, J. Globalization and Citizenship. *Journal of world-systems research*, 1999(2), 311–334.
- Vorländer, H. (2017). Constitutions as Symbolic Orders: The Cultural Analysis of Constitutionalism. In P. Blokker & C. Thornhill (Hg.), *Sociological Constitutionalism* (S. 209–240). Cambridge University Press.
- Weber, M. (1972). *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der Verstehenden Soziologie* (5., rev. A). Mohr.
- Wehler, H.-U. (2011). *Nationalismus: Geschichte - Formen - Folgen* (4. Aufl.). *Beck'sche Reihe: C. H. Beck Wissen*. Beck.
- Witte, D. (2018). Between Embeddedness and Conflict: Legal Contexts of Religion. In M. Reddig, A. Schnabel & H. Winkel (Hg.), *Religion im Kontext | Religion in Context* (S. 223–238). Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Witte, D. & Bucholc, M. (2017). Verfassungssoziologie als Rechtskulturvergleich. *Zeitschrift für Rechtssoziologie*, 37(2), 711. <https://doi.org/10.1515/zfrs-2017-0016>
- Wittek, R. & Flache, A. (2001). Solidarität am Arbeitsplatz. In H.-W. Bierhoff & D. Fetchenhauer (Hg.), *Solidarität: Konflikt, Umwelt und Dritte Welt* (S. 149–182). Leske + Budrich.

Source:

Schnabel, A., Behrens, K., Hönes, L., Beyer, H. (2020): Religion and Nation in Constitutions Worldwide (RNCw) (Version: 1.0.0), DOI: <https://doi.org/10.7802/1991>

Anhang

Anhang A. Codebuch zu Verfassungskodierung im Projekt "Religion and Nation in Constitutions worldwide" (Schnabel, Behrens, et al., 2020a).

Var. nam	Variable Labels & Value Labels
Country	country name
ISO3	country abbreviation ISO 3166 Alpha-3 (ISO coded)
ISONUM	county number ISO 3166 (ISO coded)
Religion	
r1	reference to religion in preamble (0) no regulations (1) no reference to religion in preamble (2) commitment to secularity (3) yes, but mentioned generally (4) yes, direct reference to God/religion
r2	state is secular (0) no reference (1) yes
r3	state does not support religion (0) no regulations (1) no support (r3a/r3b).
r3a	refusals of privileges for religions/churches (0) no regulations (1) yes, as refusals of privileges for religions
r3b	explicit separation of state and religion (0) no regulations (1) yes, as a separation of state and religion
r3rec	separation state-religion-relationship (0) no regulations (1) refusals of privileges (2) separation of state and religion (3) refusals of privileges and separation
r4	state supports religion (0) no regulations (1) support (r4a/r4b)
r4a	granting of privileges for religions/churches (0) no regulations (1) yes, as a granting of privileges for religions
r4b	explicit state-religion or state-church (0) no regulations (1) yes, as an explicit state-religion (2) yes, as explicit state-church
r4rec	close relationship of state and religion (0) no regulations (1) privileges for religion state-church/-religion (2) privileges and state-church/-religion
r5	prohibition of discrimination (0) no regulations (1) no discrimination
r6	prohibition of discrimination (conscience/ opinion/ belief) (0) no regulations (1) anti-discrimination
r7	equality of people with regard to religion (0) no regulations (1) equality

Var_nam	Variable Labels & Value Labels
r8	religion and family life (0) no regulations (1) regulations on religion and family existent
r8a	generation (0) no regulations (1) religion has no impact on generational order (2) religion has impact on generational order
r8b	marriage (0) no regulations (1) religious marriage insufficient (2) religious marriage has civil effects
r9	religion and education (0) no regulations (1) regulations of religious education
r9a	public schools are open for everyone (0) no regulations (1) they are not (2) they are
r9b	confessional schools are publicly supported (0) no regulations (1) they are not (2) they are
r9c	religious education is matter of the state (0) no regulations (1) no matter of the state (2) there is explicitly no religious education (3) state is prohibited to intervene (4) yes, it is matter of the state
r9d	religious education is matter of the family (0) no regulations (1) no, it is explicitly no matter of family (2) yes, it is matter of the family
r9e	religious education not against own will (0) no regulations (1) not allowed
r9sec	religion, state, education (0) no regulations no involvement and no money (1) no involvement and money (2) no regulation and no money (3) no regulation and money (4) involvement and no money (5) involvement and money
r10a	religion and organizational memberships (0) no regulations (1) organizations are open for everyone (2) organizations and religion are separated (3) organizations are not in conflict with religion religious organizations are not in conflict with state
r10b	religion and political parties (0) no regulations (1) religious parties are forbidden (2) membership not on religious basis (3) religious parties are allowed
r10c	religious ministers cannot be elected (0) no regulations (1) they can not
r11	Count of restrictions on religious freedom

Var_nam	Variable Labels & Value Labels
r11a	'constitution' (0) no regulations (1) yes, mentioned
r11b	law (0) no regulations (1) yes, mentioned
r11b1	safety (0) no regulations (1) yes, mentioned
r11b2	defense (0) no regulations (1) yes, mentioned
r11c	public order (0) no regulations (1) yes, mentioned
r11d	public morals (0) no regulations (1) yes, mentioned
r11e	public health (0) no regulations (1) yes, mentioned
r11f	other persons (0) no regulations (1) yes, mentioned
r11g	degree of religious freedom (0) no regulations (1) only private (2) yes, religious freedom can be practiced publicly (3) both, private and public (4) freedom, unspecified
r11h	freedom from compulsion (0) no regulations (1) yes, compulsion for a specific religion/confession or a change of religion is forbidden (2) yes, compulsion to disclosure one's own religion/confession forbidden (3) yes, both, compulsion for specific religion and disclosure of own religion are forbidden
r11i	religious minorities (0) no regulations (1) they are not accepted (2) they are accepted (3) they are supported
r11irec	religious minorities (0) no regulations (1) minorities are not accepted (2) minorities accepted
r11j	religious traditions (0) no regulations (1) traditions are saved
r11k	alternative formulations (0) not mentioned (1) spirituality etc.
r11l	religious freedom for everyone (0) not regulations (1) religious freedom only for citizens (2) religious freedom for everyone (3) religious freedom only for particular religions

Var_nam	Variable Labels & Value Labels
r12	religious organizations (4) not mentioned (5) religious organizations are regulated
r12a	declaration of churches as religious organizations (0) not mentioned (1) yes, regulated
r12b	state and religious organizations (0) no regulations (1) state involvement is prohibited (2) state is neutral/organizations are autonomous (3) state supports religious organizations
r12c	financial support/privileges (0) no regulations (1) no financial privileges for religious organizations (2) financial privileges for religious organizations
r12d	private property is regulated (0) not mentioned (1) yes, it is
r12e	religious institutions/organizations are regulated (0) not mentioned (1) yes, they are allowed (2) yes, they are supported
r12rec2	state and religious organizations (0) no regulations (1) state neutral (2) state supportive
r13	religion and government (0) not mentioned (1) religion is mentioned in administrative contexts
r13rec1	religion and government/administration (0) no regulations (1) religion is optional in public positions (2) religion is mandatory in public positions
r13a	delegation of competences to the federal level (0) no regulations (1) religion is always matter of the government (2) religion matters are delegated to federal levels
r13b	religious confession for positions in public administration necessary (0) no regulations (1) yes, but only for specific positions (e.g. the head of state) (2) yes, all positions in public administration require a specific religious confession (3) religion explicitly not required for public positions
r13c	military service can be refused due to religious reasons (0) no regulations (1) not possible (2) possible
r13d	religious oaths for public positions necessary? (0) no regulations (1) yes, they are optional for some specific public positions (2) yes, they are optional for all public positions (3) yes, they are mandatory for some specific public positions (4) yes, they are mandatory for all public positions
r13e	legislation related reference to religious laws (e.g. Sharia) (0) no regulations (1) Sharia (2) Christianity (3) Buddhism

Var. nam	Variable Labels & Value Labels
Nation	
n1	Preamble exists (0) no (1) yes
n1a	preamble is formulated by representatives (0) no preamble (1) not mentioned (2) yes, mentioned
n1b	preamble starts with We, the people (0) no preamble (1) not mentioned (2) yes, mentioned
n1d	history of the nation described in preamble (0) no preamble (1) not mentioned (2) yes, mentioned
n1e	minorities mentioned in preamble (0) no preamble (1) not mentioned (2) regional minorities (3) ethnic minorities (4) religious minorities (5) minorities in general
f1f	goals described in preamble (0) no preamble (1) not mentioned (2) goals formulated
n1arec	Preamble and their actors (0) no preamble (1) no actor (2) we, the people (3) representatives (4) both
n3	Formal membership (citizenship) (0) no regulations (1) yes, there are regulations (2) citizenship in general regulated in external law (3) single regulations of citizenship regulated in external law
n3a	Citizenship by birth (0) no regulations (1) not possible (2) yes, possible (3) regulated in external law
n3b	Citizenship by ancestors (0) no regulations (1) not possible (2) yes, possible (3) regulated in external law
n3c	Citizenship by naturalization (0) no regulations (1) not possible (2) naturalization possible (3) naturalization with special procedure (4) regulated in external law
n3d	Citizenship can be lost (0) no regulations (1) not possible (2) possible only for naturalized citizens

Var_nam	Variable Labels & Value Labels
	(3) when different citizenship is accepted (4) forfeiture of citizenship (5) other (6) regulated in external law
n3e	Dual citizenship (0) no regulations (1) not possible (2) possible (3) other (4) regulated in external law
n3f	Asylum (0) no regulations (1) yes, not specified (2) yes, for political reasons (3) yes, for reasons of personal freedoms (e.g. homosexuality) (4) other (5) regulated in external law
n3g	Deportation (0) no regulations (1) yes, never allowed (2) yes, allowed under special circumstances (3) yes, always allowed (4) regulated in external law
n4	specific rights of citizens (0) no regulations (1) yes, there are regulations
n4a	right to vote (0) no regulations (1) yes, for particular groups (2) yes, for citizens (3) yes, for all
n4b	right to be elected (0) no regulations (1) yes, for particular groups (2) yes, for citizens (3) yes, for all
n4c	right to work (0) no regulations (1) yes, for particular groups (2) yes, for citizens (3) yes, for all
n4d	right to strike (0) no regulations (1) yes, for particular groups (2) yes, for citizens (3) yes, for all
n4e	right to leisure time (0) no regulations (1) yes, for particular groups (2) yes, for citizens (3) yes, for all
n4f	freedom of movement (0) no regulations (1) yes, for particular groups (2) yes, for citizens (3) yes, for all
n4g	right to defend the fatherland (0) no regulations

Var_nam	Variable Labels & Value Labels
	(1) yes, for particular groups (2) yes, for citizens (3) yes, for all
n4h	right to own property (0) no regulations (1) yes, for particular groups (2) yes, for citizens (3) yes, for all
n4i	right to security (0) no regulations (1) yes, for particular groups (2) yes, for citizens (3) yes, for all
n4j	right to health (0) no regulations (1) yes, for particular groups (2) yes, for citizens (3) yes, for all
n4l	right to education (0) no regulations (1) yes, for particular groups (2) yes, for citizens (3) yes, for all
n4m	right to culture (0) no regulations (1) yes, for particular groups (2) yes, for citizens (3) yes, for all
n4rec	significance of rights_count
n4every	significance of rights for everyone_count
n5	specific duties of citizens (0) no regulations (1) yes, there are regulations
n5a	military service (0) no regulations (1) yes, duty without exceptions (2) yes, duty with exceptions
n5b	taxation (0) no regulations (1) yes, duty without exceptions (2) yes, duty with exceptions
n5c	compulsory education (0) no regulations (1) yes, duty without exceptions (2) yes, duty with exceptions
n5d	observing constitution/law (0) no regulations (1) yes, duty without exceptions (2) yes, duty with exceptions
n5e	work (0) no regulations (1) yes, duty without exceptions (2) yes, duty with exceptions
n5rec	specific duties of citizens
n6	citizenship and religion (0) no regulation (1) citizenship not directly linked to religious denomination

Var_nam	Variable Labels & Value Labels
	(2) specific religious denomination directly linked to [country's] citizenship
n7	national symbols are mentioned (0) no regulations (1) yes, symbols mentioned
n7a	Flag (0) no regulations (1) yes, mentioned
n7b	Hymn (0) no regulations (1) yes, mentioned
n7c	Language (0) no regulations (1) yes, mentioned
n7d	Currency (0) no regulations (1) yes, mentioned
n7e	Coat of arms (0) no regulations (1) yes, mentioned
n7f	Person (0) no regulations (1) yes, mentioned
n7g	Maxime (0) no regulations (1) yes, mentioned
n7rec	significance of national symbols_count
n8	one language as official language (0) no regulations (1) yes, different languages (2) yes, one language
n9	minorities concerning language (0) no regulations (1) yes, there are regulations
n10	regulation regarding ethnic/cultural minorities (0) no regulations (1) yes, there are regulations
n10a	Ethnic/cultural minorities (0) no regulations (1) they are not accepted (2) they are accepted (3) they are supported
n10b	Ethnic/cultural minorities: Schooling (0) no regulations (1) minorities are allowed to organize own educational systems (2) minorities are prohibited to organize own educational system
n10rec	minorities and schooling (0) no regulations (1) not accepted (2) accepted (3) supported no schooling (4) supported and own schooling
n11	sovereignty (0) no regulations (1) yes, mentioned
n11a	(political) sovereignty/independence (0) no regulations (1) political sovereignty mentioned

Var_nam	Variable Labels & Value Labels
n11b	(territorial) sovereignty/independence (0) no regulations (1) territorial sovereignty mentioned
n11rec	significance of sovereignty_count (0) no regulations (1) territorial or territorial sovereignty mentioned (2) both mentioned
n12	significance of international integration_count
n12a	explicit reference to particular countries (0) no regulations (1) yes, mentioned
n12b	explicit reference to Commonwealth (0) no regulations (1) yes, mentioned
n12c	explicit reference to EU (0) no regulations (1) yes, mentioned
n12d	explicit reference to UN (0) no regulations (1) yes, mentioned
n12e	explicit reference to International Law (0) no regulations (1) yes, mentioned
n13	cultural heritage (0) no regulations (1) yes, as individual duty (2) yes, as duty of the state (3) yes, as duty of individuals and state
Wordcount	
w1	wordcount: relig...(religion/religious..)
w2	wordcount: church
w3	wordcount: consci... (conscience/consciousness)
w4	wordcount: belief, believ (believers)
w5	wordcount: faith
w6	wordcount: creed
w7	wordcount: philosoph... (philosophy/philosophical...)
w8	wordcount: ideolo... (ideology/ideological...)
w9	wordcount: national identity
w10	wordcount: [nation] identity
w11	wordcount: cultural identity
w12	wordcount: heritage
w13	wordcount: indigenous
w14	wordcount: minorit...(y/...ies)
w15	wordcount: native
w16	wordcount: Islam
w17	wordcount: GOD
Context	
c1	post-colonial country (0) not postcolonial (1) yes
c1a	colonial power (0) not postcolonial (2) UK (3) France (4) Spain (5) Portugal (6) Belgium

Var_nam	Variable Labels & Value Labels
	(7) Italy (8) Netherlands (9) US-administered (10) China (11) Germany+South Africa (12) Japan (13) Denmark (14) New Zealand (15) UK+Egypt (16) Indonesia
c1b	colonial power (0) not postcolonial (1) UK (2) France (3) Spain (4) Portugal (5) Europe, other (6) non-Europe
c1c	former USSR (0) no (1) former USSR (2) former Yugoslavia
c2a	First constitution
c2b	most recent constitution
c3	continent (0) Africa (1) Asia (2) Central America and the Caribbean (3) Europe (4) North America (5) Oceania (6) South America
c4a	Commonwealth (0) No (1) Yes
c4b	ICC – Rome Statue, year
c5	significance of UN conventions_count ⁸²
c5a	CESCR 1976
c5b	CCPR 1976
c5c	CCPROP 1976
c5d	CCPROP2 1991
c5e	CERD 1969
c5f	CEDAW 1981
c5g	CEDAW2 2000
c5h	CAT 1987
c5i	CATOP 2006
c5j	CRC 1990
c5k	CRCOP 2002
c5l	MWC 2003

⁸² Year of ratification if convention became effective.

Eidesstattliche Versicherung

Ich versichere an Eides Statt, dass die Dissertation von mir selbständig und ohne unzulässige fremde Hilfe unter Beachtung der ,Ordnung über die Grundsätze zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf' erstellt worden ist.

.....
(Ort, Datum)

.....
(Kathrin Behrens)

Lebenslauf

Kathrin Behrens

Geboren: 06.07.1986, Düsseldorf

Berufliche Tätigkeit

- 10/2016-06/2021 **Wissenschaftliche Mitarbeiterin**
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Abteilung für Soziologie, Prof. Dr. Annette Schnabel
- Davon DFG-Projekt: "Old and new boundaries: National Identities
07/2017-06/2020 and Religion" <https://www.onbound.international/Home>
- Davon
- 09/2019-07/2020 Elternzeit

Promotion, Studium, Ausbildung

- 10/2016-04/2021 **Promotionsstudium (Angestrebter Abschluss: Dr. phil.)**
Disputation terminiert für den 20.04.2021
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Erstgutachterin: Prof. Dr. Annette Schnabel
Zweitgutachter: Prof. Dr. Heiko Beyer
- 10/2014-10/2016 **M.A. Sozialwissenschaften**
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Abschlussnote: 1.5
- 10/2011-09/2014 **B.A. Soziologie**
Bergische Universität, Wuppertal
Abschlussnote: 2.1
- 08/2008-06/2011 **Ausbildung zur Personaldienstleistungskauffrau**
econoMARK Betriebsberatung GmbH, Düsseldorf
- 10/2006-03/2008 **Studium der Wirtschaftswissenschaften**
Ruhr-Universität Bochum
(Ohne Abschluss)
- 06/2006 **Abitur**
St.-Anna-Gymnasium, Wuppertal
Abschlussnote: 2,9

Weiterbildung

- 09/2019 **ESA PhD Summer School Manchester**
„Europe and Beyond: Boundaries, Barriers and Belonging“
European Sociological Association
- 10/2018 **„Klar und kompetent: Wie Sie in einer wissenschaftlichen Präsentation Ihr Publikum begeistern und nachhaltig Wirkung hinterlassen“**
PhilGrad – Graduiertenakademie der Philosophischen Fakultät
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
- 02/2018 **Multilevel Analysis**
Gesis Leibnitz Institut für Sozialwissenschaften
- 11/2017 **Einführung in die „Gute wissenschaftliche Praxis“**
PhilGrad – Graduiertenakademie der Philosophischen Fakultät
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
- 05/2017 **Wissenschaftliches Schreiben Teil I & Teil II**
PhilGrad – Graduiertenakademie der Philosophischen Fakultät
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Nebentätigkeiten

- 01/2013-09/2016 **Studentische Hilfskraft**
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf & Bergische Universität Wuppertal
Abteilung für Soziologie, Prof. Dr. Annette Schnabel
- 10/2015-09/2016 **Tutorin Methoden der Sozialwissenschaften I & II**
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Abteilung für Soziologie, PD Dr. Heiko Beyer
- 10/2015-03/2016 **Tutorin Einführung in die Soziologie**
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Abteilung für Soziologie, Prof. Dr. Annette Schnabel

Organisation von wissenschaftlichen Tagungen und Workshops

- 12/2018 **Projekt-Workshop**
„Old and new boundaries: National Identities and Religion“,
Heinrich-Heine-Universität (gemeinsam mit Antonia May &
Katharina Werhan)
- 11/2018 **Arbeitskreis quantitativer Religionsforschung**
„Big Data in der Religionsforschung: Theoretische und
methodische Herausforderungen der ‚digitalen Wende‘“,
Universität Bamberg
(gemeinsam mit Insa Bechert, Thomas Kern & Insa
Pruisken)
- 10/2018 **Arbeitskreis quantitativer Religionsforschung**
„Religion und Identität(en) –Wirkungsweise, Interaktion, und
Messbarkeit“,
Heinrich-Heine-Universität (gemeinsam mit Insa Bechert)

Wissenschaftliche Veröffentlichungen

- Schnabel, A., H. Beyer & K. Behrens, 2021: Religious Freedom, Equality Rights and their Contentious Implementation: Norm Conflicts Deriving from the Chasm between International and National Human Rights. S. 36–53 in: M.K. Dahlin, O. Larsson & A. Winell (Hrsg.), Religion, migration, and existential wellbeing. Abingdon, Oxon, New York: Routledge.
- Behrens, K., 2020: Formal Citizenship in European Constitutions. S. 83–101 in: M. Bayer, O. Schwarz & T. Stark (Hrsg.), Democratic Citizenship in Flux. Conceptions of Citizenship in the Light of Political and Social Fragmentation. Bielefeld: transcript; transcript Verlag.
- Behrens, K., 2020 [unter Begutachtung]: The Legal Interpellation of Citizens – A Constitutional Analysis. Zeitschrift für Rechtssoziologie.
- Schnabel, A., K. Behrens & F. Grötsch, 2017: Religion in European constitutions – cases of different secularities. European Societies 19: 551–579.
- Behrens, K., 2014: Können wir unsere Emotionen wählen – und warum sollten wir? Die rationale Wahl von Emotionen und die sozialen Entscheidungsregeln (Teil 1 & 2), *Soziologiemagazin* – *publizieren statt archivieren*, <http://soziologieblog.hypotheses.org/7316>

Wissenschaftliche Vorträge

- 06/2019 "Citizenship – Its Formal Dimension in Constitutions"
Workshop: Democratic Citizenship in Flux,
Universität Duisburg-Essen
- 04/2019 „Die formale Dimension der Staat-Religion-Beziehung: eine
vergleichende Verfassungsanalyse“
Gemeinsame Tagung der Sektionen Religionssoziologie sowie
politische Soziologie der DGS & Arbeitskreis Politik und Religion der
DVPW
- 07/2018 "Secular Constitutions? The State-Religion-Relationship in National
Constitutions",
XIX ISA World Congress of Sociology 2018 (Toronto, Kanada)
- 04/2018 "Religious Freedoms as part of the European national constitutions –
differences and similarities"
The Impact of Religion - An interdisciplinary conference at Uppsala
University (Uppsala, Schweden)
- 09/2014 "Constitutions in Europe - do they shape religious self-
understandings?"
ESA Sociology of Religion Research Network Conference "Religion
in the Public Domain" (Belfast, Nordirland, gemeinsam mit F. Grötsch)

Köln, März 2021

